



Monatsbericht des BMF

Juli 2014

Monatsbericht des BMF

Juli 2014

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

 Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	4
-----------------------	----------

Überblick zur aktuellen Lage.....	5
--	----------

Analysen und Berichte	6
------------------------------------	----------

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan des Bundes 2014 bis 2018	6
Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs	17
Haushaltsdirektoren aus den OECD-Mitgliedstaaten zu Gast im BMF	21
Das Europäische Semester 2014.....	25

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage.....	34
--	-----------

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	34
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2014	41
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2014.....	44
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2014	48
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	50
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	55
Termine, Publikationen	58

Statistiken und Dokumentationen.....	60
---	-----------

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	62
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	93
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten.....	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 2. Juli 2014 hat das Bundeskabinett den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2018 beschlossen. Der Regierungsentwurf sieht nicht nur für 2015, sondern auch für die Folgejahre einen Haushaltsausgleich ohne neue Schulden vor. Das letzte Jahr, in dem der Bund keine neuen Schulden gemacht hat, war 1969. Das zeigt die Bedeutung des jetzt vorgesehenen Haushaltsausgleichs.

Der ausgeglichene Haushalt ist ein zentrales Vorhaben der gesamten Bundesregierung. Er ist nicht zuletzt Ergebnis hoher Ausgabendisziplin: Die Ausgaben liegen im Jahr 2015 weiterhin auf dem Niveau von 2010. Die Sanierung des Haushalts in den vergangenen Jahren hat erheblich zur Stärkung des Vertrauens in die wirtschaftliche Stabilität und die Zukunftschancen Deutschlands und Europas beigetragen. Sie ist Grundlage nachhaltiger Investitionen und damit guter Beschäftigungschancen. Deutschland wird seiner Rolle als Stabilitätsanker in Europa gerecht.

Die durch die konsequente Sanierung des Haushalts gewonnenen Handlungsspielräume werden sinnvoll genutzt: In der Finanzplanung des Bundes sind die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags mit einem Gesamtvolume von mehr als 23 Mrd. € in dieser Legislaturperiode vollständig abgebildet. Länder und Gemeinden werden in Höhe von 6 Mrd. € entlastet und erhalten so den notwendigen Spielraum, um die Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen zu können. Für das prioritäre Politikfeld Verkehr werden in der laufenden Wahlperiode insgesamt zusätzlich 5 Mrd. € bereitgestellt. Die bereits 2014 deutlich erhöhten Programmmitel für die Städtebauförderung werden im Bundeshaushalt 2015 und im weiteren



Finanzplanzeitraum auf diesem erhöhten Niveau verstetigt. Für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit wurden den Ressorts insgesamt 2 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Schließlich engagiert sich der Bund auch im wichtigen Zukunftsbereich Forschung mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 3 Mrd. €, insbesondere zur Fortführung des Pakts für Forschung und Innovation und der Exzellenzinitiative.

Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden soll in den nächsten Jahren zur neuen Normalität werden. Die Anforderungen, denen sich unsere Gesellschaft in Zukunft stellen muss, erfordern einen finanzpolitisch handlungsfähigen Staat. Mit Haushalten ohne Neuverschuldung leisten wir genau die Zukunftsvorsorge, die Deutschland in der gegenwärtigen demografischen Situation braucht. In den nächsten Jahren geht es daher auch darum, das Erreichte dauerhaft zu sichern und die „Null“ zu halten, um eine konsequente Rückführung der Staatsschulden zu erreichen.

h. Steffen

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

► Überblick zur aktuellen Lage

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hält an. Im 2. Quartal wird die gesamtwirtschaftliche Dynamik erwartungsgemäß jedoch deutlich weniger kräftig ausfallen als im durch Witterungseffekte überzeichneten ersten Vierteljahr.
- Der Arbeitsmarkt entwickelte sich trotz moderater Frühjahrsbelebung positiv. Im ersten Halbjahr war ein deutlicher Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl gegenüber der zweiten Jahreshälfte 2013 zu beobachten. Der Beschäftigungsaufbau hielt im Mai an. Die Nachfrage nach Arbeitskräften dürfte angesichts der konjunkturellen Aufwärtsbewegung hoch bleiben.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisindex blieb mit 1,0 % auch im Juni verhalten. Preisdämpfend wirkte die Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise. Dienstleistungen verteuerten sich jedoch überdurchschnittlich.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Juni 2014 im Vorjahresvergleich um 6,4 % gestiegen.
- Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Juni 2014 um 0,4 % unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Diese positive Entwicklung ist wie in den Vormonaten insbesondere auf den Rückgang der Zinsausgaben zurückzuführen. Die Einnahmen entwickeln sich ebenfalls positiv, sie lagen bis einschließlich Juni 2014 um 1,4 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.
- Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende Juni 1,25 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen an der Euro Interbank Offered Rate (Euribor) – beliefen sich auf 0,21 %.

Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 19. Juni 2014 in Luxemburg und am 7. Juli 2014 in Brüssel standen die Erweiterung des Euroraums, den Euroraum betreffende Aspekte der Bankenunion, die Empfehlungen zum Euroraum aus dem Europäischen Semester, die Artikel IV-Konsultation des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Lage in den Programm- und Nachprogrammländern Griechenland, Irland, Portugal und Zypern sowie Reformen zur Verringerung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen.
- Im ECOFIN-Rat am 20. Juni 2014 in Luxemburg berieten die Finanzminister über den Haushaltsentwurf 2015, Themen aus dem Steuerbereich, die Bankenabgabe für den Einheitlichen Abwicklungsfonds, Vorbereitungen für den Europäischen Rat am 26. und 27. Juni 2014 im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester, die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Konvergenzberichte der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission sowie die Erweiterung des Euroraums durch Litauen. Am 8. Juli 2014 standen auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates die Vorstellung des Arbeitsprogramms des italienischen Vorsitzes, Fragen der Bankenabgabe, die Überprüfung der Strategie Europa 2020 und der Stand der Verhandlungen mit Drittländern zur Besteuerung von Zinserträgen.

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan des Bundes 2014 bis 2018

Keine neuen Schulden – Trendumkehr ist erreicht

- Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 wird der Bundeshaushalt zum ersten Mal seit 1969 keine neuen Schulden machen. Die „schwarze Null“ im Jahr 2015 markiert zugleich den Beginn eines nachhaltig ausgeglichenen Bundeshaushalts für den gesamten Finanzplanungszeitraum. Das ist ein historischer Meilenstein.
- Dieser wegweisende Erfolg der Bundesregierung ist das Ergebnis einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik, die zugleich wichtige Akzente in zentralen zukunftsorientierten Politikbereichen setzt.
- Eine Trendumkehr ist erreicht: Die Maastricht-Schuldenstandsquote sinkt. 2014 wird sie voraussichtlich erneut um rund 3 Prozentpunkte auf 75½ % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückgehen. Bis Ende 2017 soll sie auf weniger als 70 % des BIP und innerhalb von zehn Jahren auf weniger als 60 % des BIP reduziert werden.

1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	6
2	Regierungsentwurf 2015 und Finanzplan bis 2018	7
2.1	Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern	7
2.2	Wesentliche Politikbereiche	9
2.3	Steuereinnahmen	15
2.4	Personal und Verwaltung	16

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung hat zum Beginn des Jahres 2014 an Dynamik gewonnen. Darüber hinaus profitierte die Wirtschaftstätigkeit von dem außergewöhnlich milden Winterwetter. Das BIP ist im 1. Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,8 % gegenüber dem Schlussquartal 2013 gestiegen. Positive Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Inland. So konnten die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten erneut deutlich ausgeweitet werden. Die Bauinvestitionen haben dabei von den günstigen Witterungsbedingungen besonders profitiert. Der private Konsum erwies sich – nach einer leichten Abschwächung im Schlussquartal 2013 – wieder als Wachstums-

stütze. Ein merklicher Lageraufbau begünstigte ebenfalls das BIP-Ergebnis. Im 1. Quartal 2014 wurden weniger Waren und Dienstleistungen exportiert als zum Ende des vergangenen Jahres. Die Importe stiegen dagegen deutlich an. Daher dämpften die Nettoexporte rein rechnerisch den Anstieg des Wirtschaftswachstums. Wegen der witterungsbedingten Überzeichnung der wirtschaftlichen Aktivität im 1. Vierteljahr wird es im nachfolgenden Quartal zu einer gegenläufigen Reaktion kommen. Diese ist jedoch rein technischer Natur und darf nicht als eine Verlangsamung der konjunkturellen Gangart interpretiert werden.

Die Frühindikatoren signalisieren zusammen mit dem sich verbessernden weltwirtschaftlichen Umfeld, dass sich die konjunkturelle Expansion im weiteren Jahresverlauf fortsetzen wird. Die

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

Bundesregierung geht davon aus, dass sich Deutschland in einem breit angelegten Aufschwung befindet. So erwartet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion für 2014 ein jahresdurchschnittliches reales Wirtschaftswachstum von 1,8 %. Für das Jahr 2015 wird eine Zunahme der preisbereinigten Wirtschaftsleistung um 2,0 % prognostiziert.

Der Arbeitsmarkt profitiert deutlich vom konjunkturellen Aufschwung. In diesem Jahr wird mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl um 60 000 Personen gerechnet (2015: - 35 000 Personen). Die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) dürfte um 0,6 % (2015: + 0,3 %) auf 42,1 Millionen Personen steigen. Stützend wirken dabei die hohe Zuwanderung sowie eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen. In der mittleren Frist wird sich die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt fortsetzen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird bis 2018 auf etwa 42,4 Millionen Personen steigen.

Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus wird 2014 moderat ausfallen (+ 1,4 %). Die Kerninflation, also die Preisentwicklung ohne Einbeziehung von Nahrungsmittel- und Energiepreisen, liegt mit

voraussichtlich + 1,8 % über dem zehnjährigen Durchschnitt (+ 1,2 %). Die Preisentwicklung dürfte – trotz eines Anstiegs des Verbraucherpreisniveaus um 1,9 % – auch 2015 in ruhigen Bahnen verlaufen.

Risiken ergeben sich aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld. Die Erholung im Euroraum ist immer noch störungsanfällig. Eine Eintrübung der Wachstumsperspektiven in den Entwicklungs- und Schwellenländern würde die deutschen Exporteure aufgrund ihres Produktportfolios besonders treffen. Mit dem Russland-Ukraine-Konflikt sind neue geopolitische Risiken hinzugekommen. Die Auswirkungen einer möglichen Verschärfung des Konflikts können allerdings nicht quantitativ beurteilt werden, da Ablauf und Intensität der Auseinandersetzung nicht vorhersehbar sind.

2 Regierungsentwurf 2015 und Finanzplan bis 2018

2.1 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und der Finanzplan bis 2018 sehen folgende Eckdaten vor:

Tabelle 1: Eckdaten zum Regierungsentwurf 2014 und zum Finanzplan bis 2017

	Ist	Soll	Regierungs-entwurf	Finanzplan		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Mrd. €					
Ausgaben	307,8	296,5	299,5	310,6	319,9	329,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-	-	1,0	3,7	3,0	2,9
jahresdurchschnittliche Veränderung 2014 bis 2018 in %	-			2,6		
Einnahmen	-	296,5	299,5	310,6	319,9	329,3
Nettokreditaufnahme	22,1	6,5	0	0	0	0
Steuereinnahmen	-	268,2	278,5	292,9	300,7	311,8
nachrichtlich: Investitionen (2013 und 2014 bereinigt um die Zahlungen an den ESM)	24,8	25,5	26,1	27,2	27,9	27,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

Die gute Wirtschafts- und Beschäftigungs-entwicklung wirkt weiterhin dämpfend auf die Entwicklung wesentlicher Ausgabenbereiche im Bundeshaushalt, unter anderem bei den Zins- und Sozialausgaben, während die Steuereinnahmen im Finanzplan weiter steigen. Gegenüber den im März beschlossenen Eckwerten haben sich Änderungen vor allem bei den Ausgaben für das Arbeitslosengeld II, bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung sowie – vor allem mittelfristig – bei den Leistungen des Bundes an die Gesetzliche Rentenversicherung ergeben. Darüber hinaus werden die Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsrunde 2014 in allen Jahren vollständig berücksichtigt.

Der vorliegende Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 ist der erste seit dem Jahr 1969, in dem der Bundeshaushalt ohne neue Schulden auskommt. Die „schwarze Null“ im Jahr 2015 markiert zugleich den Beginn eines nachhaltig ausgeglichenen Bundeshaushalts für den gesamten Finanzplanungszeitraum. Das ist eine historische Leistung.

Dieser Erfolg spiegelt sich in der Entwicklung des strukturellen Defizits wider. In allen Jahren seit 2011 wurde der 2010 festgelegte Abbaupfad für die zulässige strukturelle Neuverschuldung deutlich unterschritten. Darüber hinaus wird schon seit dem Jahr 2012 die ab 2016 einzuhaltende Obergrenze der strukturellen Neuverschuldung (0,35 % des BIP) im Haushaltsvollzug unterschritten. Der Haushaltspunkt 2014 kommt erstmals ganz ohne strukturelle Neuverschuldung aus, und ab dem Haushalt 2015 wird der Bund gar keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Insgesamt hält Deutschland die nationalen und europäischen Regeln mit großem Abstand ein. Deutschland wird damit seiner Vorbildrolle in Europa weiter gerecht. Mit dieser vorsorgenden Haushaltspolitik ist der Bund auch für die sich bereits jetzt abzeichnenden demografischen Herausforderungen gut gerüstet. Zugleich besteht so auch ein Spielraum, um auf konjunkturelle Schwankungen und mögliche Risiken, die z. B. durch internationale

politische Krisen entstehen können, reagieren zu können.

Mit dem Regierungsentwurf 2015 und dem Finanzplan bis 2018 werden die haushaltspolitischen Ziele des Koalitionsvertrags weiter umgesetzt und die in ihm genannten prioritären Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 23 Mrd. € für diese Legislaturperiode titelscharf veranschlagt: Länder und Gemeinden werden in Höhe von 6 Mrd. € entlastet, um ihre Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen zu können. Dies erfolgt insbesondere durch die vollständige Übernahme der Finanzierung der Leistungen für Studenten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ab dem Jahr 2015, die weitere Stützung der 2. und 3. Phase des Hochschulpakts mit einer Verfestigung des Bundesanteils sowie eine Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ im Finanzplanungszeitraum. Darüber hinaus entlastet der Bund die Kommunen bis zum Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes in den Jahren 2015 bis 2017 um 1 Mrd. € jährlich. Für das prioritäre Politikfeld „Öffentliche Verkehrsinfrastruktur“ werden in der laufenden Wahlperiode insgesamt zusätzlich 5 Mrd. € bereitgestellt. Erkennbar ist dies an der deutlich ansteigenden Investitionslinie für die klassischen Verkehrsträger und den Kombinierten Verkehr. Die mit dem Bundeshaushalt 2014 spürbar erhöhten Programmmittel für die Städtebauförderung werden im Bundeshaushalt 2015 und im weiteren Finanzplanungszeitraum auf diesem erhöhten Niveau verstetigt. Für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit wurden den Ressorts insgesamt 2 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Schließlich engagiert sich der Bund auch im Forschungsbereich mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 3 Mrd. €, insbesondere zur Fortführung des Pakts für Forschung und Innovation und der Exzellenzinitiative sowie einer breit angelegten Stützung der ressortspezifischen Forschungsaufgaben.

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

Entwicklung wichtiger finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Deutschland hat 2013 das zweite Jahr in Folge einen ausgeglichenen Staatshaushalt (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen einschließlich ihrer Extrahaushalte) erzielt. Mit einem gesamtstaatlichen Finanzierungsüberschuss von 0,2 % des BIP im Jahr 2013 wurde die Maastricht-Defizit-Grenze von 3 % des BIP mit großem Abstand eingehalten. Auch im laufenden und im kommenden Jahr wird der Staatshaushalt voraussichtlich annähernd ausgeglichen bleiben. Alle Ebenen des Staates tragen zum positiven Gesamtergebnis bei: Bund und Länder setzen die Konsolidierung ihrer Haushalte fort, die Gemeindeebene bewahrt ihre Überschüsse, und die Haushalte der Sozialversicherungen sind im Projektionszeitraum nahezu ausgeglichen.

Darüber hinaus erzielte der Staatshaushalt im Jahr 2013 erneut einen strukturellen Überschuss. Auch für das laufende und die kommenden Jahre werden weiterhin strukturelle Überschüsse erwartet (+½ % des BIP). Damit hält Deutschland das mittelfristige Haushaltziel (strukturelles Defizit von maximal 0,5 % des BIP) mit deutlichem Abstand ein.

Deutschland hat die Schwelle zur Rückführung der jahrzehntelang gewachsenen Schuldenstandsquote überschritten. Die erforderliche Trendumkehr ist erreicht. Die Maastricht-Schuldenstandsquote ist 2013 um 2,6 Prozentpunkte auf 78,4 % des BIP gesunken. 2014 wird die Schuldenstandsquote voraussichtlich um rund 3 Prozentpunkte auf 75 ½ % des BIP sinken. Die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sowie der fortgesetzte Portfolioabbau bei den Abwicklungsanstalten von Bund und Ländern werden auch weiterhin zu einem kontinuierlichen Rückgang der Schuldenstandsquote führen. Ziel der Bundesregierung ist es, den Schuldenstand

innerhalb von zehn Jahren auf weniger als 60 % des BIP zu reduzieren.

2.2 Wesentliche Politikbereiche

Bildung und Forschung

Bildung, Wissenschaft und Forschung haben hohe Priorität. Insgesamt steigt der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Haushaltsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,3 Mrd. € auf nunmehr knapp 15,3 Mrd. €.

Der Bund entlastet die Länder beim BAföG, bei der Finanzierung von Studienplätzen und beim Ausbau der frühkindlichen Betreuung, sodass in dieser Legislaturperiode ein weiterer Schub an Investitionen im Bildungsbereich in Höhe von 6 Mrd. € möglich wird. Ab 2015 übernimmt der Bund die vollständige Finanzverantwortung für das BAföG. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Mrd. € pro Jahr entlastet. Es ist vereinbart, dass die Länder die freiwerdenden Mittel vollständig für Hochschulen und Schulen verwenden. Für den Hochschulpakt stehen 2015 gut 2,1 Mrd. € zur Verfügung. Für den Qualitätspakt Lehre sind weitere 200 Mio. € vorgesehen.

Für Forschung und Entwicklung stehen in dieser Legislaturperiode 3 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung. In diesem Rahmen wird die Exzellenzinitiative fortgeführt und die Hightech-Strategie zu einer umfassenden ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland ausgebaut. Die Bundesregierung setzt damit den erfolgreichen Weg hin zu größerer Innovationskraft fort und baut die Grundlagen für zukünftigen Wohlstand aus. Sie bündelt die Kräfte von Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in den zentralen Zukunftsfeldern wie der digitalen Wirtschaft, der Energiewende, der intelligenten Mobilität, Sicherheit, Arbeit und Produktion und Gesundem Leben.

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

Der Pakt für Forschung und Innovation wird 2015 fortgesetzt: Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft werden erneut um 5 % gesteigert. Ab 2016 sind jährliche Steigerungen von 3 % vorgesehen; diese finanziert der Bund alleine.

Entwicklungszusammenarbeit

Die direkten deutschen Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit wurden in den vergangenen Jahren gesteigert. Nach den Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Deutschland 2013 insgesamt rund 14,1 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Mitteln für diesen Bereich aufgewandt. Absolut gemessen lag Deutschland damit hinter den USA (rund 31,5 Mrd. US-Dollar) und Großbritannien (rund 17,9 Mrd. US-Dollar) an dritter Stelle der Gebernationen. Zu den gesamten direkten staatlichen Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit tragen neben dem Bund unter anderem auch die Länder und Kommunen bei.

Als eine prioritäre Maßnahme sieht der Koalitionsvertrag die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit um 2 Mrd. € in dieser Legislaturperiode vor. 2015 werden den Ressorts aus diesem Paket gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung zusätzlich 400 Mio. € für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid - ODA) zur Verfügung gestellt. Der Großteil hiervon entfällt mit rund 323 Mio. € auf den Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Ausgaben des BMZ für Entwicklungszusammenarbeit können damit 2015 auf dem Niveau von rund 6,5 Mrd. € stabilisiert werden. Zusätzlich zu diesen Mitteln aus dem Koalitionsvertrag erhält das Auswärtige Amt ODA-relevante

Haushaltsmittel von rund 87 Mio. € für Afghanistan, Syrien, für Krisenprävention und die Transformationspartnerschaften.

Innenpolitik

Der Einzelplan des Bundesministeriums des Innern weist für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 Ausgaben in Höhe von rund 5,73 Mrd. € auf. Der größte Anteil entfällt weiterhin auf den Politikbereich der Inneren Sicherheit, für den rund 3,6 Mrd. € vorgesehen sind. Hierzu zählt insbesondere die Bundespolizei mit rund 2,4 Mrd. €. Für das Bundeskriminalamt sind rund 416 Mio. € veranschlagt. Weitere größere Ausgabenbereiche sind der Aufbau eines bundesweiten Sprech- und Digitalfunksystems für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (rund 97 Mio. €), die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (rund 178 Mio. €), das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (rund 95 Mio. €) sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (rund 75 Mio. €).

Im Haushalt 2015 wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch die Ausbringung von 50 zusätzlichen Stellen gestärkt, um eine Beschleunigung der Asylverfahren zu erreichen. Bereits mit dem Haushalt 2014 waren hierfür 300 zusätzliche Stellen ausgebracht worden. Für Integrationskurse sowie aufgrund der weiterhin hohen Zahl syrischer Flüchtlinge werden insgesamt 49 Mio. € zusätzlich bereitgestellt. Damit sind in dem Fachkapitel des BAMF für Maßnahmen der Integration und Migration insgesamt rund 302 Mio. € im Haushalt 2015 veranschlagt.

Die Sportförderung ist mit rund 140 Mio. € dotiert. Für die Finanzierung der Politischen Stiftungen stehen rund 102 Mio. € bereit.

Verteidigung

Die für den Verteidigungshaushalt vorgesehenen Ausgaben im Regierungs-

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

entwurf zum Haushalt 2015 betragen rund 32,3 Mrd. €. Im Finanzplan steigt der Plafond bis 2018 auf rund 32,9 Mrd. € an. Die hierin vorgesehenen Ausgaben für militärische Beschaffungen erhöhen sich von rund 4,4 Mrd. € im Jahr 2015 auf rund 5 Mrd. € im Jahr 2018. Aufgrund der bis Ende 2014 vorgesehenen Beendigung des Einsatzes der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan sinken die Ansätze für internationale Einsätze im Haushalt 2015 auf 460 Mio. € sowie ab 2016 auf 360 Mio. €. In den Ansätzen ist ein mögliches ISAF-Nachfolgemandat mit bis zu 800 Soldaten berücksichtigt.

Der mit der Strukturreform eingeleitete Personalabbau wird wie vorgesehen bis zum Erreichen der Zielstrukturen beim militärischen Personal sowie beim Zivilpersonal fortgesetzt. Die Ausgaben für ziviles Überhangpersonal werden weiterhin flankiert mit einer Verstärkungsmöglichkeit aus dem Einzelplan 60.

Umwelt und Bauwesen

Für den Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sind 2015 insgesamt rund 3,91 Mrd. € veranschlagt.

Im Politikbereich Umwelt und Klimaschutz bildet die Internationale Klimaschutzinitiative mit einem Ansatz vom rund 262,9 Mio. € einen wichtigen Schwerpunkt.

Für die Projekte im Zusammenhang mit der Endlagerung radioaktiver Abfälle sind für das Jahr 2015 insgesamt 400 Mio. € veranschlagt. Für das Projekt Gorleben ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 36 Mio. € im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung. In demselben Umfang sinken die Einnahmen des Bundes aus den Abgaben der zukünftigen Benutzer der Endlager radioaktiver Abfälle. Die Zuweisung für den Asse-Fonds wird entsprechend dem Ergebnis der Beschlussfassung zum Bundeshaushalt 2014

mit 3 Mio. € veranschlagt. Für das nach dem Standortauswahlgesetz im Jahr 2014 zu errichtende Bundesamt für kerntechnische Entsorgung werden 2015 6,2 Mio. € veranschlagt.

Im Bereich Bau- und Wohnungswesen wird mit dem Haushaltsentwurf 2015 und dem neuen Finanzplan durch die Beibehaltung des Ansatzes für die sich degressiv entwickelnden Wohngeldausgaben auf dem Niveau von 630 Mio. € pro Jahr ein finanzieller Spielraum für die im Koalitionsvertrag angekündigte Wohngeldreform geschaffen. Die Anhebung der Leistungen für die Städtebauförderung auf ein Programmvolume von 700 Mio. € pro Jahr wird über den gesamten Finanzplanzeitraum fortgeschrieben. Dabei erfolgt in Fortschreibung der Beschlüsse des Deutschen Bundestags zum Bundeshaushalt 2014 jeweils eine Bereitstellung von 650 Mio. € Programmmitteln im Rahmen der bisherigen Finanzhilfen an die Länder gemäß Artikel 104b Grundgesetz und von 50 Mio. € Programmmitteln im Rahmen des neuen Bundesprogramms „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“. Ebenso wird mit dem Haushaltsentwurf 2015 und dem Finanzplan bis 2018 die Ausfinanzierung des im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 2014 neu aufgelegten Zuschussprogramms „Altersgerecht Umbauen“ der Bankengruppe Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Mitteln im Umfang von insgesamt 44 Mio. € sichergestellt.

Wirtschafts- und Technologieförderung

Der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) wird 2015 rund 7,1 Mrd. € betragen. Die Erhöhung um über 1,1 Mrd. € gegenüber dem Finanzplan ist im Wesentlichen bedingt durch die im Rahmen der Organisationsänderungen durch das BMWi übernommenen neuen zentralen Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich der Energiepolitik.

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

Neben der gebündelten Zuständigkeit für die Energiewende bilden die Wirtschafts- und Technologieförderung die Schwerpunkte des Einzelplans. Die Ausgaben werden auf hohem Niveau fortgeführt. Aufgestockt wurden beispielsweise die Ausgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Im Bereich der Mittelstandsförderung wurden insbesondere die Ausgaben zur Fachkräftesicherung und zur Förderung des unternehmerischen Know-hows deutlich verstärkt.

Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Etat des BMWi bleibt mit rund 40 % sehr hoch. Gefördert wird z. B. die Spitzenforschung in Luft- und Raumfahrt, die Forschung bei den erneuerbaren Energien und in der Energieeffizienz sowie im Bereich der Innovationsförderung. Insbesondere das Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand wird auf 543,5 Mio. € aufgestockt und verstetigt. An den im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlich zur Verfügung gestellten 3 Mrd. € für Forschung und Entwicklung ist das BMWi 2015 in einem Umfang von rund einem Viertel des Volumens beteiligt.

Die Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird durch die Erhöhung der Ausgaben um 30 Mio. € gegenüber dem Finanzplan unterstrichen. Gleichzeitig wird dadurch ein weiterer Schritt der im Koalitionsvertrag vereinbarten Anhebung der Gemeinschaftsaufgabe vollzogen.

Die Ausgaben für die besonderen Aufgaben der Beauftragten für die neuen Bundesländer sind ebenfalls im Einzelplan des BMWi etabliert. Dabei geht es darum, die Beauftragte in ihrer politischen und inhaltlichen Arbeit zu unterstützen und ihr die Möglichkeit zu geben, die Gesamtpolitik der Bundesregierung für die neuen Länder aktiv begleiten und koordinieren zu können.

Verkehr

Die Ausgaben im Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur belaufen sich auf rund 23,1 Mrd. €. Dabei entfallen rund 12,8 Mrd. € (rund 55 %) auf Investitionsausgaben. Der Einzelplan 12 ist damit weiterhin der größte Investitionsshaushalt des Bundes. Der Ausgabenzugang gegenüber dem geltenden Finanzplan um rund 1,9 Mrd. € im Jahr 2015 resultiert im Wesentlichen aus dem geänderten Ressortzuschnitt infolge des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Die Investitionen für die klassischen Verkehrsträger (Straße, Schiene, Wasserstraße) und den Kombinierten Verkehr liegen deutlich oberhalb der bisherigen Finanzplanung und steigen von 10,8 Mrd. € im Jahr 2015 bis auf 11,9 Mrd. € zum Ende der Legislaturperiode. Die ansteigende Verkehrsinvestitionslinie berücksichtigt die mit dem Koalitionsvertrag beschlossenen zusätzlichen Mittel in Höhe von insgesamt 5 Mrd. € für dieses prioritäre Politikfeld, von denen 1,0 Mrd. € im Jahr 2015 eingesetzt werden.

Die zusätzlichen Verkehrsinvestitionsmittel werden im Schienenbereich dazu beitragen, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass eine neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zum Bestandsnetz 2015 in Kraft treten kann. Die Mittel für den Betriebsdienst bei den Bundesfernstraßen werden 2015 gegenüber der bisherigen Finanzplanung um 60 Mio. € auf rund 940 Mio. € erhöht.

Die Erstattungen des Bundes für die Verwaltungsaufgaben des Bundes-eisenbahnvermögens (im Wesentlichen Versorgungsausgaben für ehemalige Bahnbedienstete und deren Angehörige) belaufen sich unter Berücksichtigung der aktuellen Tarif- und Besoldungsanpassung auf rund 5,33 Mrd. € und liegen damit um rund 130 Mio. € oberhalb des Finanzplanansatzes.

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

Renten- und Krankenversicherung

Die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung sind auch 2015 mit einer Höhe von rund 84,9 Mrd. € der größte Ausgabenposten im Bundeshaushalt. Die Ausgabenentwicklung spiegelt unter anderem auch die im Koalitionsvertrag zur Finanzierung des Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetzes für 2014 beschlossene Festschreibung des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung auf 18,9 % wider. Des Weiteren berücksichtigt sind die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprognose der Bundesregierung sowie die aktuellen Steuer- und Rentenschätzungen vom Mai 2014. Weiterhin wirkt sich die noch bis zum Finanzplanjahr 2016 laufende vorübergehende Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses an die allgemeine Rentenversicherung aus.

Seit 2014 erstattet der Bund im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung den Kommunen vollständig deren Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres. Für das Haushaltsjahr 2015 sind dafür rund 5,9 Mrd. € im Bundeshaushalt veranschlagt. Für den Finanzplanzeitraum 2016 bis 2018 sind insgesamt rund 20,2 Mrd. € vorgesehen. Damit werden die Kommunen im Zeitraum 2015 bis 2018 voraussichtlich in einer Größenordnung von rund 26 Mrd. € – und damit erheblich – entlastet.

Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen beläuft sich (nach Maßgabe der im Rahmen des Haushaltbegleitgesetzes 2014 vorgenommenen Regelungen) 2015 auf 11,5 Mrd. €. Die Absenkung des Bundeszuschusses kann 2015 durch eine entsprechende Entnahme von Finanzmitteln aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds in Höhe von 2,5 Mrd. € vollständig ausgeglichen werden. Das ist angesichts der derzeit positiven Finanzentwicklung der gesetzlichen

Krankenversicherung sowie der bis Ende 2013 aufgebauten Liquiditätsreserve in Höhe von 13,6 Mrd. € möglich. Bereits das Haushaltbegleitgesetz 2014 sieht vor, dass der Bundeszuschuss ab 2016 wieder auf 14 Mrd. € angehoben und ab 2017 langfristig auf 14,5 Mrd. € festgeschrieben wird.

Arbeitsmarkt

Für die nächsten Jahre wird weiterhin eine gute Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen wird aktuell gegenüber den dem bisherigen Finanzplan zugrunde liegenden Annahmen aus der Frühjahrsprognose 2013 zwar höher eingeschätzt, allerdings wird gegenüber 2014 die Arbeitslosigkeit in den Folgejahren weiter abnehmen. Die Erwerbstätigkeit wird sich voraussichtlich weiter positiv entwickeln. Von dieser Arbeitsmarktentwicklung ausgehend ergeben sich folgende Auswirkungen auf den Bundeshaushalt:

Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung (BBKdU) steigen 2015 gegenüber dem geltenden Finanzplan um 1,6 Mrd. €, in der Summe auf 23,8 Mrd. €. Hierbei wirken die im Vergleich zu den früheren gesamtwirtschaftlichen Annahmen leicht erhöhten Arbeitslosenzahlen und die Regelbedarfsanpassungen ausgabensteigernd. Die in den Jahren 2015 bis 2017 vorgesehenen zusätzlichen Entlastungen der Kommunen im Vorfeld des Bundesteilhabegesetzes erfolgen anteilig über eine vorübergehend erhöhte BBKdU im Umfang von 500 Mio. € jährlich und führen so zu höheren Ausgaben. Im weiteren Finanzplanzeitraum steigen die Ausgaben für diese passiven Leistungen moderat auf 23,9 Mrd. € im Jahr 2018.

Die veranschlagten Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben in der Grundsicherung für Arbeitsuchende bleiben über den gesamten Finanzplanungszeitraum auf dem 2013 erreichten Niveau von knapp 8 Mrd. €. Darüber hinaus dürfen in Umsetzung eines Auftrags

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

aus der Koalitionsvereinbarung – wie bereits im Haushaltsjahr 2014 – bis zum Jahr 2017 zu Lasten aller Einzelpläne Ausgabereste in Höhe von 350 Mio. € je Jahr in Anspruch genommen werden.

Das Sonderprogramm des Bundes zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa (MobiPro-EU)“ unterstützt junge Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union (EU) bei der Aufnahme einer betrieblichen Berufsausbildung in Deutschland. Das Programmvolume beträgt für den Zeitraum 2015 bis 2018 insgesamt 423 Mio. €.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wird bei der erwarteten guten Entwicklung am Arbeitsmarkt im gesamten Finanzplanzeitraum bis 2018 Überschüsse erzielen und ihre Ende 2013 vorhandene allgemeine Rücklage in Höhe von 2,4 Mrd. € insoweit voraussichtlich weiter aufbauen können. Ein Darlehen des Bundes gemäß § 365 SGB III wird die BA nicht benötigen.

Familie

Auch in dieser Legislaturperiode verstärkt die Bundesregierung die familienpolitischen Leistungen. Der Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steigt 2015 auf 8,4 Mrd. €. Der weitaus größte Anteil davon entfällt auf das Elterngeld mit 5,4 Mrd. €. Der dynamischen Entwicklung des Elterngeldansatzes aufgrund der Lohnsteigerungen wurde durch eine deutliche Aufstockung im Finanzplan Rechnung getragen. Mit der Einführung des Elterngelds Plus und des Partnerschaftsbonus ab dem 1. Juli 2015 wird eine Teilzeittätigkeit während des Elterngeldbezugs gefördert. Zusätzlich sollen durch die Einführung von vier Partnerschaftsmonaten Anreize für eine gemeinsame Betreuung von Kleinkindern

sowie für die Erwerbstätigkeit beider Elternteile gesetzt werden.

Aufgrund der stufenweisen Einführung des Betreuungsgelds beträgt der Ansatz rund 1 Mrd. € im Jahr 2015 gegenüber 515 Mio. € im Jahr 2014. 2015 umfasst die Anzahl der berechtigten Kinder erstmals zwei nahezu vollständige Jahrgänge.

Für eine Aufstockung des Sondervermögens Kinderbetreuung um bis zu 550 Mio. € ist im Finanzplan Vorsorge getroffen worden.

Die Hilfen im Rahmen des Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ wurden um 42,7 Mio. € aufgestockt. Insgesamt stehen neben den Ausgaben für gesetzliche Leistungen (u. a. Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss) rund 780 Mio. € für die vielfältigen Programme innerhalb des Einzelplans zur Verfügung. Damit wird gewährleistet, dass diese Programme auf hohem Niveau fortgeführt werden können.

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Regierungsentwurf 2015 sieht für den Einzelplan des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Ausgaben in Höhe von rund 5,3 Mrd. € vor. Nach wie vor bildet die Förderung des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems den Schwerpunkt im Einzelplan. 2015 sollen insgesamt rund 3,7 Mrd. € zur sozialen Flankierung des Strukturwandels in der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ als das zentrale politische Koordinierungsinstrument für die agrarstrukturelle Entwicklung in Deutschland verfügt 2015 über eine Ausstattung mit Bundesmitteln in Höhe von effektiv 600 Mio. €. Damit leistet der Bund

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

auch künftig einen maßgeblichen Beitrag zur zielorientierten Unterstützung der ländlichen Regionen. Beginnend 2015 wird darüber hinaus ein „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ aufgelegt, welches 2015 und 2016 mit einem Ansatz von jährlich 10 Mio. € dotiert ist.

Mit der für weitere wichtige Bereiche und Maßnahmen vorgesehenen Mittelausstattung können insbesondere im gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie bei Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation neue Impulse gesetzt werden. Die Hauptziele sind eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion, Klima- und Ressourcenschutz, Sicherheit von Lebensmitteln, Tierwohl und gesunde Ernährung.

Die mit dem Haushalt 2014 begonnene Förderpolitik in den Bereichen Eiweiß-pflanzenstrategie und nachhaltige Waldbewirtschaftung wird fortgesetzt. Gefördert werden Projekte zur Verbesserung der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln sowie nationale und internationale Forstprojekte zur Verbreitung von Modellen nachhaltiger Waldbewirtschaftung.

2.3 Steuereinnahmen

Die im Regierungsentwurf 2015 und im Finanzplan bis 2018 eingestellten Steuereinnahmen basieren auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2014, der die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde liegen. In ihrer Frühjahrsprojektion geht die Bundesregierung für dieses Jahr von einem Anstieg des BIP um real 1,8 % und für 2015 um real 2,0 % aus. Mittelfristig wird ein reales Wirtschaftswachstum von 1,4 % p. a. erwartet. Im Schätzzeitraum 2014 bis 2018 werden für das nominale Bruttoinlandsprodukt nunmehr Veränderungsraten von + 3,5 % für 2014, + 3,8 % für 2015 und + 3,1 % p. a. für die Jahre 2016 bis 2018 erwartet. Bei den für die Steuerschätzung besonders relevanten

Bruttolöhnen und -gehältern wird für die Jahre 2014 und 2015 von einer Zunahme um 3,6 % beziehungsweise 3,7 % ausgegangen. Im mittelfristigen Schätzzeitraum 2016 bis 2018 beträgt die entsprechende Zuwachsrate dann durchschnittlich 3,0 % p. a. Während die Zunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Jahr 2014 insgesamt 3,6 % beträgt, wird das Wachstum im Jahr 2015 mit 5,0 % höher ausfallen. In den Folgejahren wird der Anstieg dann voraussichtlich bei 3,5 % p. a. liegen.

Basierend auf diesen gesamtwirtschaftlichen Eckwerten und auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts wird im gesamten Schätzzeitraum, ausgehend vom letzten Ist-Jahr 2013, bis zum Jahr 2018 ein Zuwachs der Steuereinnahmen um kumuliert 19,2 % erwartet. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ prognostiziert für 2014 Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 639,9 Mrd. €, davon entfallen auf den Bund 268,2 Mrd. €. In den Folgejahren wird ein wachsendes Aufkommen von 666,6 Mrd. € im Jahr 2015 (Bund: 278,5 Mrd. €) über 690,6 Mrd. € im Jahr 2016 (Bund: 292,9 Mrd. €) und 712,4 Mrd. € im Jahr 2017 (Bund: 300,7 Mrd. €) bis hin zu 738,5 Mrd. € im Jahr 2018 (Bund: 311,8 Mrd. €) geschätzt. Das Wachstum der Steuereinnahmen wird vor allem durch die Zunahme der gemeinschaftlichen Steuern angetrieben. Für die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer werden weiterhin kräftige Zuwächse prognostiziert. Daneben wird voraussichtlich auch das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz – nach einer eher schwachen Entwicklung in den beiden vergangenen Jahren – im Schätzzeitraum erhebliche Wachstumsraten verzeichnen. Das Aufkommen der Bundessteuern nimmt hingegen nur geringfügig zu. Die Schätzansätze des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ für die Einzelsteuern wurden in den Entwurf des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis 2018 übernommen.

Analysen und Berichte

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2015 UND FINANZPLAN DES BUNDES 2014 BIS 2018

2.4 Personal und Verwaltung

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 werden zwar insgesamt rund 830 Planstellen und Stellen neu ausgebracht. Der Stellenbestand des Bundes im Jahr 2015 (rund 249 300 Stellen) kann jedoch gegenüber dem Stellenbestand im Jahr 2014 (rund 249 500 Stellen) durch den

Wegfall von Stellen infolge der Auswirkungen der Strukturreform der Bundeswehr, durch die letztmalig wirksame Einsparung in Höhe von 0,4 % der Planstellen aufgrund der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte, durch den Ausgleich für neu ausgebrachte Stellen und durch das Wirksamwerden einer Vielzahl von Wegfallvermerken nahezu konstant gehalten werden.

Analysen und Berichte

BEKÄMPFUNG DES UMSATZSTEUERBETRUGS

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

- Die Umsatzsteuer ist systembedingt betrugsanfällig. Betrügereien und Hinterziehungen schädigen die öffentlichen Haushalte und damit die Allgemeinheit, sie führen zu Wettbewerbsverzerrungen und vernichten Arbeitsplätze.
- Bürger und Unternehmer haben einen Anspruch darauf, dass der Staat diesen Entwicklungen vehement entgegenwirkt.
- Der Bund hat insoweit eine gemeinsame Verantwortung mit den Ländern. Beide haben in den vergangenen Jahren gemeinsam darauf hingewirkt, den Umsatzsteuerbetrug einzudämmen. Bund und Länder werden ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet auch künftig konsequent fortsetzen.

1	Einleitung.....	17
2	Problemstellung	17
3	Maßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens	18
3.1	Gesetzgeberischer Bereich.....	18
3.2	Organisatorischer Bereich	19
4	Ausblick	20

1 Einleitung

Die Umsatzsteuer ist neben der Lohnsteuer die wichtigste Einnahmequelle für den Haushalt. Tabelle 1 zeigt die Entwicklung des kassenmäßigen Aufkommens der Umsatzsteuer von 2011 bis 2013.

Die Umsatzsteuer ist eine Gemeinschaftsteuer, deren Aufkommen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zusteht (Artikel 106 Absatz 3 und 4 Grundgesetz (GG) i.V.m. § 1 Finanzausgleichsgesetz). Im Jahr 2013 flossen dem Bund ca. 53,4 %, den Ländern ca. 44,6 % und den Gemeinden ca. 2 % des Umsatzsteueraufkommens zu. Es besteht also ein gemeinsames Interesse an der Sicherung des Aufkommens aus der Umsatzsteuer.

2 Problemstellung

Die Umsatzsteuer ist aufgrund ihrer Systematik betrugsanfällig, weil der Vorsteueranspruch des Empfängers der Lieferung beziehungsweise sonstigen Leistungen für die an den leistenden Unternehmer gezahlte Umsatzsteuer unabhängig davon entsteht, ob die vom Leistungserbringer vereinnahmte Umsatzsteuer von diesem bereits an das Finanzamt abgeführt wurde (unvalutierter Vorsteuerabzug).

Bund und Länder führen keine Statistik über die durch Umsatzsteuerbetrug verursachten Steuerausfälle; dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass in einer solchen Statistik nur Ausfälle aus aufgedeckten Beträgen erfasst

Tabelle 1: Entwicklung des kassenmäßigen Aufkommens der Umsatzsteuer von 2011 bis 2013

Jahr	Aufkommen in Mio. €
2011	190 033
2012	194 635
2013	196 843

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Analysen und Berichte

BEKÄMPFUNG DES UMSATZSTEUERBETRUGS

werden könnten. Da aber tatsächlich nicht alle Betrugsfälle durch die Verwaltung aufgedeckt werden, würde eine solche Anschreibung zu einem unrealistischen Bild führen. Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung hat sich in der Vergangenheit mit entsprechenden Erhebungen befasst und mitgeteilt, dass nach seiner Schätzung die insbesondere durch Umsatzsteuerbetrug verursachten Steuerausfälle 14 Mrd. € im Jahr 2007 betragen. Unternehmen, die durch Umsatzsteuerbetrug Milliardenbeträge abschöpfen, beschädigen dadurch nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit steuerehrlicher Unternehmer und gefährden damit nicht zuletzt auch Arbeitsplätze. Hinzu kommt, dass die entstehenden Steuerausfälle von den ehrlichen Unternehmern und Bürgern finanziert werden müssen.

Die steuerehrlichen Unternehmen und ihre Arbeitnehmer können zu Recht vom Staat erwarten, dass sie so umfassend wie möglich vor Umsatzsteuerbetrug geschützt werden.

3 Maßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens

Aufgrund der obengenannten Aufteilung haben Bund und Länder ein gemeinsames Interesse an der Sicherung des Umsatzsteueraufkommens – wobei die Zuständigkeit für die Kontrolle und Erhebung der Umsatzsteuer bei den Ländern liegt (Artikel 108 GG). Deshalb wurden seit Ende der 90er Jahre gemeinsam Maßnahmen im gesetzgeberischen Bereich und im organisatorischen Bereich zur Sicherung der Umsatzsteuereinnahmen umgesetzt.

3.1 Gesetzgeberischer Bereich

Zu den Maßnahmen im gesetzgeberischen Bereich gehören insbesondere:

- Gesetzliche Verpflichtungen zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldungen bei Neugründungen (im Jahr der Gründung und im darauf folgenden Jahr).

Ziel der Regelung ist es, zeitnäher die erforderlichen Informationen über Unternehmen zu erhalten, die ausschließlich für betrügerische Zwecke gegründet werden und regelmäßig nur für kurze Zeit bestehen (§ 18 Absatz 2 Satz 4 Umsatzsteuergesetz – UStG).

- Gesetzliche Verpflichtung zur monatlichen Abgabe von Zusammenfassenden Meldungen (§ 18 a UStG) auf der Grundlage EU-rechtlicher Vorschriften.

Damit stehen Informationen zu innergemeinschaftlichen Umsätzen schneller als bisher zur Verfügung und können den betreffenden EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Umsatzsteuer-Binnenmarkt-Kontrollverfahrens zeitnah übermittelt werden. Analog erhält Deutschland die entsprechenden Informationen zu den in Deutschland ansässigen Unternehmen zeitnah.

- Einführung der unangekündigten Umsatzsteuer-Nachschauf. Im Gegensatz zu den Außenprüfungen (Betriebsprüfung, Umsatzsteuer-Sonderprüfung), die vorab bei den betreffenden Unternehmen angekündigt werden müssen, haben die Finanzämter die Möglichkeit, sich unangemeldet vor Ort einen Eindruck von den Unternehmen verschaffen zu können (§ 27 b UStG).
- Gesetzliche Verpflichtung zur Angabe einer Rechnungsnummer und der Steuernummer beziehungsweise Umsatzsteuer-Identifikationsnummer auf einer Rechnung zur schnelleren Identifizierung des Leistungserbringens (§ 14 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 UStG).

- Möglichkeit der Vorsteuererstattung gegen freiwillige Sicherheitsleistung, um die Unternehmen bei notwendigen Überprüfungen des Vorsteuerabzugsrechts möglichst wenig in ihrer Liquidität zu beeinträchtigen (§ 18 f UStG).

Analysen und Berichte

BEKÄMPFUNG DES UMSATZSTEUERBETRUGS

- Einführung der Haftung bösgläubiger Unternehmer für schuldhafte nicht abgeführt Umsatzsteuer, um den Schaden für den Fiskus zu reduzieren (§ 25 d UStG).
- Darüber hinaus wurde auf der Grundlage der EU-rechtlichen Möglichkeiten die Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers (sogenanntes Reverse-Charge-Verfahren, § 13 b UStG) für besonders betrugsanfällige Branchen eingeführt, z. B. für
 - bestimmte Bauleistungen,
 - Lieferungen von Industrieschrott, Altmetallen und sonstigen Abfallstoffen,
 - Lieferungen von Gas, Elektrizität, Wärme und Kälte durch einen im Ausland ansässigen Unternehmer,
 - das Reinigen von Gebäuden und Gebäudeteilen,
 - Lieferungen von Mobilfunkgeräten und integrierten Schaltkreisen,
 - bestimmte Lieferungen von Gold,
 - die Übertragung von Berechtigungen für Emissionszertifikate,
 - die Lieferung von Gas und Elektrizität durch einen inländischen Unternehmer.

Damit fallen die Verpflichtung zur Abführung der vereinnahmten Umsatzsteuer aus einem getätigten Umsatz und der Anspruch auf Vorsteuerabzug beim Leistungsempfänger zusammen. Auf diese Weise können Steuerausfälle in diesen Wirtschaftssegmenten weitestgehend vermieden werden. Aufgrund aktueller Entwicklungen wurde eine Erweiterung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers für die Lieferung von bestimmten unedlen Metallen und

Edelmetallen und auch für die Lieferung von Tablet-PCs und Spielekonsolen durch das Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vorgenommen. Diese Regelungen treten zum 1. Oktober 2014 in Kraft.

Alle diese Regelungen gelten nur für Lieferungen im unternehmerischen Bereich.

3.2 Organisatorischer Bereich

Neben den genannten gesetzlichen Maßnahmen wurde auch eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen umgesetzt. Ziel ist es, dass den Bediensteten in den Finanzämtern alle für den einzelnen Steuerfall erforderlichen Informationen umfassend und zeitnah zur Verfügung stehen. Damit soll unter Berücksichtigung der Regelungen zum Steuergeheimnis (§ 30 Abgabenordnung) soweit als möglich der Nachteil ausgeglichen werden, dass mehr Informationen zu einem Steuerfall nur dem zuständigen Finanzamt des Bundeslandes vorliegen in dem der Unternehmer ansässig ist. Dies ist insbesondere notwendig, weil betrügerische Unternehmen diesen Nachteil regelmäßig kennen und gezielt für ihre Zwecke ausnutzen. So wandern sie beispielsweise häufig bei Entdeckung beziehungsweise Nichtgewährung bestimmter Anträge von einem Bundesland in ein anderes ab. Zu den umgesetzten Maßnahmen gehören insbesondere

- Einrichtung einer bundesweiten Datenbank beim Bundeszentralamt für Steuern, in der alle Betrugsfälle im Bereich der Umsatzsteuer bundesweit erfasst werden und auf die alle mit der Prüfung der Umsatzsteuer betrauten Bediensteten in den Ländern online zugreifen können.
- Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle beim Bundeszentralamt für Steuern, deren Aufgabe es ist, die Prüfungsmaßnahmen (Umsatzsteuer-Sonderprüfungen und Steuerfahn-

Analysen und Berichte

BEKÄMPFUNG DES UMSATZSTEUERBETRUGS

dungsprüfungen) der Länder in staaten- und länderübergreifenden Fällen zu koordinieren.

- Bundeseinheitliches Vorgehen bei der Prüfung von Anträgen auf umsatzsteuerliche Registrierung und bundesweiter Informationsaustausch über Personen, bei denen die steuerliche Anmeldung versagt wurde. Die entsprechenden Fälle sind in die obengenannte zentrale Datenbank einzugeben.
- Einrichtung eines bundesweiten Online-Zugriffs auf die Grunddaten zu den in Deutschland steuerlich registrierten Unternehmen.
- Weitere Intensivierung des zwischenstaatlichen Informationsaustauschs in der EU im Bereich der Umsatzsteuer auf der Grundlage der Verordnung des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die

Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer.

4 Ausblick

Bund und Länder sind sich einig, dass der eingeschlagene Weg konsequent fortgesetzt werden muss. Eine erfolgreiche Betriebsbekämpfung ist nur möglich, wenn die zu einem Unternehmen in der Verwaltung vorliegenden Informationen für den Bearbeiter zeitnah und umfassend zur Verfügung stehen. Hierfür wird noch stärker zu prüfen sein, ob und wie in anderen Verwaltungen vorliegende Informationen einbezogen werden können.

Betrüger sind schnell und flexibel. Die Verwaltung muss sich dem anpassen und rasch auf sich abzeichnende Entwicklungen reagieren. In den letzten Jahren ist dieses Ziel ein gutes Stück besser erreicht worden.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSDIRECTOREN AUS DEN OECD-MITGLIEDSTAATEN ZU GAST IM BMF

Haushaltsdirektoren aus den OECD-Mitgliedstaaten zu Gast im BMF

Rückblick auf die Veranstaltungsergebnisse vom 12. und 13. Juni 2014

- Das 35. Treffen der Haushaltsdirektoren aus den Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fand auf Einladung des BMF in diesem Jahr in Berlin statt. Kernaufgaben der „Senior Budget Officials“ (SBO) sind, in Zusammenarbeit mit der OECD, systemische und prozessuale Analysen zum Haushaltswesen sowie zu haushaltspolitischen Instrumenten. Länderspezifische Untersuchungen und vergleichende Analysen zwischen Ländern kennzeichnen das Arbeitsfeld.
- Hochrangige Vertreter aus über 30 Staaten, von internationalen Organisationen sowie aus Forschung und Politikberatung wurden durch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble willkommen geheißen, der die Arbeit der OECD und insbesondere der „Senior Budget Officials“ in seiner Begrüßungsansprache würdigte.
- Zentrales Element der Agenda war die OECD-Länderstudie zum deutschen Bundeshaushaltssystem (Budget Review), die vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte für viel Aufmerksamkeit und Interesse sorgte.

1	OECD und „Best Practice“ im Haushaltsbereich	21
2	Deutsche Budget Review	22
3	Weitere Themen der Konferenz.....	23
4	Ausblick	23

1 OECD und „Best Practice“ im Haushaltsbereich

Am 12. und 13. Juni 2014 war das BMF Gastgeber des 35. Treffens des „Senior-Budget-Officials“-Netzwerks der OECD. Teil nahmen über 80 Delegierte aus 32 Staaten und von internationalen Institutionen sowie aus Forschung und Politikberatung.

Bereits seit 1980 treffen sich die Haushaltsdirektoren und andere hochrangige Vertreter aus den OECD-Ländern im Format des Netzwerks der „Senior Budget Officials“. Das Netzwerk begleitet die Arbeiten der OECD

im Bereich des Haushaltswesens und gibt Impulse für deren Arbeit sowie Anstöße für Weiterentwicklungen institutioneller Strukturen. In das Arbeitsspektrum fallen beispielsweise länderspezifische Untersuchungen zum jeweiligen Haushaltssystem, vergleichende Analysen zwischen Ländern hinsichtlich konkreter Haushaltsthemen und insgesamt die Fortschreibung des OECD-Wissenspools. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen nicht die jeweils konkreten Haushaltssituationen der OECD-Staaten, sondern die Analyse und Weiterentwicklung von Haushaltsinstitutionen, -verfahren und -regularien in einem Netzwerk von Haushaltspraktikern.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSDIRECTOREN AUS DEN OECD-MITGLIEDSTAATEN ZU GAST IM BMF

Zur „SBO-Familie“ gehören noch weitere Netzwerke, die verschiedene Aufgabengebiete vertiefen und für die SBO vorbereiten:

- Netzwerk zum Finanzmanagement (Rechnungslegung insbesondere mit Blick auf ein kaufmännisches Rechnungswesen für die öffentliche Hand),
- Netzwerk zur Gesundheitspolitik mit Haushaltsbezug,
- Netzwerk der parlamentarischen Haushaltsausschussekretariate,
- Netzwerk zur Ergebnisorientierung,
- Netzwerk zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften.

Darüber hinaus arbeiten die Senior Budget Officials mit regionalen, von der OECD betreuten Netzwerken auch im internationalen Kontext zusammen (Afrika, Asien, Osteuropa, Lateinamerika, Mittlerer Osten/Nordafrika).

Im Rahmen des diesjährigen Treffens des Netzwerks in Berlin hielt Bundesfinanzminister Dr. Schäuble die Begrüßungsrede. Aus deutscher Sicht stand die anschließende unter Anwesenheit von Staatssekretär Werner Gatzer erfolgte Präsentation der OECD-Länderstudie zum deutschen Bundeshaushaltssystem (Budget Review) im Vordergrund der Veranstaltung.

2 Deutsche Budget Review

Die OECD hat bereits für viele ihrer Mitgliedstaaten sogenannte Budget Reviews durchgeführt. Im Rahmen solcher Reviews untersucht die OECD nicht die aktuelle Haushaltslage des jeweiligen Landes, sondern fokussiert sich ausdrücklich auf eine Untersuchung der jeweiligen Haushartsverfahren und -institutionen. Auf Anregung der OECD hat das BMF die OECD mit

einer Review des Haushaltswesens des Bundes beauftragt.

Die OECD hat diese Studie in einem mehr als einjährigen Arbeitsprozess erstellt und sich dabei auf umfangreiche Fragebögen, schriftliche Unterlagen sowie eingehende Interviews mit allen relevanten Akteuren in Deutschland (u. a. BMF, Fachressorts des Bundes, Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags, Bundesrechnungshof, führende Wissenschaftler) gestützt. Das Ergebnis wurde in einem umfangreichen Bericht festgehalten, der praktisch einen vollständigen Überblick über das Haushaltssystem des Bundes gibt, ergänzt um gesamtstaatliche Aspekte (z. B. finanzpolitische Bund-Länder-Koordinierung). Die Review ist als „Peer Review“ angelegt: Der Berichtsentwurf der OECD bildete die Grundlage für die Diskussion im Rahmen der SBO-Konferenz. Die OECD wird den Bericht im Lichte dieser Diskussion erneut überarbeiten; eine Veröffentlichung ist für den Herbst geplant.

Im Rahmen der SBO-Konferenz stellte zunächst die OECD ihre Einschätzungen vor, die dem Berichtsentwurf zugrunde liegen. Zu einem insgesamt außerordentlich positiven Gesamтурteil tragen vor allem folgende Punkte bei:

Das deutsche Haushartsverfahren wird als gut entwickelt und ausgewogen bezeichnet. Sämtliche relevanten Akteure seien angemessen einbezogen. Der Aufbau richte sich nach strikten Regeln und Zeitplänen. Die Einführung der Schuldenbremse und das Top-Down-Verfahren werden positiv hervorgehoben. Sie seien deutliche Verbesserungen gegenüber den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Regelungen. Das Top-Down-Verfahren erlaube es, die klaren Vorgaben durch die Schuldenbremse umzusetzen, ohne den Spielraum der Ressorts zu stark einzuschränken. Bei Schätzungen werde auf unabhängige Institutionen zurückgegriffen (z. B. Sachverständigenrat, Bundesrechnungshof, Arbeitskreis Steuerschätzungen, Beirat des

Analysen und Berichte

HAUSHALTSDIRECTOREN AUS DEN OECD-MITGLIEDSTAATEN ZU GAST IM BMF

Stabilitätsrats). Dies führe zu realistischen Einschätzungen und erhöhe die Transparenz. Gelobt werden darüber hinaus die verschiedenen Prozesse zur Koordinierung der öffentlichen Haushalte – auch im föderalen Kontext. Das Zusammenspiel von Bund und Ländern im Stabilitätsrat wird positiv bewertet. Die Rolle von Bundestag und insbesondere Haushaltausschuss wird als außerordentlich stark beschrieben. Die Rolle des Bundesrechnungshofs gehe über die traditionelle Rechnungsprüfung hinaus. An einigen Stellen bringe er sich bereits früh in das Haushaltsverfahren ein, was positiv zu bewerten sei.

Mit den wichtigen Reformen der jüngsten Vergangenheit verfüge Deutschland über ein Haushaltsverfahren, das alle Elemente moderner Haushaltswirtschaft beinhalte. Zur Weiterentwicklung dieser erfolgreichen Reformen schlägt die OECD u. a. vor, ergänzend zum Top-Down-Verfahren sogenannte Spending Reviews einzuführen, um den Instrumentenkasten für Neupriorisierungen im Haushalt zu stärken.

Die anschließende Diskussion kreiste u. a. um das Thema der starken Rolle der Schuldenbremse im deutschen Haushaltsverfahren, in dem die Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse auch den Rahmen für das Top-Down-Verfahren setzt. Staatssekretär Gatzer betonte, dass die bisherige Erfahrung zeige, dass trotz dieser Vorgaben politische Re-Priorisierungen möglich sind, wie sie z. B. aus strategischen Neuorientierungen im Rahmen einer Koalitionsvereinbarung resultieren können. Ein weiterer Diskussionspunkt war die relativ gering entwickelte Orientierung des Haushaltsverfahrens des Bundes an Output und Performance. Ausgabenprogramme müssten verstärkt auf ihre Resultate hin überprüft werden. Spending Reviews könnten hierfür ein probates Mittel sein. Staatssekretär Gatzer betonte, dass man diese Notwendigkeit erkannt habe und sich die Bundesregierung bereits in der aktuellen Koalitionsvereinbarung das Ziel gesetzt habe, Spending Reviews einzuführen.

3 Weitere Themen der Konferenz

Auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der weltweiten Finanz- und Haushaltsskrise hat sich die OECD entschieden, ihre bisherigen Erkenntnisse und Erfahrungen zur Fortentwicklung von Haushaltssystemen zusammenzufassen und zu kondensieren. Themen wie z. B. Top-Down-Verfahren, Ergebnisorientierung und mittelfristig orientierte Haushaltsplanung haben sich zu erprobten Standards entwickelt. Die OECD hat daher unter Konsultation der SBO „Budget Principles“ entwickelt und in der diesjährigen Netzwerk-Tagung präsentiert, bevor sie anschließend in den Gremien der OECD weiter beraten werden.

Einen weiteren Themenschwerpunkt der Veranstaltung bildete der Umgang mit Haushaltsrisiken („Fiscal Risk“). Die OECD präsentierte ein Bündel verschiedenster wissenschaftlicher Ansätze zur Messung und Erfassung derartiger Risiken, die im Zuge der Finanzkrise deutlich zugenommen haben. Anschließend wurden Optionen der Thematisierung und Begrenzung derartiger Risiken ebenso diskutiert wie Ansätze zur Begrenzung der Haushaltswirkungen sowie der haushälterischen Risikovorsorge.

4 Ausblick

Die Arbeit des SBO-Netzwerks der OECD ist aus Sicht des BMF ein gutes Beispiel für „institutions matter“: Sie zeigt, dass zwischen Haushaltsverfahren und -ergebnissen ein Zusammenhang besteht und dass der praxisorientierte Erfahrungsaustausch zur internationalen Entwicklung von Reformansätzen beiträgt, von denen alle Staaten profitieren können. Dies ist nach der Finanz- und Schuldenkrise wichtiger als zuvor.

Aus deutscher Sicht ist die von der OECD durchgeführte Budget Review ein wert-

Analysen und Berichte

HAUSHALTSDIRECTOREN AUS DEN OECD-MITGLIEDSTAATEN ZU GAST IM BMF

volles Instrument, das eine umfassende Bestandsaufnahme des fortentwickelten deutschen Haushaltsverfahrens leistet und eine wichtige Unterstützung bietet, dieses Verfahren auch international besser und detaillierter zu kommunizieren. Dies könnte eine auch von den SBO-Diskussionsteilnehmern beklagte Lücke

füllen, dass bisher wenig Literatur zu diesem Thema vorliege. Zugleich gibt die Review Wegweisungen, wie die begonnenen Reformen auf Bundesebene konsistent weitergeführt werden können. Mit der im Herbst geplanten Veröffentlichung der Review wird im BMF-Monatsbericht ausführlicher über deren Inhalte berichtet werden.

Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

Das Europäische Semester 2014

- Im Zentrum des Europäischen Semesters stehen die länderspezifischen Empfehlungen an die EU-Mitgliedstaaten und das Eurowährungsgebiet. Nach Erörterung durch die Staats- und Regierungschefs am 27. Juni 2014 hat der ECOFIN-Rat am 8. Juli 2014 die länderspezifischen Empfehlungen endgültig gebilligt. Sie geben konkrete Orientierungsmaßstäbe für die Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten und des Eurowährungsgebiets.
- Die Mitgliedstaaten werden den Empfehlungen nun bei ihren anstehenden Entscheidungen über Haushalt, Strukturreformen und beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen Rechnung tragen. Sie sind gehalten, die Empfehlungen innerhalb eines Zeitraums von zwölf bis 18 Monaten umzusetzen. Der Rat und die Kommission werden die Umsetzung genau prüfen und Anfang 2015 eine Bewertung vornehmen.
- Seit Einführung des Semesters im Jahr 2011 wurden die Empfehlungen deutlicher auf die einzelnen Mitgliedstaaten ausgerichtet. Sie differenzieren entsprechend der jeweiligen Herausforderungen der Mitgliedstaaten.

1	Überblick über das Europäische Semester	25
2	Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2014 – Phase I.....	27
2.1	Jahreswachstumsbericht 2014 der EU-Kommission	27
2.2	Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates: Verabschiedung horizontaler politischer Leitlinien ..	28
3	Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2014 – Phase II	28
3.1	Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und Nationale Reformprogramme	28
3.2	Paket der EU-Kommission zum Europäischen Semester 2014	29
3.3	Ratsbeschluss zu den länderspezifischen Empfehlungen	31
3.4	Ratsbeschluss im Defizitverfahren	32
3.5	Vorgehen im makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren	32
4	Fazit: Empfehlungen umsetzen	33

1 Überblick über das Europäische Semester

Am 2. Juni 2014 hat die Europäische Kommission die Vorschläge für die länderspezifischen Empfehlungen 2014 vorgelegt. Damit ging das Europäische Semester 2014 in die Endphase. Zur Vorbereitung des endgültigen Ratsbeschlusses am 8. Juli 2014 wurden die länderspezifischen Empfehlungen im ECOFIN- Rat und im Europäischen Rat geprüft und erörtert. Der Ablauf der verschiedenen Phasen des Europäischen Semesters ist in Abbildung 1 dargestellt. Die EU-Kommission erstellt spätestens zu Beginn des Jahres und zum Auftakt des Europäischen

Semesters einen Jahreswachstumsbericht, in dem sie die wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen in der EU benennt und vorrangige Maßnahmen zu deren Bewältigung empfiehlt. Gestützt auf diesen Bericht formuliert der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung horizontale Leitlinien, die den Mitgliedstaaten als Orientierung dienen sollen. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, diese Leitlinien sowohl bei der Ausarbeitung ihrer mittelfristigen Haushaltsstrategien im Rahmen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (SKP) als auch bei der Erstellung ihrer Nationalen Reformprogramme (NRP) zu berücksichtigen. In ihren NRP legen die Mitgliedstaaten insbesondere ihre

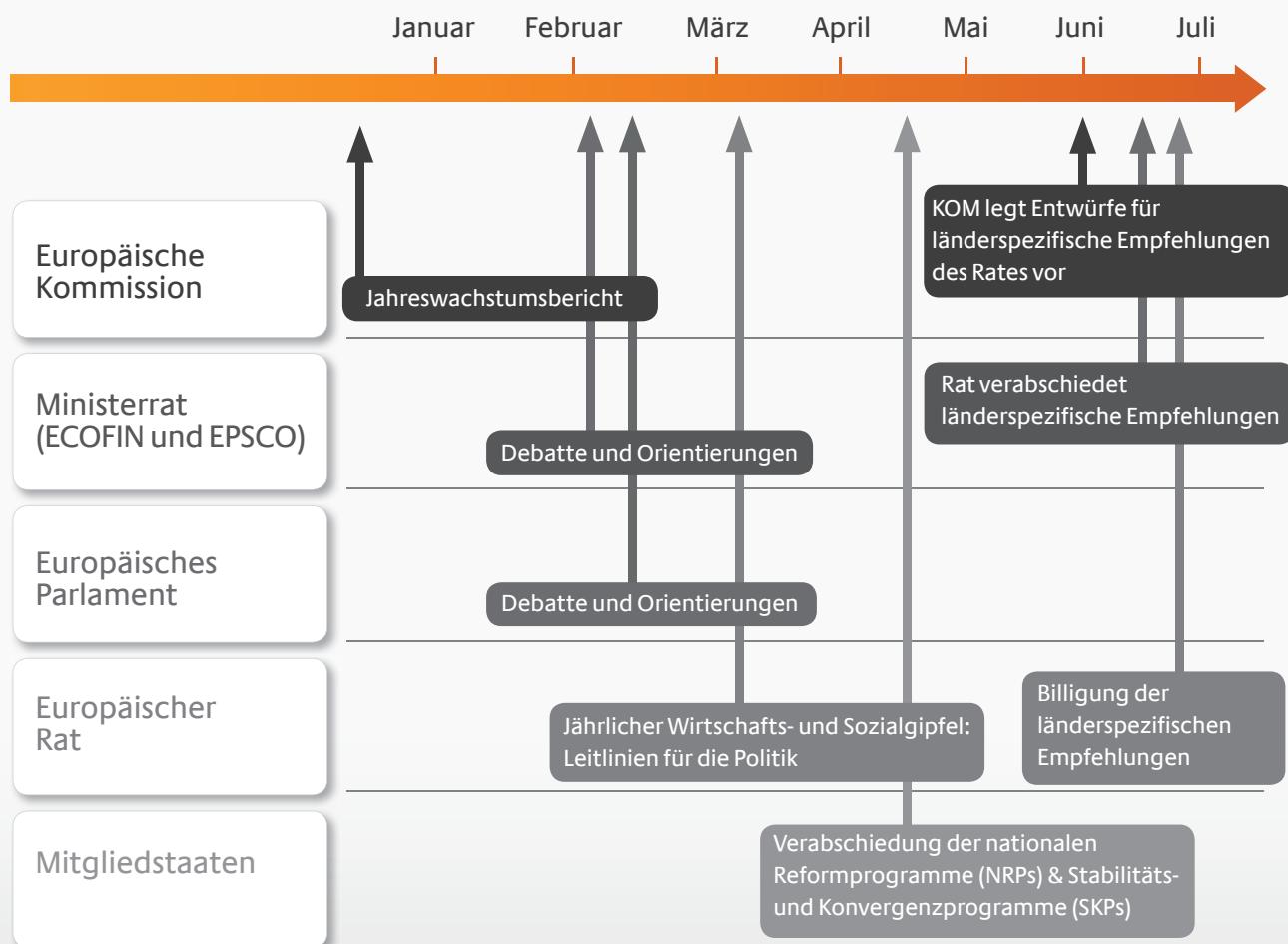
Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der EU 2020-Strategie und zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Vorjahres dar. Mitgliedstaaten, bei denen die Kommission im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens eine eingehende Untersuchung durchgeführt hat, haben im NRP die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Ergebnissen der Kommission. Beide nationalen Programme werden der Kommission bis Ende April übermittelt. Auf

dieser Grundlage erstellt die Kommission dann die Entwürfe der länderspezifischen Empfehlungen, die zudem die vorbeugenden Komponenten des Defizitverfahrens sowie des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte umfassen. Im Juni beschließen der ECOFIN-Rat und der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) die im Rahmen ihrer Beratungen gegebenenfalls geänderten länderspezifischen Empfehlungen, bevor sie

Abbildung 1: Zeitplan und Ablauf des Europäischen Semesters



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

Ende Juni vom Europäischen Rat gebilligt und Anfang Juli vom Rat endgültig angenommen werden. Damit endet das Europäische Semester.

Die Einführung des Europäischen Semesters wurde im Juni 2010 vom Europäischen Rat beschlossen. Es soll die wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitische Koordinierung im Rahmen der Strategie Europa 2020 zusammenführen und zur besseren Durchsetzung notwendiger Reformen beitragen. Der mit dem Jahreswachstumsbericht einsetzende Zyklus des Europäischen Semesters endet im Juni mit der Annahme politischer Leitlinien und Empfehlungen an die Mitgliedstaaten durch den Rat. Das Europäische Semester wurde 2011 erstmals durchgeführt. Mit der regelmäßigen Beobachtung im Europäischen Semester sollen wirtschaftliche und soziale Herausforderungen für die EU und den Euroraum identifiziert werden. Fortschritte werden bewertet und sich abzeichnende Probleme frühzeitig benannt. Darauf aufbauend werden Empfehlungen ausgesprochen, die den Mitgliedstaaten eine Hilfestellung geben, eine nachhaltige und wachstumsorientierte Politik umzusetzen.

2 Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2014 – Phase I

2.1 Jahreswachstumsbericht 2014 der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat mit der Vorlage ihres Jahreswachstumsberichts im November 2013 das Europäische Semester 2014 eingeleitet. Der Bericht identifiziert die aus Sicht der EU-Kommission wichtigsten horizontalen finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der EU. In ihrem Jahreswachstumsbericht hält die EU-Kommission an den schon im Jahr 2012 identifizierten fünf Prioritäten fest:

- Fortführung einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Konsolidierung;
- Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft;
- Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit;
- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise;
- Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

In ihrer umfänglichen Bestandsaufnahme unterstreicht die Kommission die Fortschritte der Mitgliedstaaten. Das Wachstum kehre allmählich zurück, und die Mitgliedstaaten hätten ihre Politik mit ersten Erfolgen an den fünf Prioritäten ausgerichtet.

Zur Vertiefung der wirtschaftspolitischen Koordinierung empfiehlt die Kommission insbesondere die folgenden Bausteine:

- Verstärkung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen, z. B. durch verbesserte Einbindung der nationalen Parlamente, Sozialpartner und Bürger (Ownership);
- Vertiefung der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euroraum, insbesondere auf den Arbeits- und Produktmärkten;
- bessere Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen durch die Mitgliedstaaten.

Zu diesen Themen hat die Kommission dem Europäischen Rat vom Dezember 2013 Vorschläge unterbreitet. Der Jahreswachstumsbericht 2013 enthielt erstmals einen Anhang über den jeweiligen Umsetzungsstand der länderspezifischen Empfehlungen in den Mitgliedstaaten. Dieser Anhang zeigte, dass Fortschritte zwar zu verzeichnen sind, weitere Reformen aber mit mehr Entschiedenheit angegangen werden sollten.

Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

2.2 Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates: Verabschiedung horizontaler politischer Leitlinien

Der Europäische Rat hat auf seiner Frühjahrstagung am 20. und 21. März 2014 die fünf im Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission genannten Prioritäten als politische Leitlinien im Rahmen des Europäischen Semesters bekräftigt. Diese fünf Prioritäten waren von den Staats- und Regierungschefs bereits auf ihrem Gipfel im Dezember 2013 nach Vorlage des Jahreswachstumsberichts durch die Kommission gebilligt worden. Zur Strukturierung der Beratungen des Ministerrats über das Europäische Semester legte der Europäische Rat den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit – sowie zur Weiterverfolgung der Reformen für ein besseres Funktionieren des Arbeitsmarkts.

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates bestätigen die Notwendigkeit, die bisherige Doppelstrategie aus wachstumsorientierter Haushaltkskonsolidierung und der Sicherung der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sowie Strukturreformen zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung fortzusetzen.

Um die Integrität des Europäischen Semesters zu stärken, betonte der Frühjahrsgipfel die notwendige Verbindung zwischen den Nationalen Reformprogrammen sowie Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen einerseits und den länderspezifischen Empfehlungen des vorangegangenen Jahres, den Ergebnissen des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt andererseits.

3 Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2014 – Phase II

3.1 Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und Nationale Reformprogramme

Gemäß den Bestimmungen des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts haben die Mitgliedstaaten des Euroraums ihre Stabilitätsprogramme und die übrigen EU-Mitgliedstaaten ihre Konvergenzprogramme bis Ende April der EU-Kommission und dem ECOFIN-Rat vorgelegt. In den SKP legen die Mitgliedstaaten ihre finanzpolitische Strategie dar, um tragfähige öffentliche Finanzen zu erreichen. In den zeitgleich vorgelegten NRP erläutern die Mitgliedstaaten, welche Reformmaßnahmen sie zur Erreichung der EU 2020-Ziele und zur Umsetzung der Integrierten Leitlinien (Grundzüge der Wirtschaftspolitik, beschäftigungspolitische Leitlinien) sowie der länderspezifischen Empfehlungen ergreifen beziehungsweise umsetzen.

Aus den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen geht hervor, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen 2013 fortgesetzt wurde (Tabelle 1). Der strukturelle Defizitabbau lag im Euroraum insgesamt bei 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und entsprach damit weitgehend den von den Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr vorgelegten Planungen. In der gesamten EU war der strukturelle Defizitabbau etwas höher und überstieg die Planungen leicht. Die Konsolidierung hat dazu geführt, dass 17 Mitgliedstaaten im Jahr 2013 die Grenze für das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit in Höhe von 3 % des BIP unterschritten haben – 2012 hatten nur zehn Mitgliedstaaten die

Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

Tabelle 1: Übersicht zur mittelfristigen Haushaltsplanung laut Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen

	2014			2015		
	Wirtschaftswachstum (in % ggü. Vorjahr)	Staatsdefizit (in % des BIP)	Schuldenquote (in % des BIP)	Wirtschaftswachstum (in % ggü. Vorjahr)	Staatsdefizit (in % des BIP)	Schuldenquote (in % des BIP)
EU	+1,7	-2,5	88,1	+2,0	-2,1	87,4
Euroraum	+1,5	-2,4	94,3	+1,9	-1,8	93,1

Grenze eingehalten. Die Konsolidierung erfolgte hauptsächlich über die Einnahmeseite. Die Staatsschuldenquote ist 2013 weiter angestiegen – allerdings weniger stark als in den Vorjahren.

Für 2014 planen die Mitgliedstaaten eine weitere Konsolidierung der Staatshaushalte. Der strukturelle Defizitabbau soll im Euroraum bei 0,4 % des BIP liegen; in der EU-28 bei 0,3 Prozentpunkten. Der Fokus der Konsolidierungspläne liegt dabei vor allem auf der Ausgabenseite. Das durchschnittliche Staatsdefizit im Euroraum soll im Ergebnis von 3,0 % des BIP im Jahr 2013 (EU: 3,3 %) auf 2,4 % des BIP (EU: 2,5 %) sinken. Neben der strukturellen Konsolidierung soll dieser geplante Rückgang auch durch ein anziehendes Wirtschaftswachstum unterstützt werden. Die den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen zugrundeliegenden Annahmen für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 liegen in der EU bei +1,7%; für den Euroraum wird ein Wachstum von +1,5 % angenommen. Die EU-Kommission erwartet in ihrer Frühjahrsprognose ein Wirtschaftswachstum von +1,6 % in der EU und +1,2 % im Euroraum. Bei der Staatschuldenquote implizieren die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme für 2014 einen weiteren Anstieg auf 94,3 % des BIP.

In den Folgejahren (2015 bis 2017) planen die Mitgliedstaaten weiter rückläufige Defizite. Bis zum Jahr 2017 soll das gesamtstaatliche

Haushaltsdefizit auf 0,5 % des BIP im Euroraum beziehungsweise 0,6 % in der EU fallen. Die Schuldenquote soll bis 2017 auf 88,2 % des BIP im Euroraum beziehungsweise 82,8 % in der EU zurückgehen.

3.2 Paket der EU-Kommission zum Europäischen Semester 2014

Am 2. Juni 2014 präsentierte die EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters 2014 ein umfassendes Gesamtpaket mit drei Komponenten:

1. Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen an 26 Mitgliedstaaten und den Euroraum; als Programmländer werden Zypern und Griechenland separat überwacht, um Dopplungen mit den Verpflichtungen im Rahmen ihrer Anpassungsprogramme zu vermeiden.
2. Vorschläge für Ratsentscheidungen, die Defizitverfahren im Falle von sechs Mitgliedstaaten zu beenden (Österreich, Belgien, Tschechien, Dänemark, Slowakei und Niederlande).
3. Vorschläge, sechs Mitgliedstaaten (Kroatien, Italien, Slowenien, Frankreich, Spanien und Irland) im Rahmen des präventiven Arms des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens enger zu überwachen.

Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

Übergreifende Analyse und Schlussfolgerungen der EU-Kommission

In ihrer grundlegenden Analyse hebt die EU-Kommission positiv hervor, dass die EU nach der Krise wieder langsam ins Lot kommt: Das Wirtschaftswachstum kehre zurück, die Beschäftigung dürfe sich stabilisieren, die Haushaltskonsolidierung werde in Angriff genommen, makroökonomische Ungleichgewichte würden abgebaut und Strukturreformen umgesetzt. Mit Sorge beschreibt sie aber die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und der sozialen Lage in den vergangenen Jahren. Mahnend stellt sie heraus, dass die größte Herausforderung in mangelnder politischer Entschlossenheit liege. Mit Ausnahme der Programmländer seien die notwendigen Veränderungen langsamer und vorsichtiger als erforderlich. Um die Vorteile der Globalisierung besser zu nutzen, müssten die EU und ihre Mitgliedstaaten den politischen Willen finden, Strukturreformen umzusetzen und Investitionen zu fördern. Die Kommission betont, dass die finanz- und wirtschaftspolitische Steuerung nicht an die Stelle der politischen Entschlossenheit treten kann, Maßnahmen und Reformen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand umzusetzen. Hier seien die Regierungen der Mitgliedstaaten gefordert.

Die länderspezifischen Empfehlungen unterstützen die Doppelstrategie des Europäischen Rates für mehr Wachstum und Beschäftigung und halten die Mitgliedstaaten zu wachstumsorientierter Haushaltstskonsolidierung und Strukturreformen an. Als prioritäre Handlungsfelder der Finanz- und Wirtschaftspolitik identifiziert die Kommission: Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, beschäftigungsfreundliche Ausgestaltung des Steuersystems, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Tragfähigkeit der Staatsfinanzen, Abbau der hohen Staatsschulden, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sowie Sicherung der Nachhaltigkeit der Renten- und Pensionssysteme.

Im Einzelnen hat die EU-Kommission Empfehlungen für 26 Mitgliedstaaten sowie für den Euroraum insgesamt vorgeschlagen, die zwischen den Mitgliedstaaten nach dem Grad der jeweiligen finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen differenzieren. So unterscheiden sich etwa die Anzahl, aber auch Duktus und Bestimmtheit der Empfehlungen. Einigen Mitgliedstaaten werden sehr weitreichende und detaillierte Reformempfehlungen aufgezeigt. Die wenigsten Empfehlungen (drei) erhält Dänemark. Deutschland, die Niederlande und Schweden erhalten jeweils vier Empfehlungen. Fünf Empfehlungen werden jeweils an Österreich, Estland, Finnland, Lettland, Luxemburg und Malta ausgesprochen. Belgien, Bulgarien, Litauen, Polen, die Slowakei und Großbritannien erhalten jeweils sechs Empfehlungen. An Tschechien, Frankreich, Ungarn und Irland werden jeweils sieben Empfehlungen ausgesprochen. Die meisten Empfehlungen erhalten Kroatien, Italien, Portugal, Rumänien, Slowenien und Spanien mit jeweils acht an der Zahl.

Empfehlungen an Deutschland

Wie bereits in den vergangenen Jahren unterstützt die Kommission insgesamt den finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung und bestätigt die solide Haushaltsslage in Deutschland. Sie identifiziert Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Vorjahres, fordert jedoch in einzelnen Bereichen weitere Anstrengungen.

Die Kommission empfiehlt, die wachstumsfreundliche Konsolidierung fortzusetzen. Haushaltspolitischer Spielraum solle für mehr und effizientere öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung genutzt werden. Einzelne Aspekte der jüngsten Rentenreform der Bundesregierung sollen nach Auffassung der Kommission modifiziert werden. Darüber hinaus gelte es, die Beschäftigungseffekte des gesetzlichen Mindestlohns zu beobachten.

Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

Fast unverändert gegenüber 2012 und 2013 richten sich die Empfehlungen u. a. auf eine Verbesserung der Effizienz des Steuersystems, die Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Geringverdiener sowie die Abschaffung von Fehlanreizen für Zweitverdiener und die Verbesserung der Effizienz von öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Pflege. Weiterhin werden eine Begrenzung der Kosten der Energiewende, eine Belebung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor sowie fortgesetzte Anstrengungen zur Konsolidierung der Landesbanken angemahnt.

Entsprechend den Vorgaben des Europäischen Semesters wird die Bundesregierung im Rahmen des nächsten Nationalen Reformprogramms im April 2015 umfassend zu den länderspezifischen Empfehlungen 2014 und deren Umsetzung Stellung nehmen.

Die länderspezifischen Empfehlungen spiegeln den unterschiedlichen Strukturreformbedarf der Mitgliedstaaten wider. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Reformprioritäten in beispielhaft ausgewählten Mitgliedstaaten, die im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen 2014 adressiert werden.

3.3 Ratsbeschluss zu den länderspezifischen Empfehlungen

Im Juni hat der ECOFIN-Rat die länderspezifischen Empfehlungen beraten und am 8. Juli 2014 endgültig beschlossen. Der Europäische Rat hatte am 26. und 27. Juni 2014 das Ergebnis der Ratsbefassung politisch gebilligt. Der Rat hat sich weitgehend die Analyse der EU-Kommission und die von ihr vorgelegten Empfehlungstexte zu eigen gemacht. Um Textänderungen durchzusetzen, denen die Kommission nicht zustimmt, muss

Tabelle 2: Schwerpunkte für Strukturreformen in den länderspezifischen Empfehlungen 2014

Italien	Slowenien	Kroatien	Irland
<ul style="list-style-type: none"> Effizienz der öffentlichen Verwaltung Arbeitsmarkt- und Lohnfindungsreformen Jugendbeschäftigung und berufliche Bildung Verlagerung der Steuerlast und Steuerdisziplin Wettbewerb und Regulierungsrahmen Widerstandsfähigkeit des Bankensektors und Zugang zu Finanzierungen 	<ul style="list-style-type: none"> Segmentierung des Arbeitsmarkts, Lohnfindung, aktive Arbeitsmarktpolitik und Qualifikationen Wirksamer Wettbewerb auf Produktmärkten Weitere Umstrukturierung und Privatisierung von Banken Führung staatseigener Unternehmen Effizienz der öffentlichen Verwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> Führung staatseigener Unternehmen Effizienz der öffentlichen Verwaltung und EU-Mittel Bildungsergebnisse Beschäftigung jüngerer und älterer Menschen, Arbeitsmarkt- und Lohnfindungsreformen Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer, Steuerausgaben und Steuerdisziplin Analyse der Bankenportfolios 	<ul style="list-style-type: none"> Schuldensanierung bei Banken, notleidende Kredite und Zugang zu Finanzierungen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage Besteuerung der Arbeit, Bemessungsgrundlage für Grund-, Verbrauch- und Umweltsteuern Finanzmanagement im Gesundheitswesen
Spanien	Großbritannien	Frankreich	Ungarn
<ul style="list-style-type: none"> Segmentierung des Arbeitsmarkts und aktive Arbeitsmarktpolitik Jugendbeschäftigung und berufliche Bildung Einheit des Marktes und freiberufliche Dienstleistungen Effizienz der öffentlichen Verwaltung Sparkassen und Zugang zu Finanzierungen 	<ul style="list-style-type: none"> Regulierung des Wohnimmobiliensektors – Eindämmung des Anstiegs der Wohnimmobilienpreise Jugendbeschäftigung und berufliche Bildung Verfügbarkeit von Finanzierungen durch Banken und Nichtbanken für KMU Transparenz bei der Umsetzung öffentlicher Infrastrukturvorhaben 	<ul style="list-style-type: none"> Verringerung der Arbeitskosten Starre Arbeitsmarktstrukturen, aktive Arbeitsmarktpolitik und berufliche Bildung Wirksamkeit der Innovationspolitik Hindernisse für freiberufliche Dienstleistungen und Unternehmen Wettbewerb in netzgebundenen Wirtschaftszweigen 	<ul style="list-style-type: none"> Stabile Unternehmensbesteuerung ohne Verzerrungen Wettbewerb und Regelungsrahmen Öffentliche Verwaltung und Auftragsvergabe Bankensektor und Kreditvergabe an die Wirtschaft Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Bevölkerungsgruppen

Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

eine Zustimmung mit qualifizierter Mehrheit im jeweiligen Gremium erreicht werden. Gegenüber dem Europäischen Parlament müssen solche Änderungen ausführlich begründet werden.

3.4 Ratsbeschluss im Defizitverfahren

Am 20. Juni 2013 hat der ECOFIN-Rat auf Vorschlag der EU-Kommission die Beendigung der Defizitverfahren im Falle von sechs Mitgliedstaaten (Österreich, Belgien, Tschechien, Dänemark, Slowakei und Niederlande) beschlossen. Die Beendigung der Verfahren spiegelt insbesondere die Erfolge bei der Haushaltkskonsolidierung im Euroraum wider. Alle sechs Mitgliedstaaten haben ihre Defizite 2013 unter 3 % des BIP abgesenkt. Damit befinden sich mit elf Mitgliedstaaten nunmehr erstmals seit 2009 weniger als die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten im Defizitverfahren. Die verbleibenden 17 Mitgliedstaaten werden im Rahmen des gestärkten präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts beaufsichtigt.

Tabelle 3 enthält eine Übersicht zu den Defizitverfahren.

3.5 Vorgehen im makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren

Die Kommission stellt fest, dass die Korrektur der makroökonomischen Ungleichgewichte Fortschritte macht. Dennoch erhalten 14 Mitgliedstaaten Empfehlungen im präventiven Arm des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Irland, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Ungarn, Italien, Malta, Niederlande und Schweden). Auf Vorschläge zur Anwendung des korrekiven Arms des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens wurde seitens der EU-Kommission zunächst verzichtet.

In der Beurteilung der Ungleichgewichte trifft die Kommission folgende Unterscheidung: Sie identifiziert übermäßige Ungleichgewichte im

Tabelle 3: EU-Mitgliedstaaten im Defizitverfahren
EU-Mitgliedstaaten im korrekiven Arm (EDP)

Mitgliedstaat	Euroraum/EU	laufendes Defizitverfahren/Frist		Stand des Verfahrens
		Seit	Bis	
Malta	Euroraum	01.06.2013	2014	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013
Vereinigtes Königreich	EU	08.07.2008	2014/15	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 02.12.2009
Frankreich	Euroraum	27.04.2009	2015	Ratsempfehlung nach Art. 126 (7) AEUV vom 21.06.2013
Irland	Euroraum	27.04.2009	2015	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 07.12.2010
Polen	EU	07.07.2009	2015	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 10.12.2013
Portugal	Euroraum	02.12.2009	2015	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013
Slowenien	Euroraum	02.12.2009	2015	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013
Griechenland ¹	Euroraum	27.04.2009	2016	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013
Kroatien	EU	28.01.2014	2016	Ratsbeschluss nach Art. 126(9)-136 AEUV vom 21.01.2014
Spanien	Euroraum	27.04.2009	2016	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013
Zypern ¹	Euroraum	13.07.2010	2016	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 07.05.2013

¹Für Griechenland sowie Zypern sind die Vorgaben im Anpassungsprogramm relevant.

Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2014

**noch Tabelle 3: EU-Mitgliedstaaten im Defizitverfahren
EU-Mitgliedstaaten, die 2014 aus dem Defizitverfahren entlassen wurden**

Mitgliedstaat	Euroraum/EU	laufendes Defizitverfahren/Frist		Stand des Verfahrens
		Ab	Bis	
Belgien	Euroraum	02.12.2009	2013	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 20.06.2014 zur Aufhebung des EDP in Belgien
Dänemark	EU	13.07.2010	2013	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 20.06.2014 zur Aufhebung des EDP in Dänemark
Niederlande	Euroraum	02.12.2009	2014	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 20.06.2014 zur Aufhebung des EDP in den Niederlanden
Österreich	Euroraum	02.12.2009	2013	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 20.06.2014 zur Aufhebung des EDP in Österreich
Slowakei	Euroraum	02.12.2009	2013	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 20.06.2014 zur Aufhebung des EDP in der Slowakei
Tschechische Republik	EU	02.12.2009	2013	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 20.06.2014 zur Aufhebung des EDP in der Tschechischen Republik

Falle von Italien, Kroatien und Slowenien. In drei weiteren Mitgliedstaaten (Irland, Spanien und Frankreich) identifiziert die Kommission Ungleichgewichte, die kontinuierliches und entschlossenes politisches Handeln in den Bereichen Produkt- und Dienstleistungsmärkte, Arbeitsmarkt, Finanzsektor und öffentliche Finanzen erfordern. Die Kommission hat angekündigt, die von diesen sechs Mitgliedstaaten umgesetzten Maßnahmen in den nächsten zwölf Monaten je zweimal kritisch zu prüfen. Sofern die Prüfungen zu dem Ergebnis kommen, dass die umgesetzten Maßnahmen nicht effektiv sind, kann die Kommission für die drei Mitgliedstaaten mit übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten (Italien, Kroatien und Slowenien) jederzeit empfehlen, sie strenger im korrekturellen Arm zu beaufsichtigen.

Die anderen acht Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, überwacht die Europäische Kommission im Europäischen Semester und empfiehlt politische Maßnahmen zur Korrektur identifizierter Schwächen, Hemmnisse und Reformrückstände.

4 Fazit: Empfehlungen umsetzen

Nach Beschluss der länderspezifischen Empfehlungen sind die Mitgliedstaaten gehalten, ihre Politik an den formulierten Maßstäben zu orientieren und sie bei den anstehenden Entscheidungen über Haushalt und Strukturreformen zu beachten. In der Regel sollen die Empfehlungen innerhalb eines Zeitraums von zwölf bis 18 Monaten umgesetzt werden.

Wenn auch die Empfehlungen als sogenanntes Soft Law nicht zwingend beachtet werden müssen, sind sie gleichwohl ein wichtiges Element der europäischen Wachstums- und Reformstrategie. Sie halten die Mitgliedstaaten an, den eingeschlagenen Pfad aus wachstumsorientierter fiskalischer Konsolidierung und Strukturreformen fortzusetzen. Auch wenn diese Doppelstrategie beginnt, Wirkung zu zeigen, bedarf es weiterer Maßnahmen und Anstrengungen, um die erreichten Erfolge zu festigen und zu vertiefen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hält an. Im 2. Quartal wird die gesamtwirtschaftliche Dynamik erwartungsgemäß jedoch deutlich weniger kräftig ausfallen als im durch Witterungseffekte überzeichneten 1. Vierteljahr.
- Der Arbeitsmarkt entwickelte sich trotz moderater Frühjahrsbelebung positiv. Im 1. Halbjahr war ein deutlicher Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl gegenüber der 2. Jahreshälfte 2013 zu beobachten. Die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl nahm im Mai weiter zu. Die Nachfrage nach Arbeitskräften dürfte angesichts der konjunkturellen Aufwärtsbewegung hoch bleiben.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) gegenüber dem Vorjahr blieb auch im Juni verhalten (+1,0 %). Angesichts der moderaten Entwicklung der Weltwirtschaft dürfte das Preisklima ruhig bleiben.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hält an. Im 2. Quartal wird die gesamtwirtschaftliche Dynamik erwartungsgemäß jedoch deutlich weniger kräftig ausfallen als im durch Witterungseffekte überzeichneten 1. Vierteljahr. Dies belegen sowohl die „harten“ Konjunktur- als auch die Stimmungsindikatoren.

Die industrielle Aktivität zeigte im bisherigen Quartalsverlauf Bremsspuren. Die Produktion und die Umsätze in der Industrie sind vor allem aufgrund eines ungünstigen Mai-Ergebnisses in der Tendenz rückläufig. Die Auftragseingänge in der Industrie blieben jedoch bei einem im Zweimonatsvergleich positiven Auslandsgeschäft mit den Ländern des Euroraums aufwärtsgerichtet. Ursache für die aktuelle Abschwächung könnte – insbesondere im Baubereich – ein technischer Gegeneffekt auf das kräftige Wirtschaftswachstum im 1. Quartal sein. Aber auch Unsicherheiten, die sich aus den geopolitischen Krisenherden in der Ukraine und dem Irak ergeben, könnten die Unternehmen zur Zurückhaltung bewegt haben. Dafür sprechen die weniger optimistische Stimmung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (Markit-Einkaufsmanagerindex und ifo Geschäftsklima), der deutliche Rückgang der Exporte in die Ukraine sowie die schwache

Entwicklung der Auftragseingänge aus den Ländern außerhalb des Euroraums. Dagegen zeigen die mehrheitlich binnennahmlich orientierten Wirtschaftszweige eine Verbesserung des Geschäftsklimas, und auch das Verbrauchertrauen erhöhte sich zuletzt weiter. Zusammengenommen weisen diese Faktoren auf eine Fortsetzung der dynamischen Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der Binnennahmefluss, hin. Sie wird insbesondere von der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und damit einhergehenden steigenden Einkommen getragen.

Die Exporttätigkeit zeigt im bisherigen Quartalsverlauf keine hohe Dynamik. Im Mai gingen die nominalen Warenexporte in saisonbereinigter Betrachtung um 1,1 % gegenüber dem Vormonat zurück, nachdem sie im April deutlich angestiegen waren. Im Zweimonatsdurchschnitt sind sie noch leicht aufwärtsgerichtet.

Die nominalen Warenimporte schwächten sich im Mai saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat spürbar ab. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich damit eine Abwärtsbewegung. Zu dieser Entwicklungstendenz dürfte die rückläufige inländische Produktion sowie die abwärts-

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

gerichtete Importpreisentwicklung, beigetragen haben.

Im Zeitraum Januar bis Mai stiegen die nominalen Ausfuhren und die nominalen Wareneinfuhren (nach Ursprungswerten) gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau in etwa gleicher Höhe an (+2,6 % und +2,7%). In regionaler Aufgliederung nach dem Ursprungslandprinzip (Daten bis April) waren die Ausfuhren in die Länder der Europäischen Union (EU) und die Einfuhren aus diesen Ländern deutlich gegenüber dem Vorjahr angestiegen (+4,8 % und +5,7%). Dagegen gingen die Ausfuhren in Drittländer merklich zurück (-1,3 %) und die Einfuhren aus den Drittländern stiegen nur marginal an (+0,5 %).

Nach vorläufigen Berechnungen der Bundesbank fiel der Leistungsbilanzüberschuss im Zeitraum Januar bis Mai um 4,2 Mrd. € höher aus als vor einem Jahr. Neben der Zunahme des Handelsbilanzüberschusses (+1,9 Mrd. €) trug hierzu vor allem der Anstieg des Saldos der Dienstleistungsbilanz (+6,7 Mrd. €) bei.

Das außenwirtschaftliche Umfeld und die vorlaufenden Indikatoren lassen eine eher moderate Exportentwicklung im Jahresdurchschnitt erwarten. So prognostizierte der Internationale Währungsfonds im April 2014 zwar für dieses Jahr ein robustes globales Wirtschaftswachstum (+3,6%), aber er verringerte seine Wachstumserwartungen vom Januar leicht um 0,1 Prozentpunkte. Darin wurde jedoch noch nicht der Rückgang der Wirtschaftsleistung in den USA im 1. Quartal, der vor allem auf witterungsbedingte Produktionsausfälle zurückzuführen war, berücksichtigt. Das schwache Ergebnis des Bruttoinlandsprodukts in den USA dürfte daher die globale Expansion im Jahresdurchschnitt belasten. Angesichts des bisher moderaten Wirtschaftswachstums der Schwellenländer kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Industrieländer die Haupttriebkraft der Weltkonjunktur bleiben. Dafür spricht der zweite Anstieg des globalen Markit-Einkaufsmanagerindex in Folge. Auch der OECD Leading Indicator deutet in diese

Richtung, wenngleich er seit Jahresbeginn bis zuletzt eher eine Seitwärtsbewegung zeigt. Risiken für die Weltwirtschaft stellen die aktuellen geopolitischen Krisenherde (Ukraine, Irak) dar. Diese könnten am aktuellen Rand die Auftragseingänge aus den Ländern außerhalb des Euroraums belastet haben. Auch die exportorientierten Unternehmen waren zuletzt hinsichtlich einer Ausweitung ihrer Exportgeschäfte spürbar weniger optimistisch als noch vor einem Monat (ifo Umfrage).

Die industrielle Aktivität hat sich im Mai abgeschwächt. Dies ist insofern überraschend, als dass die Unternehmen im ifo Geschäftsklima die Geschäftslage im Mai weiterhin vergleichsweise positiv einschätzten. Die industrielle Produktion wurde im Berichtsmonat saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat spürbar zurückgefahren, nachdem sie im April stagnierte. Zum Rückgang in der Produktion könnten zum Teil auch Brückentageeffekte im Mai beigetragen haben. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich eine leichte Abwärtsbewegung. Dabei ging die Herstellung von Vorleistungsgütern sehr deutlich zurück. Die Produktion von Investitionsgütern ist dagegen nach dem jüngsten leichten Anstieg seitwärtsgerichtet.

Der Umsatz mit hergestellten Erzeugnissen ging im Mai gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt) ebenfalls zurück. Im Zweimonatsdurchschnitt ergibt sich ein Minus von 0,6 %. Dieses resultiert sowohl aus dem Inlands- als auch aus dem Auslandsgeschäft.

Die Auftragseingänge gaben saisonbereinigt – trotz umfangreicher Großaufträge – am aktuellen Rand ebenfalls nach. Dies war vor allem auf eine rückläufige Nachfrage aus den Ländern außerhalb des Euroraums sowie auf eine Verringerung der Bestellungen aus dem Inland zurückzuführen. Im Zweimonatsdurchschnitt wurde das entsprechende Ergebnis der Vorperiode jedoch insgesamt noch um 1,0 % überschritten. Hierzu trug ausschließlich die Zunahme der Auslandsorders bei, während die Inlandsaufträge leicht zurückgingen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2013		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3.Q.13	4.Q.13	1.Q.14	3.Q.13	4.Q.13	1.Q.14
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,6	+0,4	+0,3	+0,4	+0,8	+1,1	+1,3	+2,5
jeweilige Preise	2 738	+2,7	+0,6	+0,7	+1,1	+3,4	+3,4	+4,3
Einkommen								
Volkseinkommen	2 128	+3,6	-0,5	+0,8	+1,2	+3,8	+4,6	+4,3
Arbeitnehmerentgelte	1 417	+2,8	+0,9	+0,8	+1,0	+2,9	+2,8	+3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	711	+5,1	-3,1	+0,9	+1,6	+5,4	+9,3	+5,8
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 717	+2,2	+1,1	+0,2	+0,2	+3,3	+2,5	+2,5
Bruttolöhne u.-gehälter	1 161	+3,1	+0,9	+0,5	+1,2	+3,2	+3,0	+3,6
Sparen der privaten Haushalte	174	-1,4	+1,0	+1,2	-0,6	-0,4	+1,6	+2,1
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auftragseingänge								
in jeweiligen Preisen	2013		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr ¹		
Apr 14		Mai 14	Zweimonatsdurchschnitt	Apr 14	Mai 14	Zweimonatsdurchschnitt		
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 094	-0,2	+2,6	-1,1	+1,1	-0,3	+4,3	+1,9
Waren-Importe	896	-1,1	+0,2	-3,4	-2,1	+0,7	-0,4	+0,1
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	107,8	+0,3	+0,0	-1,6	-1,0	+2,2	+2,2	+2,2
Bauhauptgewerbe	105,6	-0,3	-2,2	-4,9	-6,4	+1,8	-2,5	-0,4
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	105,8	-0,0	+0,6	-1,8	-0,6	+2,6	+1,6	+2,1
Inland	103,2	-1,5	+0,9	-3,1	-0,9	+3,9	+0,4	+2,1
Ausland	108,5	+1,4	+0,4	-0,5	-0,4	+1,2	+2,9	+2,0
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	106,1	+2,8	+3,4	-1,7	+1,0	+6,6	+5,5	+6,1
Inland	101,8	+0,9	+1,1	-2,5	-0,4	+5,9	+5,4	+5,7
Ausland	109,5	+4,2	+5,0	-1,2	+2,0	+7,2	+5,6	+6,4
Bauhauptgewerbe	111,3	+2,2	+3,5	.	-2,7	+6,2	.	+5,2
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,5	+0,3	-1,5	-0,6	-1,6	+3,3	+1,8	+2,5
Handel mit Kfz	102,0	-1,1	-0,7	.	-1,3	-0,2	.	+3,6

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2013		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Apr 14	Mai 14	Jun 14	Apr 14	Mai 14	Jun 14
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	-25	+25	+9	-77	-55	-32
Erwerbstätige, Inland	41,84	+0,6	+32	+21	.	+398	+389	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,27	+1,2	+35	.	.	+436	.	.
Preisindizes 2010=100	2013		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
Importpreise	105,9	-2,6	-0,3	+0,0	.	-2,4	-2,1	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	106,9	-0,1	-0,1	-0,2	.	-0,9	-0,8	.
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	-0,2	-0,1	+0,3	+1,3	+0,9	+1,0
ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Nov 13	Dez 13	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	Apr 14	Mai 14	Jun 14
Klima	+11,3	+11,4	+13,6	+14,9	+13,7	+14,8	+13,2	+11,8
Geschäftslage	+13,2	+11,8	+13,4	+17,1	+18,7	+18,9	+17,9	+17,9
Geschäftserwartungen	+9,4	+11,1	+13,9	+12,6	+8,9	+10,7	+8,6	+6,0

¹Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

²Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Die zurückhaltende Entwicklung der Auftragseingänge sowie die deutlichen Rückgänge der Vorleistungsgüterproduktion, z. B. in der Chemischen Industrie, könnten auf eine weiterhin gedämpfte industrielle Erzeugung hindeuten. Eine Ursache für die Bremspuren der industriellen Aktivität könnte Unsicherheit infolge der geopolitischen Risiken (Ukraine, Irak) sein. Dies spiegelt sich zum Teil auch in den jüngsten Stimmungsindikatoren wider. So gab der Markit-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Juni leicht nach. Darüber hinaus waren die Unternehmen den ifo Geschäftserwartungen zufolge zuletzt den zweiten Monat in Folge weniger optimistisch gestimmt. Hierbei dürfte aber auch eine Erwartungskorrektur von mehrheitlich „erwartete Verbesserung“ auf „konstant gute Erwartungen“ nach dem überaus kräftigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 1. Quartal 2014 eine Rolle gespielt haben.

Die Bauproduktion setzte im Mai ihren Abwärtstrend fort. Gleichzeitig wurden die Monate März und April merklich nach unten revidiert. Im Zweimonatsvergleich ergibt sich damit ein Minus von saisonbereinigt 6,4% gegenüber der Vorperiode. Dabei wurde die Produktion in allen drei Teilbereichen – Ausbaugewerbe, Hochbau und Tiefbau – zurückgefahren. Die rückläufige Bauproduktion lässt sich teilweise mit einem technischen Gegeneffekt auf die witterungsbedingte Überzeichnung der Bautätigkeit des 1. Quartals erklären. Der Normalisierungsprozess dürfte nahezu beendet sein. Dafür spricht, dass die Bauunternehmen für die nächsten sechs Monate eine Verbesserung ihrer Geschäftstätigkeit erwarten.

Der Konsum der privaten Haushalte dürfte sich im 2. Quartal weiterhin als Wachstumsstütze erwiesen haben. So verbesserte sich das GfK-Konsumklima im 2. Quartal gegenüber dem

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Vorquartal leicht. Dabei wurde eine Zunahme des Verbrauchertrauens im Juni nach drei Monaten Stagnation verzeichnet. Im Juni war die Entwicklung nach Komponenten einheitlich positiv. Die Konjunkturerwartungen sind im Juni sehr kräftig gestiegen und erreichten den höchsten Stand seit drei Jahren. Die Anschaffungsneigung wies saisonbereinigt den höchsten Wert seit Mitte 2006 aus, während die Sparneigung deutlich nachgab. Beide Komponenten zeigen, dass die Verbraucher eher größere Anschaffungen tätigen wollen als zu sparen. Zu dieser Entwicklung könnte auch die erneute Zinssenkung der Europäischen Zentralbank beigetragen haben. Die Einkommenserwartung verblieb nahezu auf ihrem überaus hohen Niveau. Die günstige Arbeitsmarktlage und die tariflichen Einkommenszuwächse sind dabei eine wesentliche Grundlage. Hinzu kommt die moderate Preisniveauentwicklung, welche die Kaufkraft der privaten Haushalte zusätzlich stärkt. Auch die Einzelhändler beurteilten ihre Geschäftslage (ifo Umfrage) im Juni deutlich besser als vor einem Monat. Allerdings zeigt der saisonbereinigte Einzelhandelsumsatz im April/Mai gegenüber Februar/März eine leichte Abwärtsbewegung. Dennoch dürfte der private Konsum in der zweiten Jahreshälfte weiterhin ein wichtiger Stützfeiler der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bleiben. So wird die Verbraucherstimmung auch im Juli, nach Prognose der GfK, weiter ansteigen und auch die Einzelhändler erwarteten zuletzt auf Sicht von sechs Monaten bessere Geschäfte. Allerdings könnte die Verschärfung geopolitischer Risiken über spürbar steigende Ölpreise dämpfend auf den privaten Konsum wirken.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich trotz moderater Frühjahrsbelebung positiv. Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungswerten) betrug im Juni 2,83 Millionen Personen. Es waren damit rund 32 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,5 % (- 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Saisonbereinigt stieg die

Arbeitslosenzahl jedoch im zweiten Monat in Folge an. Im Durchschnitt des 2. Quartals (saisonbereinigt - 16 000 Personen) schwächte sich nunmehr der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem 1. Vierteljahr (- 44 000 Personen) merklich ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass infolge des milden Winterwetters zu Beginn dieses Jahres weniger Winterarbeitslosigkeit aufgebaut wurde. Daher verlief die Frühjahrsbelebung „rechnerisch“ weniger dynamisch als in vorangegangenen Jahren. Im 1. Halbjahr insgesamt war jedoch ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenzahl gegenüber der 2. Jahreshälfte 2013 zu beobachten (saisonbereinigt - 46 000 Personen), während zuvor die Arbeitslosigkeit noch zunahm (+11 000 Personen 2. Halbjahr 2013 gegenüber 1. Halbjahr 2013).

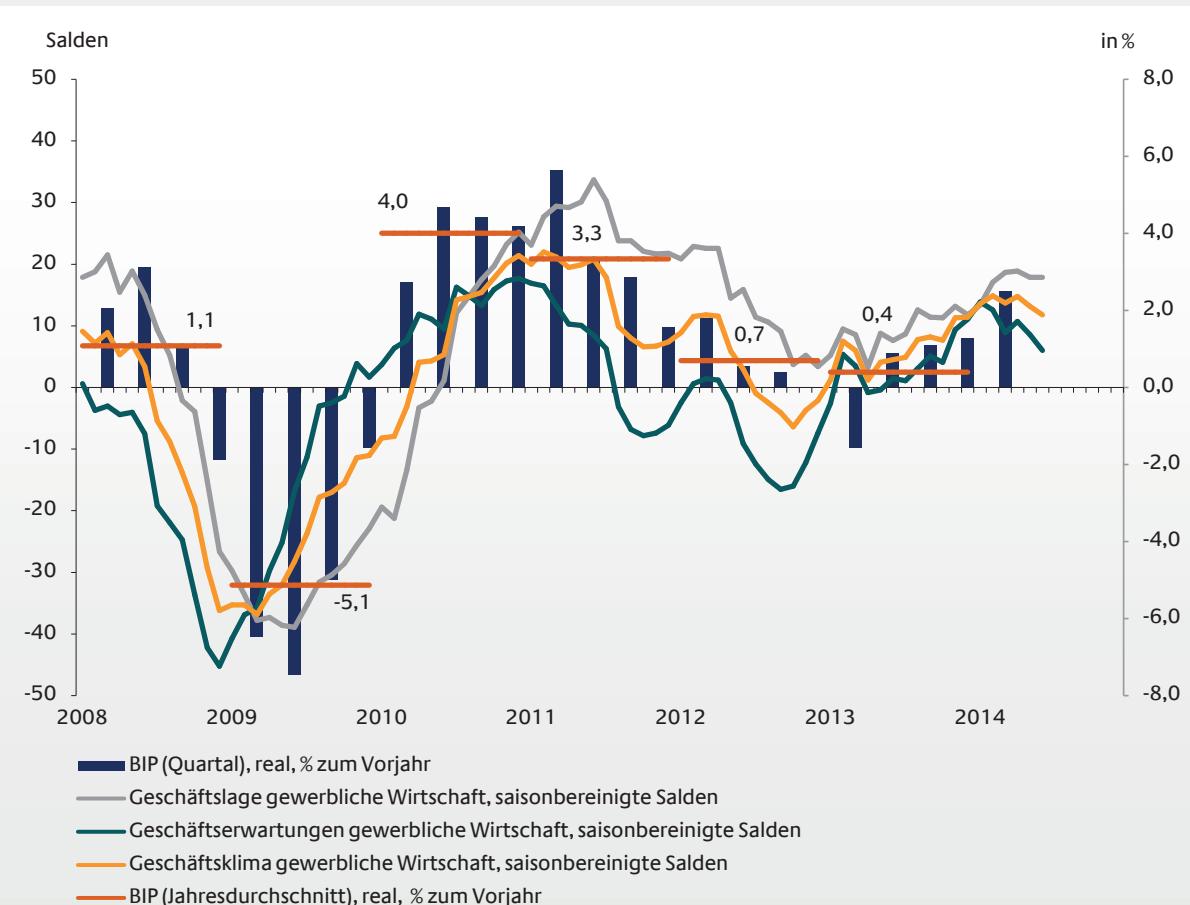
Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Mai fort. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) im Mai bei 42,18 Millionen Personen. Dabei wurde das Vorjahresniveau um 0,9 % überschritten. Saisonbereinigt stieg die Erwerbstätigenzahl um 21 000 Personen gegenüber dem Vormonat an. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) im April in saisonbereinigter Rechnung weiterhin deutlich ausgeweitet. Nach Ursprungsdaten waren 29,64 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren 1,5 % mehr als vor einem Jahr. Dabei verzeichneten die Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) und das Gesundheits- und Sozialwesen die höchsten Zunahmen. Auch im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bereich Verkehr und Lagerei zog die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Vorjahresvergleich spürbar an.

Die Erwerbstätigkeit entwickelte sich weiterhin günstiger als die Arbeitslosenzahl. Die Beschäftigungschancen von Arbeitslosen haben sich laut BA zwar verbessert, aber oft passte das Arbeitskräfteangebot qualifikatorisch, berufsfachlich sowie

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

regional nur unzureichend zur Nachfrage. Der Beschäftigungsaufbau speise sich daher zum Großteil aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials infolge der Zuwanderung und der gestiegenen Erwerbsneigung.

Im weiteren Jahresverlauf wird die Nachfrage nach Arbeitskräften hoch bleiben. Dies signalisiert u. a. die Aufwärtsbewegung des BA-X-Stellenindex. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse des ifo Beschäftigungsbarometers, dass die Unternehmen weiterhin Personal einstellen wollen; insbesondere im Dienstleistungssektor ist die Bereitschaft zum Personalaufbau expansiv ausgerichtet. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit werden nun voraussichtlich – nach dem durch die günstige Witterung positiv überzeichneten

1. Quartal und der entsprechenden Gegenwirkung im 2. Vierteljahr – in der 2. Jahreshälfte wieder eine „normale“, weiterhin positive Entwicklungsrichtung einschlagen. Dabei dürfte der Arbeitsmarkt fortgesetzt von der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in Deutschland profitieren.

Der Anstieg des VPI blieb mit 1,0 % auch im Juni verhalten. Im Durchschnitt des 1. Halbjahrs übertraf die Preisniveauentwicklung das entsprechende Vorjahresniveau um 1,1 %. Damit werden bisher die Erwartungen der Bundesregierung in der Frühjahrsprojektion leicht unterschritten (Prognose VPI 2014: +1,4 %). Die moderate Preisniveauentwicklung ist vor allem auf die weiterhin rückläufige Entwicklung der Energiepreise (Juni - 0,3 %

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

gegenüber dem Vorjahr), insbesondere für Mineralölprodukte zurückzuführen. Der Preisrückgang schwächte sich jedoch erneut ab. Nahrungsmittelpreise verblieben auf dem Niveau des Vorjahrs. Dies trug ebenfalls zu der moderaten Inflationsrate bei. Preisniveauerhöhung wirkte dagegen die Verteuerung von Dienstleistungen (+1,6%). Die Preisniveausteigerung ohne Berücksichtigung der Preise für Nahrungsmittel und Energie (Kerninflation) belief sich auf 1,4%.

Auf den dem Verbrauch vorgelagerten Preisstufen scheint sich der Abwärtstrend etwas abzuschwächen. Dennoch ist bei den Import- und Erzeugerpreisen der Einfluss der rückläufigen Preisniveauentwicklung für Energieprodukte immer noch sehr hoch. Bei den Importpreisen gaben insbesondere die Erdgaspreise gegenüber dem Vorjahr

deutlich nach, während Importe von Erdöl erstmals seit Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahr teurer waren. Das Importpreisniveau ging im Mai um 2,1% zurück. Ohne Berücksichtigung von Energiepreisen wurde der Vorjahresstand um 1,6% unterschritten. Die Erzeugerpreise gingen um 0,8% zurück, ohne Berücksichtigung von Energiepreisen jedoch nur um 0,2%.

Angesichts der erwarteten moderaten Entwicklung der Weltwirtschaft ist auch in den kommenden Monaten nicht mit deutlichen Niveauanstiegen bei den Import- und Erzeugerpreisen zu rechnen. Von dieser Seite her dürfte daher kaum ein wesentlicher Druck auf die Verbraucherpreise ausgehen, vorausgesetzt, die derzeitigen geopolitischen Konflikte, insbesondere die Krise im Irak, führen nicht zu spürbar steigenden Ölpreisen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JUNI 2014

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Juni 2014 im Vorjahresvergleich um 6,4% gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten eine Zunahme von 5,2%. Der Zuwachs der Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz – die beide zusammen circa 60 % des Aufkommens der gemeinschaftlichen Steuern erbringen – war im Verhältnis zum Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern insgesamt leicht unterproportional. Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag kam es zu dem für diesen Monat erwarteten „Nachholeffekt“ – die Einnahmen stiegen um 26,5% an. Die veranlagte Einkommensteuer verzeichnete ebenfalls einen überproportionalen Einnahmehzuwachs (+7,6%). Die Bundessteuern lagen um 10,9% über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats. Der größte Wachstumsbeitrag kam von den Kraftfahrzeugsteuern. Auch die beiden wichtigsten Bundessteuern – die Energiesteuer und die Tabaksteuer – konnten in diesem Monat hohe Zuwachsraten verzeichnen. Die Ländersteuern wiesen einen Anstieg von 19,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf. Sie entwickelten sich somit – wie auch in den bisher abgelaufenen Monaten dieses Jahres – deutlich besser als die Bundessteuern.

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Juni 2014 um 7,9% über dem Vorjahresniveau. Dieser Zuwachs war höher als bei den Steuereinnahmen der Länder, welche um 5,3% zunahmen. Die Einnahmenentwicklung des Bundes ist in diesem Monat allerdings durch unterjährige Verschiebungen im Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer überzeichnet. Die EU-Eigenmittel stiegen um 2,3%. Auch die Einnahmen der Gemeinden aus gemeinschaftlichen Steuern stiegen – aufgrund des guten Ergebnisses bei der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer – um 4,9%.

In den Monaten Januar bis Juni 2014 ist das Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) kumuliert um 2,5% angewachsen.

Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau um 3,3%. Allerdings liegen die Bundessteuern aktuell bis Juni 2014 um 3,4% unter dem Vorjahresniveau, wohingegen die Ländersteuern Mehreinnahmen in Höhe von 15,0% aufweisen. Die Einnahmen des Bundes stiegen in diesem Zeitraum um 0,8%. Der Zuwachs der Einnahmen der Länder betrug 3,4%.

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer wiesen im Juni 2014 mit +4,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum wie bereits in den Vormonaten einen starken Zuwachs auf. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld verringerten sich leicht um 0,3%. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg – vor Abzug des Kindergelds – um 3,8% an. Wie in den vorangegangenen Monaten förderten die günstige Beschäftigungssituation sowie Lohnsteigerungen die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens. Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer lag kumuliert im Zeitraum Januar bis Juni 2014 um 6,0% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Kasseneinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer verzeichneten im Juni 2014 einen Anstieg um 7,6%. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 Einkommensteuergesetz lagen um 11,4% unter dem Vorjahresniveau. Im aktuellen Monat war die 2. Rate der Vorauszahlungen für das Jahr 2014 fällig. Trotz des bereits erreichten hohen Niveaus stiegen sie nochmals um circa 5% an. Der Saldo aus Nachzahlungen und Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto, also vor Abzug von Arbeitnehmererstattungen, Eigenheimzulage und Investitionszulage, stieg um 4,7%. In kumulierter Betrachtung ist im Zeitraum Januar bis Juni 2014 nunmehr eine Erhöhung der Kasseneinnahmen um insgesamt 8,9% zu verzeichnen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JUNI 2014

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2014 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in %	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	14 879	+4,7	79 803	+6,0	167 700	+6,0
veranlagte Einkommensteuer	10 558	+7,6	23 770	+8,9	45 450	+7,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3 965	+26,5	9 065	-13,2	16 000	-7,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehem. Zinsabschlag)	411	-37,5	4 857	-7,8	8 399	-3,1
Körperschaftsteuer	5 534	-2,7	10 678	-6,7	18 050	-7,5
Steuern vom Umsatz	16 490	+4,7	99 698	+3,5	203 400	+3,3
Gewerbesteuerumlage	3	+50,9	1 059	+0,1	3 932	+3,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	3	+60,3	860	-0,8	3 330	+2,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	51 844	+5,2	229 791	+3,3	466 261	+3,7
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 716	+6,6	14 543	+2,8	39 450	+0,2
Tabaksteuer	1 239	+25,1	6 186	+9,6	14 300	+3,5
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	168	+12,8	1 026	-2,4	2 060	-2,0
Versicherungsteuer	579	+4,4	7 738	+3,5	11 950	+3,4
Stromsteuer	700	-15,6	3 269	-14,1	6 850	-2,3
Kraftfahrzeugsteuer	1 130	+70,3	4 378	-4,6	8 400	-1,1
Luftverkehrsteuer	85	-11,8	399	-4,8	980	+0,2
Kernbrennstoffsteuer	116	-9,5	-2 049	X	1 300	+1,2
Solidaritätszuschlag	2 009	+7,0	7 532	+3,0	14 900	+3,6
übrige Bundessteuern	115	+2,9	747	-0,2	1 478	+0,3
Bundessteuern insgesamt	9 855	+10,9	43 768	-3,4	101 668	+1,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	495	+44,1	2 815	+31,3	5 187	+12,0
Grunderwerbsteuer	711	+16,2	4 534	+11,0	9 150	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	129	-6,8	865	+1,7	1 735	+6,1
Biersteuer	57	-14,8	325	+1,7	680	+1,7
Sonstige Ländersteuern	26	+2,7	259	+3,4	383	-2,1
Ländersteuern insgesamt	1 418	+19,6	8 800	+15,0	17 135	+9,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	342	+11,1	2 095	+5,3	4 300	+1,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	303	+77,4	2 661	+94,6	4 140	+98,8
BNE-Eigenmittel	1 576	-6,9	13 837	-3,2	23 480	-5,3
EU-Eigenmittel insgesamt	2 222	+2,3	18 593	+5,4	31 920	+2,6
Bund³	30 268	+7,9	123 603	+0,8	268 197	+3,2
Länder³	26 776	+5,3	124 148	+3,4	252 207	+3,3
EU	2 222	+2,3	18 593	+5,4	31 920	+2,6
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	4 194	+4,9	18 109	+5,8	37 040	+5,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	63 460	+6,4	284 453	+2,5	589 364	+3,4

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinbarten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergeldernutzung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2014.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JUNI 2014

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen im Berichtsmonat Juni 2014 um 2,7 % unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Vorauszahlungen der Körperschaftsteuer konnten für das laufende Jahr noch einen leichten Anstieg (+1%) verzeichnen. Während die Nachzahlungen und Erstattungen aus dem laufenden Veranlagungsgeschäft etwa das gleiche Niveau wie im Vorjahreszeitraum aufwiesen, war das Aufkommen aus zurückliegenden Veranlagungsjahren – welches überwiegend aus Betriebsprüfungen resultiert – wesentlich geringer. Kumuliert ergibt sich für den Zeitraum Januar bis Juni aufgrund der schlechten Ergebnisse im Februar und April ein Rückgang um 6,7%.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto stiegen im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat um 26,8 %. Der hohe Rückgang im Vormonat Mai konnte damit zum überwiegenden Teil wieder aufgeholt werden. Die Einnahmeverschiebung vom Mai in den Juni ist auf – im Vergleich zum Vorjahr – spätere Ausschüttungstermine zurückzuführen. Vermutlich ergeben sich hieraus auch in den folgenden Monaten noch positive Aufkommenseffekte. Die vom Aufkommen abgezogenen Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern stiegen leicht an. Für das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ergab sich somit ein Zuwachs von 26,5 %. Kumuliert weist das Kassenaufkommen bis Juni 2014 nunmehr einen Rückgang um 13,2 % auf.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sind im Juni 2014 um 37,5 % gesunken. Für den Zeitraum Januar bis Juni 2014 ergibt sich somit ein Minus von 7,8 %.

Die Steuern vom Umsatz legten im Berichtsmonat Juni 2014 gegenüber dem Vorjahresniveau um 4,7 % zu. Während die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um 6,3 % anstiegen, sank das Aufkommen der

Einfuhrumsatzsteuer um 0,3 %. Die Steuern vom Umsatz wiesen im Zeitraum Januar bis Juni 2014 kumuliert einen Zuwachs von 3,5 % gegenüber dem Vorjahr aus.

Die Bundessteuern waren im Vorjahresvergleich im Juni 2014 um 10,9 % gestiegen. Die Energiesteuer und die Tabaksteuer wiesen in diesem Monat hohe Zuwächse (+ 6,6 % beziehungsweise + 25,1 %) auf. Hierbei handelt es sich jedoch vermutlich lediglich um temporäre Einnahmeverschiebungen, sodass in den nachfolgenden Monaten mit entsprechenden Mindereinnahmen zu rechnen ist. Bei der Kraftfahrzeugsteuer wurde im Mai die sukzessive Übernahme der Verwaltungshoheit für die Erhebung dieser Steuer durch die Bundeszollverwaltung abgeschlossen. Im Monat Juni konnte die Bundeszollverwaltung den überwiegenden Teil der dadurch aufgetretenen Bearbeitungsrückstände aufholen. Die Kraftfahrzeugsteuer verzeichnete daher ein Einnahmeplus von 70,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Bei der Stromsteuer (- 15,6 %) und bei der Luftverkehrsteuer (- 11,8 %) ergaben sich Einnahmeeinbußen. In kumulierter Betrachtung bis Juni 2014 lagen die Bundessteuern nunmehr um 3,4 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Neben Mindereinnahmen bei der Stromsteuer (- 14,1 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (- 4,6 %) ist es vor allem die Erstattung der Kernbrennstoffsteuer in Höhe von 2,16 Mrd. € im Mai 2014, die das Halbjahresergebnis belastet.

Die Ländersteuern nahmen im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresmonat um 19,6 % zu. Getragen wurde diese Entwicklung insbesondere wiederum von der Erbschaftsteuer (+ 44,1 %) und der Grunderwerbsteuer (+ 16,2 %). Die Rennwett- und Lotteriesteuer wies mit - 6,8 % Mindereinnahmen aus. Im Zeitraum Januar bis Juni 2014 stiegen die Ländersteuern insgesamt um 15,0 %.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH JUNI 2014

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2014

Der Deutsche Bundestag hat am 27. Juni 2014 mit großer Mehrheit den Bundeshaushalt 2014 beschlossen. Das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltspolans für das Haushaltsjahr 2014 wird voraussichtlich bis Ende Juli im Bundesgesetzblatt verkündet werden und damit die vorläufige Haushaltsführung beenden.

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juni 2014 beliefen sich auf 150,0 Mrd. €. Sie liegen um 0,6 Mrd. € (- 0,4 %) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahrs. Wie bereits in den Vormonaten ist die positive Entwicklung auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts insbesondere auf den Rückgang der Zinsausgaben zurückzuführen.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes entwickelten sich günstiger als im Vormonat. Während im

Mai das Ergebnis noch um 0,4 % unter dem Vorjahresvergleich lag, verbesserten sich die Einnahmen bis einschließlich Juni um 1,8 Mrd. € auf 134,0 Mrd. € (+ 1,4 %) gegenüber dem Ergebnis vom Juni 2013. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen im gleichen Zeitraum 121,6 Mrd. € und lagen um 0,9 Mrd. € (+ 0,8 %) über dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahrs. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 12,4 Mrd. € um + 7,5 % über dem Ergebnis bis einschließlich Juni 2013.

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt ist noch wenig belastbar. Eine Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem aktuellen Finanzierungsdefizit ableiten. Erst im Verlauf des späteren Haushaltjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Im Juni 2014 betrug der Finanzierungssaldo - 16,0 Mrd. €.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2013	Soll 2014	Ist - Entwicklung ¹ Juni 2014
Ausgaben (Mrd. €)	307,8	296,5	150,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-0,4
Einnahmen (Mrd. €)	285,5	289,8	134,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	259,8	268,2	121,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,3	-6,7	-16,0
Finanzierung durch:	22,3	6,7	16,0
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	16,6
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,2	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ² (Mrd. €)	22,1	6,5	-0,7

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH JUNI 2014

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2013		Soll 2014		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Juni 2013	Januar bis Juni 2014	
Allgemeine Dienste	72 647	23,6	69 602	22,6	35 049	35 018	-0,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6 324	2,1	2 720	2 644	-2,8
Verteidigung	32 269	10,5	32 366	10,5	15 570	15 485	-0,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 949	4,5	6 982	7 178	+2,8
Finanzverwaltung	3 865	1,3	4 004	1,3	1 829	1 893	+3,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 684	6,1	19 304	6,3	8 611	8 276	-3,9
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungs-teilnehmende	2 686	0,9	2 708	0,9	1 509	1 386	-8,2
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10 598	3,4	4 048	4 114	+1,6
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	47,3	147 876	48,0	78 297	81 380	+3,9
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 691	32,4	55 275	57 486	+4,0
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 400	10,2	16 343	15 948	-2,4
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 200	6,2	10 041	10 288	+2,5
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	2 490	1 878	-24,6
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 548	2,1	7 343	2,4	3 274	3 716	+13,5
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2 300	0,7	1 178	1 041	-11,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 633	0,5	2 008	0,7	678	695	+2,4
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	0,7	2 192	0,7	979	911	-7,0
Wohnungswesen, Wohnungsbaurämie	1 660	0,5	1 680	0,5	899	842	-6,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	0,3	960	0,3	219	204	-7,2
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	1,3	4 180	1,4	2 098	2 238	+6,7
Regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	183	160	-12,8
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 244	1 349	+8,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	5,3	16 421	5,3	5 782	5 779	-0,0
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	2 341	2 692	+15,0
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 597	1,5	4 553	1,5	1 634	1 460	-10,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 017	14,9	33 957	11,0	19 134	15 716	-17,9
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,0	15 776	12 415	-21,3
Ausgaben zusammen	307 843	100,0	296 500	96,3	150 687	150 047	-0,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH JUNI 2014

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2013		Soll 2014		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	in %	
Konsumtive Ausgaben	274 366	89,1	268 544	90,6	137 857	136 879	-0,7
Personalausgaben	28 575	9,3	28 907	9,7	14 904	14 903	-0,0
Aktivbezüge	20 938	6,8	21 119	7,1	10 759	10 668	-0,8
Versorgung	7 637	2,5	7 788	2,6	4 145	4 235	+2,2
Laufender Sachaufwand	23 152	7,5	24 196	8,2	9 717	9 735	+0,2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 289	0,4	645	545	-15,5
Militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 989	3,4	3 289	3 406	+3,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	12 918	4,4	5 783	5 784	+0,0
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,3	15 776	12 415	-21,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 781	62,0	187 196	63,1	97 199	99 550	+2,4
an Verwaltungen	27 273	8,9	20 718	7,0	9 321	9 348	+0,3
an andere Bereiche	163 508	53,1	166 478	56,1	87 906	90 202	+2,6
darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26 707	9,0	12 830	12 600	-1,8
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27 471	9,3	13 971	14 588	+4,4
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104 320	35,2	57 533	59 812	+4,0
Sonstige Vermögensübertragungen	555	0,2	628	0,2	261	277	+6,1
Investive Ausgaben	33 477	10,9	29 853	10,1	12 829	13 168	+2,6
Finanzierungshilfen	25 582	8,3	22 044	7,4	10 687	10 650	-0,3
Zuweisungen und Zuschüsse	14 772	4,8	16 264	5,5	5 684	5 880	+3,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 294	0,4	604	401	-33,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	4 400	4 370	-0,7
Sachinvestitionen	7 895	2,6	7 809	2,6	2 142	2 518	+17,6
Baumaßnahmen	6 264	2,0	6 273	2,1	1 781	2 160	+21,3
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	996	0,3	287	321	+11,8
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	74	36	-51,4
Globalansätze	0	0,0	-1 897	-0,6	0	0	
Ausgaben insgesamt	307 843	100,0	296 500	100,0	150 687	150 047	-0,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH JUNI 2014

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2013		Soll 2014		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Juni 2013	Januar bis Juni 2014	
I. Steuern	259 807	91,0	268 197	92,6	120 691	121 631	+0,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	220 890	76,2	104 429	107 803	+3,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111 310	38,4	52 600	54 120	+2,9
davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	71 273	24,6	30 333	32 314	+6,5
veranlagte Einkommensteuer	17 969	6,3	19 316	6,7	9 277	10 102	+8,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	8 000	2,8	4 981	4 253	-14,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 696	1,3	2 288	2 112	-7,7
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	9 025	3,1	5 721	5 339	-6,7
Steuern vom Umsatz	104 283	36,5	107 951	37,3	51 391	53 244	+3,6
Gewerbesteuerumlage	1 575	0,6	1 629	0,6	438	439	+0,2
Energiesteuer	39 364	13,8	39 450	13,6	14 144	14 543	+2,8
Tabaksteuer	13 820	4,8	14 300	4,9	5 646	6 186	+9,6
Solidaritätszuschlag	14 378	5,0	14 900	5,1	7 316	7 532	+3,0
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 950	4,1	7 479	7 738	+3,5
Stromsteuer	7 009	2,5	6 850	2,4	3 807	3 269	-14,1
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 400	2,9	4 588	4 378	-4,6
Kernbrennstoffsteuer	1285	0,5	1 300	0,4	128	-2 049	X
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 062	0,7	1 052	1 026	-2,5
Kaffeesteuers	1 021	0,4	1 040	0,4	500	508	+1,6
Luftverkehrsteuer	978	0,3	980	0,3	420	399	-5,0
Ergänzungzuweisungen an Länder	-10 792	-3,8	-10 450	-3,6	-5 317	-5 296	-0,4
BNE-Eigenmittel der EU	-24 787	-8,7	-23 480	-8,1	-14 289	-13 837	-3,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4 140	-1,4	-1 367	-2 661	+94,7
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-3 595	-3 649	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-4 496	-4 496	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	25 645	9,0	21 585	7,4	11 548	12 416	+7,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 886	1,7	6 847	2,4	2 611	4 622	+77,0
Zinseinnahmen	191	0,1	245	0,1	46	74	+60,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 978	2,1	2 380	0,8	2 151	521	-75,8
Einnahmen zusammen	285 452	100,0	289 782	100,0	132 239	134 048	+1,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MAI 2014

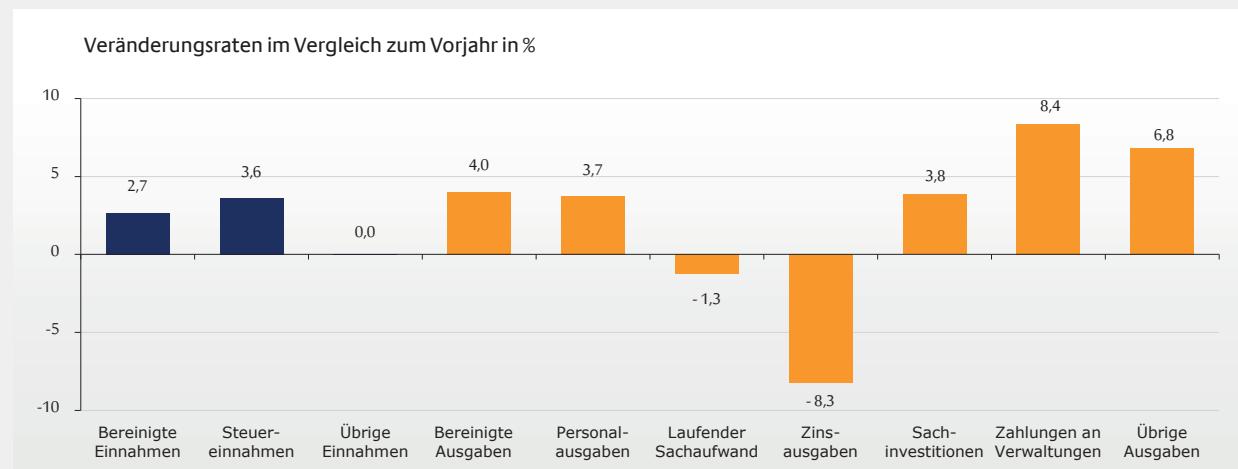
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2014

Das BMF legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Mai 2014 vor.

Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,7%, während sich die Ausgaben um 4,0%

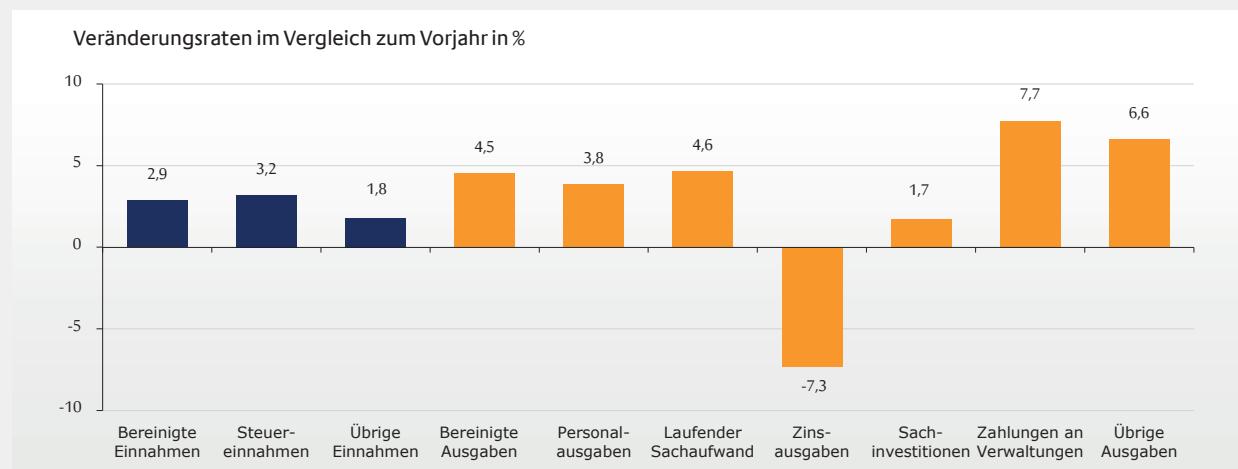
erhöhten. Die Steuereinnahmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 %. Das Finanzierungsdefizit betrug Ende Mai rund 6,0 Mrd. € und liegt damit fast 1,8 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Derzeit planen die Länder insgesamt für 2014 ein Defizit von 9,7 Mrd. €.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2014, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2014, Flächenländer (West)

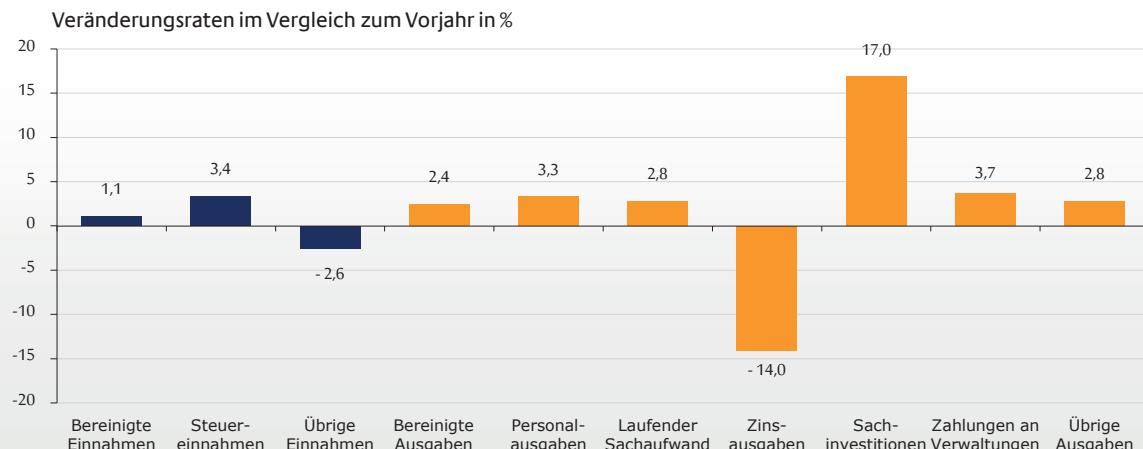


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

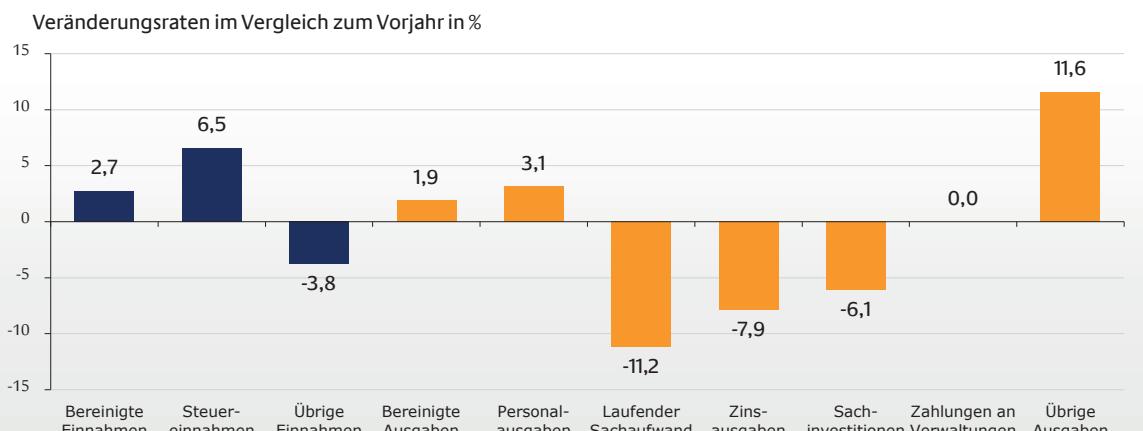
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MAI 2014

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2014, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2014, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juni durchschnittlich 2,05 % (2,17 % im Mai).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Juni 1,25 % (1,36 % Ende Mai).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Juni auf 0,21 % (0,31 % Ende Mai).

Die Europäische Zentralbank hat in ihrer Ratssitzung am 3. Juli 2014 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte unverändert bei 0,15 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,40 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,10 % zu belassen.

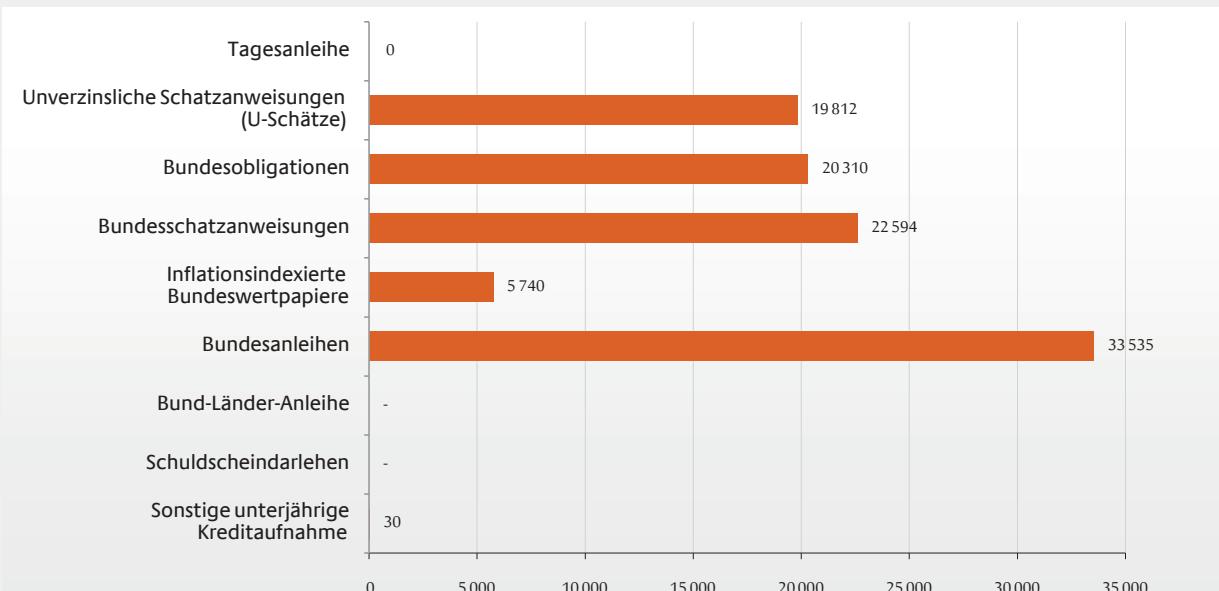
Der Deutsche Aktienindex betrug 9 833 Punkte am 30. Juni (9 943 Punkte am 30. Mai 2014). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 245 Punkten am 30. Mai auf 3 228 Punkte am 30. Juni.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Mai bei 1,0 % nach 0,7 % im April und 1,0 % im März. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von März bis Mai 2014 bei 0,9 %, verglichen mit 1,0 % in der Zeit von Februar bis April 2014.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat Mai auf - 2,5 % und veränderte sich damit gegenüber April nicht. In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an

Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis Mai 2014¹ in Mio. €



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltsquote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 5 009 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Unternehmen und Privatpersonen 0,45 % im Mai gegenüber 0,21 % im April.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Im Mai 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 102,0 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 91,0 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 6,0 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Verkauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 5,0 Mrd. € eingesetzt wurden.

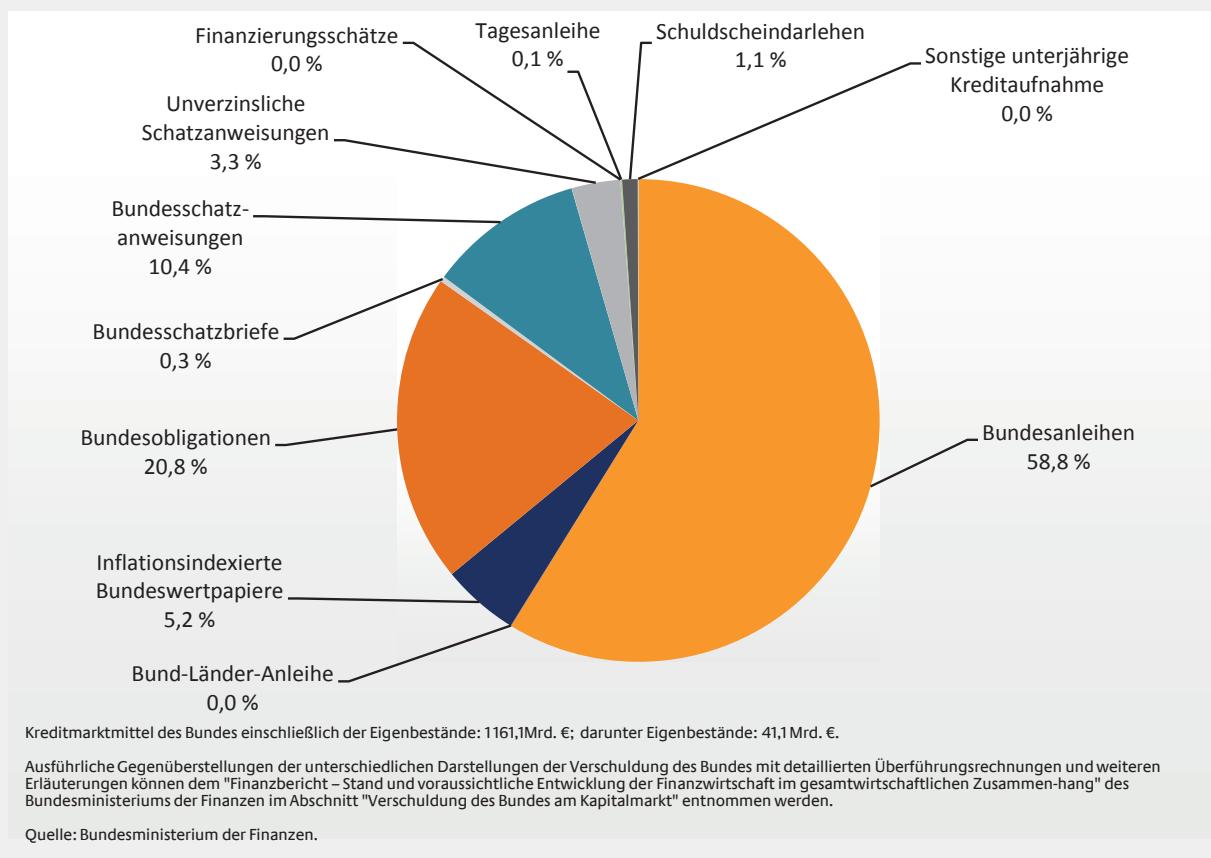
Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen der

Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 106,6 Mrd. € (davon 91,7 Mrd. € Tilgungen und 14,9 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 4,6 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltssmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 102,0 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und des Finanzmarktstabilisierungsfonds im Umfang von 1,9 Mrd. € eingesetzt. Der Investitions- und Tilgungsfonds gab 1,8 Mrd. € Finanzierungen an den Bundeshaushalt und den Finanzmarktstabilisierungsfonds wieder ab.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Mai 2014



 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24,0
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,0
U-Schätzte des Bundes	7,0	7,0	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	32,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,6
Finanzierungsschätzte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Tagesanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2	7,3	22,1	25,2	6,1								91,7

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	9,4	1,0	-0,1	2,3	2,3	-	-	-	-	-	-	-	14,9

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141687 WKN 114168	Aufstockung	2. April 2014	5 Jahre/fällig 22. Februar 2019 Zinslaufbeginn 17. Januar 2014 erster Zinstermin 22. Februar 2015	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137453 WKN 113745	Aufstockung	9. April 2014	2 Jahre/fällig 11. März 2016 Zinslaufbeginn 14. Februar 2014 erster Zinstermin 11. März 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102333 WKN 110233	Aufstockung	16. April 2014	10 Jahre/fällig 15. Februar 2014 Zinslaufbeginn 31. Januar 2014 erster Zinstermin 15. Februar 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141695 WKN 114169	Neuemission	7. Mai 2014	5 Jahre/fällig 12. April 2019 Zinslaufbeginn 12. April 2014 erster Zinstermin 12. April 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137461 WKN 113746	Neuemission	14. Mai 2014	2 Jahre/fällig 10. Juni 2016 Zinslaufbeginn 16. Mai 2014 erster Zinstermin 10. Juni 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112358 WKN 110235	Neuemission	21. Mai 2014	10 Jahre/fällig 15. Mai 2024 Zinslaufbeginn 15. Mai 2014 erster Zinstermin 15. Mai 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141695 WKN 114169	Aufstockung	4. Juni 2014	5 Jahre/fällig 12. April 2019 Zinslaufbeginn 12. April 2014 erster Zinstermin 12. April 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137461 WKN 113746	Aufstockung	11. Juni 2014	2 Jahre/fällig 10. Juni 2016 Zinslaufbeginn 16. Mai 2014 erster Zinstermin 10. Juni 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112358 WKN 110235	Aufstockung	18. Juni 2014	10 Jahre/fällig 15. Mai 2024 Zinslaufbeginn 15. Mai 2014 erster Zinstermin 15. Mai 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
2. Quartal 2014 insgesamt				41 Mrd. €	41 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau/aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119220 WKN 111922	Neuemission	14. April 2014	6 Monate / fällig 15. Oktober 2014	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119238 WKN 111923	Neuemission	28. April 2014	12 Monate / fällig 29. April 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119246 WKN 111924	Neuemission	12. Mai 2014	6 Monate / fällig 12. November 2014	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119253 WKN 111925	Neuemission	26. Mai 2014	12 Monate / fällig 20. Mai 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119261 WKN 111926	Neuemission	16. Juni 2014	6 Monate / fällig 10. Dezember 2014	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119279 WKN 111927	Neuemission	23. Juni 2014	12 Monate / fällig 24. Juni 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
2. Quartal 2014 insgesamt				12 Mrd. €	12 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030559 WKN 103055	Neuemission	8. April 2014	10 Jahre / fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn: 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2015	10 - 14 Mrd. €	2 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	13. Mai 2014	7 Jahre / fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn: 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2014	10 - 14 Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	10. Juni 2014	10 Jahre / fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn: 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	10 - 14 Mrd. €	1 Mrd. €
2. Quartal 2014 insgesamt				davon 4 Mrd. €	4 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 19. und 20. Juni 2014 in Luxemburg und am 7. und 8. Juli 2014 in Brüssel

In der Eurogruppe am 19. Juni 2014 nahmen die Minister die Konvergenzberichte der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) im Hinblick auf die Erweiterung des Euroraums zur Kenntnis und stimmten den Ergebnissen zu, wonach Litauen die Konvergenzkriterien zur Einführung des Euro erfüllt. Litauen begrüßte, auch nach dem Euro-Beitritt weitere politische Maßnahmen zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung voranzutreiben, insbesondere mit Blick auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, die Energiesicherheit und die Finanzmarktstabilisierung. Der Willen Litauens, dem Euro beizutreten, zeige auch die Attraktivität des Euroraums.

Die Kommission berichtete, dass im Hinblick auf die vollständige Umsetzung der Bankenunion Überlegungen angestellt würden, wie eine Gleichbehandlung von dem Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) beitretenden EU-Staaten, die nicht dem Euroraum angehören, mit den Euro-Mitgliedstaaten gewährleistet werden könne.

Die Minister diskutierten intensiv über eine Strategie zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Euroraum, wobei sie die an den Euroraum gerichteten Empfehlungen aus dem Europäischen Semester sowie die Ergebnisse der Artikel IV-Mission des Internationalen Wirtschaftsfonds (IWF) zum Euroraum zum Anlass nahmen. Sie waren gemeinsam mit EZB und Kommission einig, dass – auch wenn die Trendumkehr heraus aus der Krise sich immer stärker manifestiere – die Fortsetzung der Strukturreformen und der fiskalischen Konsolidierung bei voller Einhaltung der Regeln unerlässlich seien. Um den höchstmöglichen Ertrag mit gegenseitigen positiven Überwälzungseffekten

erzielen und die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Euroraums bestmöglich steigern zu können, sollten die Mitgliedstaaten ihre Strukturreformen jetzt gemeinsam entschieden voranbringen.

Zu Zypern begrüßten die Minister den erfolgreichen Abschluss der vierten Programmüberprüfung. Die Eurogruppe befürwortete – vorbehaltlich der hierzu eingeleiteten nationalen Verfahren – die Auszahlung der fünften Tranche des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 600 Mio. €, da Zypern die vereinbarten Vorabmaßnahmen umgesetzt hat. Zudem werden innerhalb Zyperns ein Jahr nach ihrer Einsetzung, und damit deutlich früher als geplant, die Kapitalverkehrsbeschränkungen vollständig aufgehoben.

Portugal beendet sein Finanzhilfeprogramm vollständig und verzichtet auf die letzte Auszahlung aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und IWF. Die portugiesische Finanzministerin Maria Luis de Albuquerque begründete dies u. a. damit, dass die Regierung das Verfassungsgerichtsurteil gründlich auswerten wolle, um eine angemessene und in sich konsistente Gegenfinanzierung zu finden.

Zu Irland stellte die Kommission den Bericht zur ersten Nachprogrammüberwachung vor, die im April und Mai 2014 stattgefunden hat. Die Minister zeigten sich zuversichtlich, dass das Land bei unveränderter Fortsetzung seines Reformprozesses im kommenden Jahr aus dem Defizitverfahren entlassen werden könne.

Zum Stand des Anpassungsprogramms Griechenlands begrüßte die Eurogruppe am 7. Juli 2014 die Bestätigung der Troika vom 3. Juli 2014 zur Umsetzung der

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

ursprünglich bis Ende Mai zu realisierenden sechs Meilensteine. Auf dieser Grundlage wurde eine weitere Subtranche des Finanzhilfeprogramms Griechenlands in Höhe von 1 Mrd. € freigegeben. Der griechische Finanzminister Gikas Hardouvelis kündigte an, dass Griechenland die weiteren Voraussetzungen zur Auszahlung einer zweiten Subtranche in gleicher Höhe bis Anfang August erfüllen werde.

Die Euro-Finanzminister führten eine Diskussion zum Thema Bankenunion. Die Mitgliedstaaten befinden sich danach auf einem guten Weg, die erforderlichen nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Richtlinie zur Abwicklung und Sanierung von Finanzinstituten (BRRD) zu schaffen. Damit müssen sie den beihilferechtlichen Anforderungen der Kommission im Falle einer Rekapitalisierung entsprechen. Die Vorsitzende der europäischen Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank, Danièle Nouy, berichtete über die guten Fortschritte beim Aufbau der Bankenaufsicht und des Stress testprozesses. Auf nationaler Gesetzgebungsebene der Euroländer ist noch Einiges zu tun, wobei Deutschland bereits alle erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen eingeleitet hat. Beim Thema Bankenabgabe wurde die politische Diskussion fortgesetzt.

Die Eurogruppe erzielte Einvernehmen über die Erweiterung des Euroraums um Litauen zum 1. Januar 2015. Die formale Entscheidung wird im Rat voraussichtlich am 23. Juli 2014 nach der Anhörung des Europäischen Parlaments getroffen.

Zum Thema Strukturreformen im Steuerbereich wurde eine inhaltliche Diskussion geführt, wie die Steuer- und Abgabenlast auf Arbeitseinkommen (Tax Wedge) reduziert werden kann. Diese Thematik ist Teil der länderspezifischen Empfehlungen, die an verschiedene Mitgliedstaaten und den Euroraum insgesamt gerichtet sind. Einige Euroländer berichteten über ihre Politikansätze; die Diskussion soll

unter Fokussierung auf „Best Practices“ im Herbst diesen Jahres fortgesetzt werden.

Auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates am 20. Juni 2014 in Luxemburg standen der Haushaltsentwurf für 2015, steuerliche Themen, die Bankenabgabe für den Einheitlichen Abwicklungsfonds, Vorbereitungen für den Europäischen Rat Ende Juni im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester 2014, die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die Konvergenzberichte der EZB und der Europäischen Kommission sowie die Erweiterung des Euroraums um Litauen. Bei ihrem Treffen am 8. Juli 2014 in Brüssel berieten die Finanzminister über die Vorstellung des Arbeitsprogramms der italienischen EU-Ratspräsidentschaft, Fragen der Bankenabgabe, die Überprüfung der Strategie Europa 2020 und den Stand der Verhandlungen mit Drittländern zur Besteuerung von Zinserträgen.

Bei der Tagung des ECOFIN-Rates am 20. Juni 2014 in Luxemburg stellte die Europäische Kommission ihren Entwurf für den EU-Haushalt 2015 vor, zu der eine erste Aussprache der Minister stattfand.

Bei der Richtlinie über Mutter- und Tochtergesellschaften konnte eine politische Einigung aller 28 Mitgliedstaaten erzielt werden. Die bislang im Einzelfall mögliche doppelte Nichtbesteuerung von Dividendenzahlungen im In- und Ausland wird durch die vereinbarte Änderung ab 2015 unterbunden.

Darüber hinaus billigte der ECOFIN-Rat die Entwürfe der länderspezifischen Empfehlungen an 26 Mitgliedstaaten und den Euroraum sowie die Erläuterung zu den vorgenommenen Änderungen als Ergebnis des Europäischen Semesters zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 26. und 27. Juni 2014. Die Kommission betonte, dass es neben Fortschritten auch Verzögerungen bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen gebe.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Die fiskalische Konsolidierung müsse daher fortgesetzt werden. Zudem sei es wichtig, die Strukturreformen fortzuführen, um so Wachstum und Beschäftigung zu erhöhen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts nahm der ECOFIN-Rat die vorliegenden Ratsbeschlüsse zur Entlassung von sechs Mitgliedstaaten (Belgien, Dänemark, Niederlande, Österreich, Slowakei und Tschechien) aus dem Defizitverfahren an. Der ECOFIN-Rat billigte eine Klarstellung der Anwendung der Methode zur Bewertung des Ergreifens wirksamer Maßnahmen im Rahmen eines Defizitverfahrens. Die Überarbeitung stellt eine Verbesserung von Transparenz und Vorhersehbarkeit des Verfahrens dar.

Die Euro-Mitgliedstaaten übernahmen in Vorbereitung des Europäischen Rates im Juni den Kommissionsvorschlag zur Einführung des Euro in Litauen.

Bei der Tagung des ECOFIN-Rates am 9. Juli 2014 in Brüssel berichtete die Kommission wie auch schon bei der Tagung am 20. Juni 2014 zum Sachstand der Gesetzgebungsakte der Stufe 2 über die Beiträge der Banken zu den Abwicklungsfonds im Rahmen der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und der Verordnung zum Single Resolution Mechanism. Die Kommission betonte, dass der diesbezügliche delegierte Rechtsakt der Kommission nach der BRRD und der Durchführungsrechtsakt des Rates nach der SRM-Verordnung untrennbar zusammenhingen und auch zusammen vorgelegt würden. Noch ungeklärt bei der Ausgestaltung der Bankenabgabe seien das Verhältnis und die Methodik bei der Gestaltung des Sockelbeitrags und der Risikoadjustierung, die Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bei der

Beitragsbemessung und die Ausgestaltung der in der BRRD genannten Risikoindikatoren.

Die Arbeiten in der von der Kommission eingerichteten Arbeitsgruppe machten gute Fortschritte. Es ist beabsichtigt, zeitnah die Textentwürfe für die Rechtsakte vorzulegen.

Traditionell zu Beginn der zweiten Jahreshälfte stellte die neue Ratspräsidentschaft ihre politischen Schwerpunkte vor. Der italienische Minister für Wirtschaft und Finanzen Pier Carlo Padoa erläuterte, dass sich für Italien die wirtschaftspolitische Agenda auf drei Säulen stützt: Bewertung der EU 2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Finanzierungen für Wachstum sowie Anreize, um das Momentum der Reform beizubehalten.

In einer ersten Orientierungsaussprache befassten sich die Finanzminister mit der Strategie Europa 2020, die für die auf zehn Jahre angelegte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union steht und vom Europäischen Rat im Juni 2010 beschlossen wurde. Die Präsidentschaft kündigte eine Diskussion auf dem im September stattfindenden informellen ECOFIN-Rat darüber an, wie die Effektivität der Länderspezifischen Empfehlungen und die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert werden könnten.

Zur Besteuerung von Zinserträgen berichtete die Kommission über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit den fünf Nicht-EU-Staaten Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino im Bereich der Zinsbesteuerung. Ziel ist die Vereinbarung eines umfassenden automatischen Informationsaustausches sowie die Anpassung des Anwendungsbereichs der EU-Abkommen mit diesen Staaten an die unlängst revidierte Zinsrichtlinie.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

11./12. September 2014	ASEM-Finanzministertreffen in Mailand
12./13. September 2014	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Mailand
20./21. September 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Cairns/Australien
9./10. Oktober 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
11./12. Oktober 2014	Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
13./14. Oktober 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
23./24. Oktober 2014	Europäischer Rat in Brüssel
6./7. November 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
15./16. November 2014	G20-Gipfel in Brisbane

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014

12. März 2014	Kabinettbeschluss zum 2. Entwurf Bundeshaushalt 2014
21. März 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
8. - 11. April 2014	1. Lesung Bundestag
11. April 2014	1. Durchgang Bundesrat
6. - 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
28. Mai 2014	Stabilitätsrat
24. - 27. Juni 2014	2./3. Lesung Bundestag
11. Juli 2014	2. Durchgang Bundesrat
Ende Juli 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018

12. März 2014	Kabinettbeschluss zu den Eckwerten Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
6. - 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
28. Mai 2014	Stabilitätsrat
2. Juli 2014	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
8. August 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
9. - 12. September 2014	1. Lesung Bundestag
19. September 2014	1. Durchgang Bundesrat
4. - 6. November 2014	Steuerschätzung in Mecklenburg-Vorpommern
25. - 28. November 2014	2./3. Lesung Bundestag
Anfang Dezember 2014	Stabilitätsrat
19. Dezember 2014	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
August 2014	Juli 2014	22. August 2014
September 2014	August 2014	22. September 2014
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014

¹ Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe <http://dsbb.imf.org>.

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>
<http://www.bmf.bund.de>

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 62

1	Kreditmarktmittel	62
2	Gewährleistungen	63
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	64
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	66
5	Bundeshaushalt 2013 bis 2018.....	68
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015.....	69
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2015	71
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014.....	75
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	77
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	79
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	81
12	Entwicklung der Staatsquote	82
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte.....	83
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	85
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte.....	86
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	87
16	Staatschuldenquoten im internationalen Vergleich.....	88
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	89
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	90
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	91
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	92

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte 93

1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014	93
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014	93
2.	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes der Länder bis Mai 2014.....	94
3	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2014	96

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten..... 100

1	Produktionslücken, Budgetsemelastizität und Konjunkturkomponenten.....	101
2	Produktionspotenzial und -lücken.....	102
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum	103
4	Bruttoinlandsprodukt.....	104
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	106
6	Kapitalstock und Investitionen	110
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	111
8	Preise und Löhne.....	112

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 114

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	114
2	Preisentwicklung	115
3	Außenwirtschaft	116
4	Einkommensverteilung.....	117
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	118
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	119
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich.....	120
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	121
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	122
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones.....	123
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	124
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo.....	128

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
in Mio. €

	Stand: 30. April 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Mai 2014
Gliederung nach Schuldenarten				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	59 000	1 000	-	60 000
Anleihen ¹	676 000	7 000	-	683 000
Bund-Länder-Anleihe	405	-	-	405
Bundesobligationen	236 000	5 000	-	241 000
Bundesschatzbriefe ²	4 003	-	82	3 921
Bundesschatzanweisungen	116 000	5 000	-	121 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	39 967	3 998	5 999	37 965
Finanzierungsschätz ³	16	-	3	13
Tagesanleihe	1 296	0	21	1 275
Schuldscheindarlehen	12 212	-	-	12 212
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	318	-	-	318
Kreditmarktmittel insgesamt	1 145 216			1 161 109
Gliederung nach Restlaufzeiten				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	203 663			201 653
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	370 577			376 498
langfristig (mehr als 4 Jahre)	570 976			582 958
Kreditmarktmittel insgesamt	1 145 216			1 161 109

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätz.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung		Belegung am 30. Juni 2013
		am 30. Juni 2014	in Mrd. €	
Ausfuhren	145,0	136,8		131,1
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	44,3		41,7
FZ-Vorhaben	12,5	6,6		5,6
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0		0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	108,1		107,4
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,4		56,2
Treuhänder-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0		1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0		8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4		22,4

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations						Current financial market balance/Net borrowing
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzeinnahmen	Kapitalmarktsaldo/ Nettokredit-aufnahme	
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin		
in Mio. €/€ m							
2014 Dezember	-	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-	-	-
Juli	-	-	-	-	-	-	-
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704	
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322	
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	- 18	10 028	
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040	
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179	
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534	
2013 Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072	
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144	
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075	
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245	
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050	
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954	
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367	
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176	
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213	
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4 780	
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168	
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222	
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480	
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749	
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178	
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697	
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379	
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408	
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515	
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195	
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298	
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406	
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254	
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	- 123	- 250	

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations - Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münz-einnahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14 368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74 930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	-93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	-653	-115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14 862	-137	-9 118

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt - Schulden Bund

	Central Government Debt					Debt guaranteed			
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Gewährleistungen ¹				
	Outstanding debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt					
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	in Mio. €/€ m				
					in Mrd. €/€ bn				
2014 Dezember	-	-	-	-	-	-			
November	-	-	-	-	-	-			
Oktober	-	-	-	-	-	-			
September	-	-	-	-	-	-			
August	-	-	-	-	-	-			
Juli	-	-	-	-	-	-			
Juni	-	-	-	-	452	-			
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-	-			
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-	-			
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	463	-			
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-	-			
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	-	-			
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	457	-			
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-	-			
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-	-			
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	-			
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	-			
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-	-			
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	-			
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-	-			
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-	-			
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472	-			
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-	-			
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-	-			
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	-			
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	-			
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	-			
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	-			
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	-			
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	-			
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	-			
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	-			
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	-			
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454	-			
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	-			
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	-			

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt - Schulden Bund

	Central Government Debt					Debt guaranteed			
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Gewährleistungen ¹				
	Outstanding debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt					
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	in Mrd. €/€ bn				
	in Mio. €/€ m								
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570		378			
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028		-			
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125		-			
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211		376			
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286		-			
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277		-			
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355		361			
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385		-			
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409		-			
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457		348			
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437		-			
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606		-			
2010 Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505		343			
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568		-			
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721		-			
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811		336			
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020		-			
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243		-			
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587		335			
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609		-			
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579		-			
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193		311			
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135		-			
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268		-			

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2013 bis 2018
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplan		
1. Ausgaben	307,8	296,5	299,5	310,6	319,9	329,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,3	- 3,7	+ 1,0	+ 3,7	+ 3,0	2,9
2. Einnahmen¹	285,5	289,8	299,2	310,3	319,6	329,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 1,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,9
darunter:						
Steuereinnahmen	259,8	268,2	278,5	292,9	300,7	311,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,5	+ 3,2	+ 3,9	+ 5,2	+ 2,7	+ 3,7
3. Finanzierungssaldo	-22,4	-6,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,3	2,3	0,1	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	238,6	204,3	189,5	207,0	186,8	197,5
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	7,9	2,6	-1,0	-3,1	0,8	0,2
6. Tilgungen (+)	224,4	200,3	188,5	203,9	187,6	197,7
7. Nettokreditaufnahme	22,1	6,5	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	33,5	29,9	26,1	27,2	27,9	27,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,8	- 10,8	- 12,6	+ 4,3	+ 2,6	- 2,4
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Gemäß § 13 Abs. 4 Nr. 3 BHO.

² Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
	Ist			Soll	RegEntwurf ¹		
	in Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung							
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	28 907	29 839	
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 119	21 943	
Ziviler Bereich	9 443	9 274	9 289	9 599	10 974	11 993	
Militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	10 145	9 950	
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 788	7 896	
Ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2 619	2 694	2 737	
Militärischer Bereich	4 620	4 682	4 889	5 018	5 094	5 159	
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	24 196	24 340	
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 289	1 367	
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	9 989	9 685	
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	12 918	13 288	
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969	
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969	
Sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969	
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42	
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	27 576	26 927	
an Ausland	8	- 0	-	-	-	-	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 196	192 150	
an Verwaltungen	14 114	15 930	17 090	27 273	20 718	22 543	
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	13 976	15 663	
Gemeinden	17	12	8	8	7	6	
Sondervermögen	5 518	5 276	5 552	13 829	6 734	6 873	
Zweckverbände	1	1	1	0	1	0	
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 478	169 607	
Unternehmen	24 212	23 882	24 225	25 024	26 707	26 840	
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	26 718	26 307	27 055	27 471	27 826	
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104 320	107 310	
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 960	1 955	
an Ausland	4 216	3 958	5 017	6 075	6 018	5 675	
an Sonstige	3	2	2	5	2	2	
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	267 916	273 299	

¹Stand: Kabinettsbeschluss vom 2. Juli 2014.

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
	Ist			Soll	RegEntwurf ¹		
	in Mio. €						
Ausgaben der Kapitalrechnung							
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 809	7 766	
Baumaßnahmen	6 242	5 814	6 147	6 264	6 273	6 241	
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	996	1 040	
Grunderwerb	503	492	629	611	541	486	
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 892	17 446	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 944	14 589	15 524	14 772	16 264	16 770	
an Verwaltungen	5 209	5 243	5 789	4 924	4 805	4 923	
Länder	5 142	5 178	5 152	4 873	4 736	4 836	
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	69	86	
Sondervermögen	-	-	581	-	1	1	
an andere Bereiche	9 735	9 346	9 735	9 848	11 459	11 848	
Sonstige - Inland	6 599	6 060	6 234	6 393	6 331	6 790	
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 128	5 057	
Sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	628	676	
an andere Bereiche	406	695	480	555	628	676	
Unternehmen - Inland	0	260	4	7	30	30	
Sonstige - Inland	137	123	129	141	134	136	
Ausland	269	311	348	406	464	510	
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 780	1 552	
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2 736	2 032	1 294	1 551	
an Verwaltungen	1	1	1	0	1	1	
Länder	1	1	1	0	1	1	
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 293	1 551	
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	905	1 154	
Ausland	1 587	1 710	1 666	1 435	388	397	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10 304	8 778	4 486	1	
Inland	13	0	0	91	143	1	
Ausland	797	788	10 304	8 687	4 343	0	
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	30 481	26 764	
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	36 324	33 477	29 853	26 089	
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-1 897	- 564	
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	296 500	299 500	

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, RegEntwurf 2015¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	69 602	59 699	25 128	19 681	-	14 890
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 949	13 662	3 854	1 623	-	8 185
02	Auswärtige Angelegenheiten	14 451	5 557	549	199	-	4 808
03	Verteidigung	32 366	32 173	15 239	15 836	-	1 098
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 355	3 968	2 482	1 220	-	267
05	Rechtsschutz	478	445	270	131	-	43
06	Finanzverwaltung	4 004	3 894	2 733	672	-	489
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	19 304	16 016	516	960	-	14 540
13	Hochschulen	4 947	3 952	12	10	-	3 931
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	2 708	2 703	-	0	-	2 703
15	Sonstiges Bildungswesen	281	211	10	73	-	128
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 598	8 558	494	866	-	7 199
19	Übrige Bereiche aus 1	769	591	1	10	-	580
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	147 876	147 272	180	242	-	146 850
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	99 691	99 691	36	0	-	99 655
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 343	7 342	-	0	-	7 342
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 300	1 828	-	3	-	1 824
25	Arbeitsmarktpolitik	31 400	31 282	1	73	-	31 208
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	354	351	-	25	-	326
29	Übrige Bereiche aus 2	6 789	6 779	143	141	-	6 495
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 008	1 140	354	461	-	325
31	Gesundheitswesen	597	531	207	238	-	86
32	Sport und Erholung	135	119	0	4	-	116
33	Umwelt- und Naturschutz	671	311	89	160	-	62
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	605	179	58	59	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 192	819	-	12	-	807
41	Wohnungswesen, Wohnungsbaurämie	1 680	809	-	2	-	807
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	508	10	-	10	-	0
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	0	-	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	960	543	15	225	-	302
52	Landwirtschaft und Ernährung	932	516	-	216	-	300
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	131	131	-	103	-	28
529	Übrige Bereiche aus 52	802	386	-	113	-	272
599	Übrige Bereiche aus 5	28	27	15	9	-	2

¹Stand: Kabinettsbeschluss vom 2. Juli 2014.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, RegEntwurf 2015¹

		Sach-investitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehns-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
0	Allgemeine Dienste	996	4 175	4 732	9 903	9 888
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	229	57	-	286	286
02	Auswärtige Angelegenheiten	123	4 039	4 732	8 894	8 893
03	Verteidigung	141	52	-	193	178
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	359	27	-	387	387
05	Rechtsschutz	33	-	-	33	33
06	Finanzverwaltung	110	0	-	110	110
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	140	3 148	-	3 288	3 288
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	5	-	5	5
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	137	1 902	-	2 040	2 040
19	Übrige Bereiche aus 1	1	178	-	179	179
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	8	596	1	604	22
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	-	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	470	1	473	8
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SCB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	-	10	10
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	481	386	-	868	868
31	Gesundheitswesen	57	9	-	66	66
32	Sport und Erholung	0	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	354	-	360	360
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	418	8	-	426	426
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 369	4	1 373	1 373
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	867	4	871	871
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	497	-	497	497
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	416	1	417	417
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	416	1	416	416
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	416	1	416	416
599	Übrige Bereiche aus 5	1	1	-	1	1

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, RegEntwurf 2015¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 180	2 540	68	423	-	2 050
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 621	1 591	-	0	-	1 591
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	428	376	-	35	-	341
65	Handel und Tourismus	376	376	-	313	-	62
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 005	95	-	41	-	54
69	Regionale Fördermaßnahmen	603	11	-	10	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	80	79	68	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 421	4 071	1 019	1 952	-	1 101
72	Straßen	7 435	1 041	-	898	-	143
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 785	902	547	284	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 553	79	-	5	-	74
75	Luftfahrt	355	211	58	25	-	127
799	Übrige Bereiche aus 7	2 294	1 839	413	740	-	686
8	Finanzwirtschaft	33 957	35 815	1 627	240	27 618	6 330
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 675	5 675	-	-	-	5 675
82	Steuern und Finanzzuweisungen	693	655	-	-	-	655
83	Schulden	27 621	27 621	-	3	27 618	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	577	577	577	-	-	-
88	Globalposten	-847	1 050	1 050	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	238	238	-	237	-	0
Summe aller Hauptfunktionen		296 500	267 916	28 907	24 196	27 618	187 196

¹ Stand: Kabinettsbeschluss vom 2. Juli 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, RegEntwurf 2015¹

		Sachin-vestitionen	Vermögens-übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	738	900	1 639	1 609
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	30	-	30	30
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	52	-	52	52
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	10	900	910	910
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 182	6 025	143	12 350	12 350
72	Straßen	4 976	1 418	-	6 394	6 394
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	883	-	-	883	883
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 474	-	4 474	4 474
75	Luftfahrt	1	-	143	144	144
799	Übrige Bereiche aus 7	322	133	-	455	455
8	Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe aller Hauptfunktionen		7 809	16 892	5 780	30 481	29 853

¹Stand: Kabinettsbeschluss vom 2. Juli 2014.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	-1,4	-1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	-1,5	-0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,2
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	-1,7	-1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	-6,2	-4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	-4,4	-0,5	+8,4	+8,8	-1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen³	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd. €	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2015**
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008		2009		2010		2011		2012		2013		2014		2015				
		Ist-Ergebnisse						Soll		RegEntw ¹										
I. Gesamtübersicht																				
Ausgaben	Mrd. €	282,3		292,3		303,7		296,2		306,8		307,8		296,5		299,5				
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4		3,5		3,9		- 2,4		3,6		0,3		- 3,7		1,0				
Einnahmen	Mrd. €	270,5		257,7		259,3		278,5		284,0		285,5		289,8		299,2				
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8		- 4,7		0,6		7,4		2,0		0,5		1,5		3,3				
Finanzierungssaldo	Mrd. €	- 11,8		- 34,5		- 44,3		- 17,7		- 22,8		- 22,3		- 6,7		- 0,3				
darunter:																				
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 11,5		- 34,1		- 44,0		- 17,3		- 22,5		- 22,1		- 6,5		0,0				
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,3		- 0,3		- 0,3		- 0,3		- 0,3		- 0,3		- 0,2		- 0,3				
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-		-		-		-		-		-		-		-				
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-		-		-		-		-		-		-		-				
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten																				
Personalausgaben	Mrd. €	27,0		27,9		28,2		27,9		28,0		28,6		28,9		29,8				
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7		3,4		0,9		- 1,2		0,7		1,9		1,2		3,2				
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6		9,6		9,3		9,4		9,1		9,3		9,7		10,0				
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	15,0		14,9		14,8		13,1		12,9		12,8		12,5		.				
Zinsausgaben	Mrd. €	40,2		38,1		33,1		32,8		30,5		31,3		27,6		27,0				
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7		- 5,2		- 13,1		- 0,9		- 7,1		2,7		- 11,8		- 2,3				
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2		13,0		10,9		11,1		9,9		10,2		9,3		9,0				
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	59,7		61,0		57,2		42,4		44,8		46,1		47,4		.				
Investive Ausgaben	Mrd. €	24,3		27,1		26,1		25,4		36,3		33,5		29,9		26,1				
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 7,2		11,5		- 3,8		- 2,7		43,1		- 7,8		- 10,8		- 12,6				
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6		9,3		8,6		8,6		11,8		10,9		10,1		8,7				
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	37,1		27,8		30,2		27,7		39,5		36,6		35,0		.				
Steuereinnahmen³	Mrd. €	239,2		227,8		226,2		248,1		256,1		259,8		268,2		278,5				
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0		- 4,8		- 0,7		9,7		3,2		1,5		3,2		3,9				
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7		78,0		74,5		83,7		83,5		84,4		90,5		93,0				
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4		88,4		87,2		89,1		90,2		91,0		92,6		93,1				
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	42,6		43,5		42,6		43,3		42,7		41,9		41,9		.				
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 11,5		- 34,1		- 44,0		- 17,3		- 22,5		- 22,1		- 6,5		0,0				
Anteil an den Bundesausgaben	%	4,1		11,7		14,5		5,9		7,3		7,2		2,2		0,0				
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	47,4		126,0		168,8		68,3		61,9		65,9		21,8		0,0				
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	- 111,2		- 38,0		- 55,9		- 67,0		- 83,4		- 148,5		- 154,0		.				
nachrichtlich: Schuldenstand²																				
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	1 577,9		1 694,4		2 011,7		2 025,4		2 068,3		.		.		.				
darunter: Bund	Mrd. €	985,7		1 053,8		1 287,5		1 279,6		1 287,5		.		.		.				

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

²Stand Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

³Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

⁴Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	780,2	786,3
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	751,9	753,1	772,6
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,6
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	70,0	75,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	70,5	83,1
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	7,8
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	359,4	357,2
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	337,1	342,6
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-14,5
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	48,4	44,2	46,3
Einnahmen	-	-	-	-	48,0	44,8	48,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,6	1,7
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	0,3	0,8
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,7	0,2	2,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-13,5	7,6
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-18,2	17,9
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,9	-0,6
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,6
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	4,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	7,0
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,3
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1	4,7
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanziell statistisch dargestellt.

¹ Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juli 2014 .

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern in Mrd. €	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014 ²	639,9	332,3	307,6	51,9	48,1
2015 ²	666,6	351,1	315,5	52,7	47,3
2016 ²	690,6	368,2	322,4	53,3	46,7
2017 ²	712,4	384,4	328,1	54,0	46,0
2018 ²	738,5	403,4	335,1	54,6	45,4

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungssteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²			Abgrenzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote
Jahr	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,2	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	37,4	21,1	16,3
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,5
2008	39,7	23,1	16,5	38,2	22,7	15,5
2009	40,4	23,1	17,3	38,2	22,1	16,2
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,5	22,7	16,8	37,6	22,0	15,7
2012	40,0	23,2	16,8	38,3	22,5	15,8
2013	40,0	23,2	16,8	38,4	22,6	15,8

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.³ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³	
in Relation zum BIP in %				
1960	32,9	21,7		11,2
1965	37,1	25,4		11,6
1970	38,5	26,1		12,4
1975	48,8	31,2		17,7
1980	46,9	29,6		17,3
1985	45,2	27,8		17,4
1990	43,6	27,3		16,4
1991	46,2	28,2		18,0
1992	47,1	27,9		19,2
1993	48,1	28,2		19,9
1994	48,0	28,0		20,0
1995 ⁴	48,2	27,7		20,6
1995	54,9	34,3		20,6
1996	49,1	27,6		21,4
1997	48,2	27,0		21,2
1998	48,0	26,9		21,1
1999	48,2	27,0		21,3
2000 ⁵	47,6	26,4		21,2
2000	45,1	23,9		21,2
2001	47,6	26,3		21,4
2002	47,9	26,2		21,7
2003	48,5	26,4		22,0
2004	47,1	25,8		21,3
2005	46,9	26,0		20,9
2006	45,3	25,4		19,9
2007	43,5	24,5		19,0
2008	44,1	25,0		19,1
2009	48,3	27,2		21,1
2010	47,9	27,5		20,3
2011	45,2	25,7		19,5
2012	44,7	25,3		19,4
2013	44,5	25,0		19,5

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel I.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel I.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel I.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel I.w.S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel I.w.S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel I.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 893
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Schulden (Mio. €)							
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel I.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel I.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Anteil an den Schulden (in %)							
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,5
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,2
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte
Neue Systematik¹

	2010	2011	2012
	in Mio. €		
Öffentlicher Gesamthaushalt²	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661
Kassenkredite	0	58	4
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte ⁴	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 495	2 610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

¹ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.² Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
							in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-175,4	-167,9	-7,5	-9,5	-9,1	-0,4	-	-
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-47,3	-2,3
2002	-82,0	-75,9	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-65,5	-3,1
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,0	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-25,5	-1,0
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	5,2	-1,1	6,6	0,2	0,0	0,2	-14,1	-0,5

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2011: Rechnungsergebnisse, 2012 und 2013: Kassenergebnisse.⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 ²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,0	-0,1
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,8	-3,8	-4,1	-2,6	-2,6	-2,8
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	-2,5	-0,7	-1,8	-2,1	-2,3	-1,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,0	-5,2	-4,9	-4,3	-3,9	-3,4
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,9	-9,6	-8,9	-12,7	-1,6	-1,0
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-30,6	-13,1	-8,2	-7,2	-4,8	-4,2
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,7	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,2	-3,5	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,2	0,0	0,1	-0,2	-1,4
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-3,5	-2,7	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-2,5	-2,8	-1,8
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-4,9	-4,0	-2,5
Slowakei	-	-	0,0	-3,4	-12,3	-2,8	-7,5	-4,8	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,4	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,9	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-3,8	-0,8	-1,2	-2,7
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-5,0	-4,9	-3,8	-3,1
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,8	-5,1	-3,2	-2,2	-2,1	-1,6
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,5	-2,1	-2,2	-2,9	-2,8
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-3,9	-4,3	5,7	-2,9
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-0,6	-1,1	-1,8	-0,8
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-10,0	-7,6	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,3	-2,6	-2,5
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-12,0	-10,6	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-8,3	-8,8	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013.

Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	78,4	76,0	73,6
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	96,6	99,2	101,1	101,5	101,7	101,5
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,8	9,6
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,8	49,3	53,6	57,0	59,9	61,2
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	82,7	86,2	90,6	93,5	95,6	96,6
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	148,3	170,3	157,2	175,1	177,2	172,4
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	91,2	104,1	117,4	123,7	121,0	120,4
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	119,3	120,7	127,0	132,6	135,2	133,9
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,5	42,0	40,8	38,1	39,5	33,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	23,1	23,4	25,5
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,0	68,8	70,8	73,0	72,5	71,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	73,5	73,8	73,4
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,5	73,1	74,4	74,5	80,3	79,2
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	129,0	126,7	124,8
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,6	52,7	55,4	56,3	57,8
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,0	71,7	80,4	81,3
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	93,9	100,2	103,8
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	111,7	122,2	126,4
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	85,7	88,1	92,7	95,0	96,0	95,4
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,4	18,9	23,1	22,7
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,8	46,4	45,4	44,5	43,5	44,9
Kroatien	-	-	-	-	-	-	45,0	52,0	55,9	67,1	69,0	69,2
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,4	41,8	41,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	57,0	49,2	50,0
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	38,0	38,4	39,9	40,1
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,3	40,6	41,6	40,4
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	46,0	44,4	45,8
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	79,2	80,3	79,5
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	78,4	84,3	89,1	90,6	91,8	92,7
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	80,1	83,0	86,8	88,9	89,5	89,2
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	229,8	86,8	88,9	89,5	89,2
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	94,8	99,0	102,4	104,5	105,9	105,4

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013.

Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland^{2,3}	23,1	22,6	22,9	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,7	23,2
Belgien	21,3	27,5	30,3	29,2	30,8	30,1	30,1	28,7	29,5	29,9	30,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	47,7	47,6	47,9	46,8	46,8	46,4	46,7	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,9	31,1	31,0
Frankreich	22,5	21,1	24,3	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	28,3
Griechenland	12,3	13,8	16,6	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,5	21,6	23,1
Irland	23,3	24,5	29,2	27,5	26,7	26,3	24,1	22,1	21,8	23,3	24,2
Italien	16,8	13,7	22,0	27,4	30,0	30,3	29,6	29,7	29,5	29,6	30,9
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	16,8	-
Kanada	23,8	28,3	27,6	30,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,8	25,9
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	27,3	29,1	25,8	26,7	27,3	26,5	26,0	26,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,8	23,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	31,3	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,0	32,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,6	27,8	28,3
Polen	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	20,9	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	21,5	22,9	24,0	23,7	21,7	22,3	23,7	23,5
Schweden	29,2	33,2	35,6	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,1	34,0
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,6	21,1
Slowakei	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	16,1
Slowenien	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	23,0	22,1	22,2
Spanien	10,5	9,7	16,3	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,3	20,1	21,1
Tschechien	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	18,9	18,8	19,5	19,9
Ungarn	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,1	24,1	26,2
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	27,7	30,2	29,1	29,0	27,4	28,2	29,1	28,4
Vereinigte Staaten	21,4	19,6	18,4	20,1	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP										
	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland^{2,3}	31,6	34,3	36,1	37,2	37,5	36,1	36,5	37,4	36,2	36,9	37,6
Belgien	31,1	39,4	44,3	43,5	44,7	43,6	44,0	43,1	43,5	44,1	45,3
Dänemark	30,0	38,4	46,1	48,8	49,4	48,9	47,8	47,8	47,4	47,7	48,0
Finnland	30,4	36,6	39,8	45,7	47,2	43,0	42,9	42,8	42,5	43,7	44,1
Frankreich	34,2	35,5	42,8	42,9	44,4	43,7	43,5	42,5	42,9	44,1	45,3
Griechenland	18,0	19,6	25,8	29,1	34,3	32,5	32,1	30,5	31,6	32,2	33,8
Irland	24,9	28,4	34,2	32,1	30,9	31,1	29,2	27,6	37,4	27,9	28,3
Italien	25,5	25,4	33,6	39,9	42,0	43,2	43,0	43,4	43,0	43,0	44,4
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	-
Kanada	25,2	31,4	31,9	34,9	34,9	32,3	31,6	31,4	30,6	30,4	30,7
Luxemburg	27,7	32,8	39,5	37,1	39,1	35,6	37,3	39,0	37,3	37,0	37,8
Niederlande	32,8	40,7	42,4	41,5	39,6	38,7	39,2	38,2	38,9	38,6	-
Norwegen	29,6	39,2	42,6	40,9	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,5	42,2
Österreich	33,9	36,7	40,9	41,4	43,0	41,8	42,8	42,4	42,2	42,3	43,2
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,8	34,2	31,7	31,7	32,3	-
Portugal	15,9	19,1	24,5	29,3	30,9	32,5	32,5	30,7	31,2	33,0	32,5
Schweden	33,3	41,3	47,4	47,5	51,4	47,4	46,4	46,6	45,4	44,2	44,3
Schweiz	17,5	23,8	25,2	26,9	29,3	27,7	28,1	28,7	28,1	28,6	28,2
Slowakei	-	-	-	40,3	34,1	29,5	29,5	29,1	28,3	28,7	28,5
Slowenien	-	-	-	39,0	37,3	37,7	37,1	37,0	38,1	37,1	37,4
Spanien	14,7	18,4	27,6	32,1	34,3	37,3	33,1	30,9	32,5	32,2	32,9
Tschechien	-	-	-	35,9	34,0	35,9	35,0	33,8	33,9	34,9	35,5
Ungarn	-	-	-	41,5	39,3	40,3	40,1	39,9	38,0	37,1	38,9
Vereinigtes Königreich	30,4	34,9	37,0	33,6	36,4	35,7	35,8	34,2	34,9	35,7	35,2
Vereinigte Staaten	24,7	24,6	24,6	26,7	28,4	26,9	25,4	23,3	23,8	24,0	24,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland¹	43,6	54,9	45,1	46,9	45,3	43,5	44,1	48,3	47,9	45,2	44,7	44,7	44,6	44,5
Belgien	52,2	52,1	49,0	51,7	48,4	48,2	49,7	53,7	52,5	53,4	55,0	54,6	53,9	54,2
Estland	—	41,3	36,1	33,6	33,6	34,0	39,7	44,8	40,5	37,6	39,5	38,3	38,5	38,2
Finnland	48,2	61,5	48,3	50,2	49,1	47,4	49,2	55,9	55,5	54,8	56,3	58,1	58,6	58,3
Frankreich	49,6	54,4	51,7	53,5	52,9	52,6	53,3	56,7	56,5	55,9	56,7	57,0	56,8	56,1
Griechenland	45,2	46,2	47,1	44,4	45,1	47,2	50,5	54,0	51,3	51,8	53,3	58,5	47,4	45,5
Irland	42,3	40,9	31,2	34,0	34,5	36,7	42,8	48,2	65,5	47,2	42,7	43,1	40,5	39,4
Italien	52,6	52,2	45,8	47,9	48,5	47,7	48,6	52,0	50,6	49,8	50,7	50,8	50,3	49,8
Lettland	31,5	38,4	37,6	35,8	38,3	36,0	39,1	43,7	43,5	38,4	36,4	36,1	35,3	34,3
Luxemburg	37,8	39,7	37,6	41,5	38,6	36,3	39,1	45,2	43,5	42,6	43,9	43,5	43,1	44,0
Malta	—	38,5	39,5	43,6	43,2	41,8	43,3	42,5	41,2	41,3	43,1	43,9	44,1	43,8
Niederlande	54,9	56,4	44,2	44,8	45,5	45,2	46,2	51,4	51,4	49,9	50,5	49,9	49,8	49,5
Österreich	51,5	56,2	51,8	49,9	49,0	48,5	49,3	52,6	52,8	50,8	51,6	51,2	52,4	50,9
Portugal	38,5	41,9	41,6	46,6	45,2	44,3	44,7	49,7	51,5	49,3	47,4	48,6	47,1	45,6
Slowakei	—	48,6	52,1	38,0	36,5	34,2	34,9	41,6	39,8	38,9	38,2	38,7	38,0	37,5
Slowenien	—	52,3	46,5	45,1	44,3	42,3	44,1	48,7	49,5	49,9	48,4	59,4	49,5	47,4
Spanien	—	44,5	39,2	38,4	38,3	39,2	41,4	46,2	46,3	45,7	47,8	44,9	43,8	43,0
Zypern	—	33,4	37,1	43,1	42,6	41,3	42,1	46,2	46,2	46,3	45,8	45,8	47,1	46,1
Bulgarien	—	45,6	41,3	37,3	34,4	39,2	38,4	41,4	37,4	35,6	35,8	38,7	39,4	39,5
Dänemark	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,6	58,0	57,5	57,5	59,2	57,0	56,8	55,8
Kroatien	—	—	—	—	—	—	—	46,1	46,9	48,1	45,7	45,9	46,8	46,6
Litauen	—	34,4	39,8	34,0	34,2	35,3	37,9	44,9	42,2	38,7	36,0	34,4	34,2	33,3
Polen	—	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,6	45,4	43,4	42,2	41,9	41,3	41,2
Rumänien	—	34,1	38,6	33,6	35,5	38,2	39,3	41,1	40,1	39,4	36,7	35,0	34,8	34,7
Schweden	—	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,7	54,7	52,0	51,3	51,8	52,6	52,2	51,3
Tschechien	—	53,0	41,6	43,0	42,0	41,0	41,2	44,7	43,8	43,2	44,5	42,4	42,5	42,6
Ungarn	—	55,8	47,7	50,1	52,1	50,7	49,3	51,5	49,9	50,0	48,6	49,8	50,2	49,3
Vereinigtes Königreich	40,7	43,0	36,4	43,4	43,6	43,3	47,1	50,9	49,9	48,0	48,1	47,1	45,6	44,3
Euroraum ²	—	53,0	46,1	47,3	46,6	46,0	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,8	49,2	48,7
EU-28	—	—	—	—	—	—	—	51,0	50,6	49,0	49,4	49,1	48,4	47,7
USA	37,0	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,0	38,8	38,3	38,3
Japan	31,1	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,5	42,3	41,7

¹1990 nur alte Bundesländer.²Einschließlich Lettland.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	EU-Haushalt 2013				EU-Haushalt 2014			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %						
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	-892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	-22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	-749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	-25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	-46,4	-46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

 Statistiken und Dokumentationen

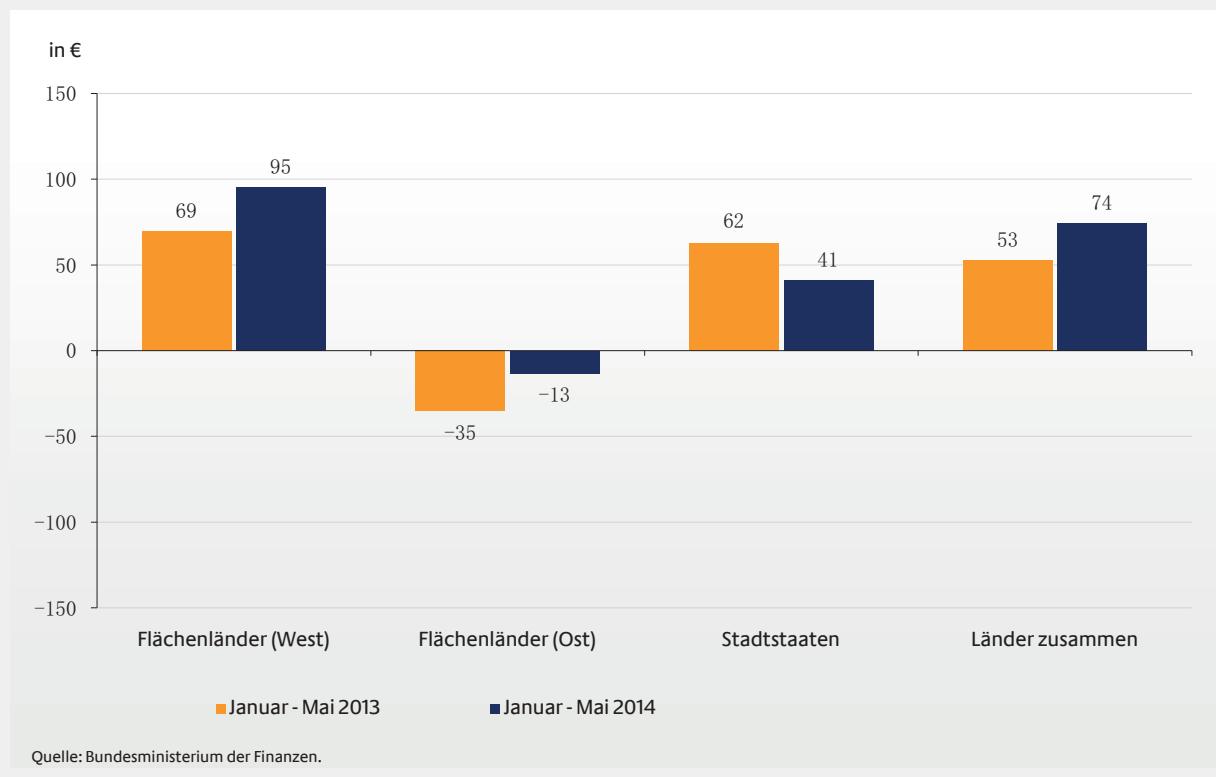
ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
Bereinigte Einnahmen	223 894	87 830	53 205	20 771	38 475	16 241	308 841	121 844
darunter:								
Steuereinnahmen	175 705	67 628	31 099	12 949	24 635	10 593	231 439	91 170
Übrige Einnahmen	48 189	20 202	22 105	7 821	13 841	5 649	77 402	30 674
Bereinigte Ausgaben	231 997	93 763	54 119	20 606	39 327	16 479	318 710	127 850
darunter:								
Personalausgaben	89 803	38 343	13 471	5 492	11 547	5 263	114 821	49 098
Laufender Sachaufwand	15 072	5 780	3 907	1 440	8 806	3 451	27 784	10 671
Zinsausgaben	12 222	6 344	2 445	1 063	3 734	1 657	18 400	9 064
Sachinvestitionen	4 389	1 060	1 739	376	909	191	7 037	1 627
Zahlungen an Verwaltungen	69 481	25 005	19 018	7 455	818	499	82 584	29 961
Übrige Ausgaben	41 032	17 232	13 539	4 781	13 513	5 417	68 084	27 430
Finanzierungssaldo	-8 104	-5 933	-914	165	-842	-238	-9 860	-6 006

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014



Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2014

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Mai 2013			April 2014			Mai 2014			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
Seit dem 1. Januar gebuchte											
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	103 903	118 669	214 595	84 896	97 345	175 731	103 500	121 844	217 524	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	101 712	113 627	215 339	84 276	92 864	177 139	102 747	116 723	219 470	
111	Steuereinnahmen	93 892	88 002	181 894	76 290	72 758	149 047	92 728	91 170	183 898	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	832	20 407	21 239	886	16 310	17 197	1 106	20 961	22 067	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	535	535	-	865	865	-	865	865	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 191	5 042	7 233	621	4 482	5 102	752	5 121	5 874	
121	Veräußerungserlöse	1 476	144	1 620	154	733	887	169	743	912	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 399	69	1 468	93	664	756	93	664	757	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	286	2 736	3 022	185	2 326	2 512	187	2 602	2 788	
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	128 869	122 918	243 810	103 067	104 778	201 334	127 591	127 850	247 622	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	117 537	114 398	231 935	97 125	97 409	194 533	115 850	118 371	234 221	
211	Personalausgaben	12 466	47 341	59 807	10 157	39 909	50 066	12 641	49 098	61 738	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 666	13 973	17 639	3 071	12 148	15 219	3 744	14 927	18 671	
212	Laufender Sachaufwand	7 526	10 811	18 337	5 778	8 446	14 224	7 495	10 671	18 166	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4 698	6 892	11 590	3 579	5 749	9 328	4 633	7 187	11 820	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	15 178	9 880	25 058	12 386	7 768	20 154	12 458	9 064	21 521	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 370	24 824	32 194	5 816	23 089	28 905	7 197	26 913	34 109	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-46	-46	-	192	192	-	200	200	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3	23 190	23 193	3	21 365	21 368	4	24 879	24 882	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	11 332	8 521	19 852	5 942	7 370	13 312	11 741	9 480	21 221	
221	Sachinvestitionen	1 519	1 567	3 086	1 298	1 223	2 520	1 885	1 627	3 512	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 740	2 824	4 563	1 541	2 673	4 214	1 686	3 048	4 734	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	11 082	8 245	19 327	5 704	7 018	12 722	11 475	9 116	20 592	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2014

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Mai 2013			April 2014			Mai 2014			
Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-24 939 ²	-4 250	-29 189	-18 140 ²	-7 433	-25 572	-24 066 ²	-6 006	-30 072	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	101 139	34 595	135 734	66 507	23 129	89 636	81 506	30 094	111 600	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	98 962	48 830	147 792	76 535	43 792	120 327	82 828	49 447	132 276	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	2 176	-14 234	-12 058	-10 028	-20 662	-30 691	-1 322	-19 354	-20 676	
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	278	6 922	7 200	9 287	9 151	18 437	-2 041	9 773	7 732	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	17 395	17 395	-	17 585	17 585	-	13 965	13 965	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-277	-8 736	-9 014	-9 285	-11 147	-20 432	2 041	-14 211	-12 170	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2014

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 465	19 635	4 016	8 339	2 788	10 925	22 349	5 707	1 240
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	15 680	19 030	3 845	8 134	2 593	10 372	21 639	5 468	1 211
111	Steuereinnahmen	12 283	15 481	2 609	6 567	1 672	8 050 ⁴⁾	17 612	4 000	991
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 594	1 966	951	1 093	794	1 359	2 999	1 094	178
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	169	-	-	1	52	29	15
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	129	-	192	61	133	79	49
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	785	605	172	205	195	553	710	239	29
121	Veräußerungserlöse	405	0	4	4	2	214	5	39	2
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	405	-	0	-	-	214	0	38	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	304	427	93	193	57	288	410	111	23
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 748	19 404 ^a	4 103	9 529	2 812	10 795	24 809	6 978	1 744
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	15 322	18 038 ^a	3 721	8 934	2 520	10 314	22 904	6 453	1 629
211	Personalausgaben	7 303	9 016	1 081	3 561	741	4 326 ²	9 115 ²	2 661	677
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 403	2 717	110	1 207	55	1 467	3 255	895	276
212	Laufender Sachaufwand	815	1 397	235	678	187	738	1 417	450	77
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	723	1 127	198	541	154	540	1 031	357	67
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 011	577 ^a	189	836	143	754	1 859	624	301
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 813	5 146	1 534	2 452	907	2 755	5 801	1 844	247
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	1 101	1 810	-	648	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 676	3 283	1 310	1 690	761	2 627	5 725	1 814	244
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 425	1 366	382	595	292	482	1 905	526	115
221	Sachinvestitionen	230	441	22	183	53	58	88	21	12
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	394	466	123	268	149	82	645	151	22
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 413	1 296	382	565	292	482	1 829	512	108

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2014

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 283	232 ^b	- 87	-1 190	- 24	130	-2 460	-1 272	- 504
4	Schuldenaufnahme und Schuldenentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	2 840	1 471 ^c	1 188	-	255	2 760	5 750	3 081	992
41	Schuldenentilgung am Kreditmarkt	7 628	2 415 ^c	2 477	3 863	1 020	5 125	7 860	4 604	987
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-4 788	- 944	-1 289	-3 863	- 765	-2 365	-2 110	-1 523	5
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	3 180	-	320	455	1 505	129
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 256	1 564	16	1 484	595	-1 077	2 962	2	263
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 69	4	- 443	-3 569	26	-4 113	- 281	-1 505	- 237

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Juni-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 232,4 Mio. €, b -232,4 Mio. €, c 92,0 Mio. €.

⁴ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) i. H. v. 0,1 Mio. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2014

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 690	3 739	3 531	3 538	9 509	1 696	5 036	121 844
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	6 054	3 543	3 425	3 313	9 148	1 651	4 976	116 723
111	Steuereinnahmen	4 154	2 270	2 644	2 245	5 579	970	4 045	91 170
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 679	1 031	536	915	2 749	486	539	20 961
1121	darunter: Allgemeine BEZ	97	56	21	53	276	48	49	865
1122	Länderfinanzausgleich ¹	464	228	40	217	1 404	306	59	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	636	195	106	225	362	45	61	5 121
121	Veräußerungserlöse	0	1	2	6	55	0	4	743
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	4	0	-	-	664
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	240	132	64	90	94	37	40	2 602
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 239	3 827	4 118	3 625	9 625	2 156	4 698	127 850
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	5 542	3 497	4 001	3 313	9 188	1 940	4 415	118 371
211	Personalausgaben	1 679	999	1 685	991	3 189	621	1 453	49 098
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	116	92	617	79	854	221	564	14 927
212	Laufender Sachaufwand	378	418	209	222	2 327	337	788	10 671
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	276	118	175	147	974	153	607	7 187
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	135	302	383	293	991	332	335	9 064
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 037	1 016	1 251	1 197	142	60	71	26 913
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	200
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 713	805	1 185	1 035	2	5	3	24 879
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	698	330	117	313	437	216	283	9 480
221	Sachinvestitionen	178	49	27	74	79	16	96	1 627
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	265	119	30	109	62	134	31	3 048
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	698	330	116	312	388	112	283	9 116

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2014

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	451	- 88	- 587	- 87	- 115	- 461	339	-6 006
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	2 723	971	740	2 547	3 091	1 685	30 094
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	445	2 104	1 454	607	3 617	3 717	1 524	49 447
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 445	619	- 483	133	-1 070	- 626	161	-19 354
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	2 230	-	-	407	1 074	473	9 773
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 439	83	-	100	478	612	1 189	13 965
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 334	-1 060	360	- 397	-1 094	500	-14 211

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.² Ohne Juni-Bezüge.³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 232,4 Mio. €, b -232,4 Mio. €, c 92,0 Mio. €.⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 15. April 2014

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetseimielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen

Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahresprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2014 der Bundesregierung.
6. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überlastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslückendiensten nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist,

neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetseimielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.

(http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_123210/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetseimielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetseimielastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2014	2 857,7	2 834,5	-23,2	0,210	-4,9
2015	2 949,0	2 941,1	-8,0	0,210	-1,7
2016	3 039,0	3 032,3	-6,7	0,210	-1,4
2017	3 129,2	3 126,3	-2,9	0,210	-0,6
2018	3 223,2	3 223,2	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,6		835,3		32,1	2,3	19,4	2,3
1981	1 414,5	+2,2	889,6	+6,5	8,7	0,6	5,5	0,6
1982	1 443,4	+2,0	949,4	+6,7	-25,8	-1,8	-17,0	-1,8
1983	1 472,5	+2,0	995,7	+4,9	-32,6	-2,2	-22,0	-2,2
1984	1 502,7	+2,1	1 036,3	+4,1	-22,2	-1,5	-15,3	-1,5
1985	1 533,8	+2,1	1 080,2	+4,2	-18,8	-1,2	-13,2	-1,2
1986	1 568,4	+2,3	1 137,7	+5,3	-18,7	-1,2	-13,6	-1,2
1987	1 604,8	+2,3	1 179,0	+3,6	-33,4	-2,1	-24,5	-2,1
1988	1 644,3	+2,5	1 228,5	+4,2	-14,6	-0,9	-10,9	-0,9
1989	1 689,5	+2,7	1 298,6	+5,7	3,7	0,2	2,8	0,2
1990	1 739,1	+2,9	1 382,1	+6,4	43,0	2,5	34,2	2,5
1991	1 791,8	+3,0	1 468,0	+6,2	81,3	4,5	66,6	4,5
1992	1 845,9	+3,0	1 593,9	+8,6	63,1	3,4	54,5	3,4
1993	1 894,2	+2,6	1 700,8	+6,7	-4,4	-0,2	-3,9	-0,2
1994	1 934,1	+2,1	1 779,9	+4,6	2,5	0,1	2,3	0,1
1995	1 968,9	+1,8	1 848,3	+3,8	0,2	0,0	0,2	0,0
1996	2 000,6	+1,6	1 890,1	+2,3	-16,0	-0,8	-15,1	-0,8
1997	2 030,6	+1,5	1 923,5	+1,8	-11,5	-0,6	-10,9	-0,6
1998	2 060,6	+1,5	1 963,4	+2,1	-3,9	-0,2	-3,7	-0,2
1999	2 092,8	+1,6	1 997,9	+1,8	2,4	0,1	2,3	0,1
2000	2 126,5	+1,6	2 016,4	+0,9	32,8	1,5	31,1	1,5
2001	2 159,7	+1,6	2 071,0	+2,7	32,2	1,5	30,9	1,5
2002	2 191,2	+1,5	2 131,2	+2,9	1,0	0,0	1,0	0,0
2003	2 220,0	+1,3	2 183,0	+2,4	-36,1	-1,6	-35,5	-1,6
2004	2 248,4	+1,3	2 234,6	+2,4	-39,2	-1,7	-38,9	-1,7
2005	2 276,4	+1,2	2 276,4	+1,9	-52,0	-2,3	-52,0	-2,3
2006	2 306,0	+1,3	2 313,2	+1,6	0,7	0,0	0,7	0,0
2007	2 335,9	+1,3	2 381,4	+2,9	46,2	2,0	47,1	2,0
2008	2 364,0	+1,2	2 428,7	+2,0	43,9	1,9	45,1	1,9
2009	2 385,5	+0,9	2 479,7	+2,1	-101,5	-4,3	-105,5	-4,3
2010	2 409,6	+1,0	2 530,6	+2,1	-33,9	-1,4	-35,6	-1,4
2011	2 439,4	+1,2	2 593,5	+2,5	15,4	0,6	16,4	0,6
2012	2 473,6	+1,4	2 668,4	+2,9	-1,8	-0,1	-2,0	-0,1
2013	2 510,8	+1,5	2 768,9	+3,8	-28,4	-1,1	-31,3	-1,1
2014	2 548,8	+1,5	2 857,7	+3,2	-20,7	-0,8	-23,2	-0,8
2015	2 586,7	+1,5	2 949,0	+3,2	-7,0	-0,3	-8,0	-0,3
2016	2 621,5	+1,3	3 039,0	+3,0	-5,8	-0,2	-6,7	-0,2
2017	2 654,8	+1,3	3 129,2	+3,0	-2,5	-0,1	-2,9	-0,1
2018	2 689,3	+1,3	3 223,2	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial in % ggü. Vorjahr	Totale Faktorproduktivität Prozentpunkte	Arbeit	Kapital
			Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,7	1,7	0,1	0,9
1990	+2,9	1,8	0,2	0,9
1991	+3,0	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,2	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,8	0,0	0,5
2006	+1,3	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,5	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,4	0,5	0,5	0,4
2013	+1,5	0,6	0,6	0,4
2014	+1,5	0,6	0,5	0,4
2015	+1,5	0,7	0,4	0,4
2016	+1,3	0,7	0,2	0,4
2017	+1,3	0,7	0,1	0,4
2018	+1,3	0,8	0,1	0,5

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,0	-5,1	2 374,2	-4,0
2010	2 375,7	+4,0	2 495,0	+5,1
2011	2 454,8	+3,3	2 609,9	+4,6
2012	2 471,8	+0,7	2 666,4	+2,2
2013	2 482,4	+0,4	2 737,6	+2,7
2014	2 528,0	+1,8	2 834,5	+3,5
2015	2 579,7	+2,0	2 941,1	+3,8
2016	2 615,7	+1,4	3 032,3	+3,1
2017	2 652,3	+1,4	3 126,3	+3,1
2018	2 689,3	+1,4	3 223,2	+3,1

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005=100).

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 632	.	.	59,9	32 275	.
1961	54 667	+0,1	.	60,4	32 725	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,8	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 372	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 587	+0,5
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 152	+1,4
2012	63 163	-0,1	69,5	69,5	41 608	+1,1
2013	63 162	-0,0	69,8	69,8	41 841	+0,6
2014	63 084	-0,1	70,1	70,2	42 081	+0,6
2015	62 908	-0,3	70,5	70,6	42 201	+0,3
2016	62 669	-0,4	70,7	70,8	42 281	+0,2
2017	62 449	-0,4	71,0	71,0	42 362	+0,2
2018	62 225	-0,4	71,3	71,2	42 442	+0,2
2019	61 998	-0,4	71,5	71,5	.	.
2020	61 872	-0,2	71,7	71,7	.	.
2021	61 785	-0,1	72,0	72,0	.	.

¹2. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert			in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.			
1960	.	.	2 165	.	25 095	.	1,4	.
1961	.	.	2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	.
1965	2 065	.	2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	.
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	.
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,2
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,3
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,4
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,6
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,9
1976	1 805	-1,0	1 811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,3
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,7
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,2
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,7
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,3
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,5
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,9
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,1
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,2
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,3
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,3
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,4
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,7
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,1
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34 735	+1,6	8,1	8,2

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,6
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,6
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,7
2009	1 405	-0,4	1 382	-2,8	35 901	+0,1	7,4	7,3
2010	1 400	-0,3	1 404	+1,6	36 111	+0,6	6,8	6,9
2011	1 397	-0,2	1 405	+0,1	36 604	+1,4	5,7	6,4
2012	1 394	-0,2	1 393	-0,9	37 060	+1,2	5,3	5,9
2013	1 392	-0,1	1 388	-0,4	37 358	+0,8	5,1	5,5
2014	1 392	-0,0	1 388	-0,0	37 613	+0,7	4,9	5,0
2015	1 392	+0,0	1 394	+0,5	37 683	+0,2	4,9	4,5
2016	1 394	+0,1	1 395	+0,1	37 743	+0,2	4,7	4,3
2017	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 803	+0,2	4,5	4,3
2018	1 397	+0,1	1 398	+0,1	37 864	+0,2	4,2	4,3
2019	1 398	+0,1	1 399	+0,1
2020	1 399	+0,1	1 400	+0,1
2021	1 401	+0,1	1 400	+0,1

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.²NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote tatsächlich bzw. prognostiziert	
	preisbereinigt		preisbereinigt			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4	
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2	
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3	
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5	
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5	
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6	
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7	
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7	
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7	
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8	
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9	
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6	
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4	
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3	
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5	
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4	
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5	
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5	
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6	
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7	
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7	
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7	
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7	
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9	
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0	
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1	
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2	
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2	
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2	
2009	11 983,4	+1,3	389,9	-11,7	2,0	
2010	12 113,1	+1,1	412,2	+5,7	2,4	
2011	12 252,5	+1,2	440,5	+6,9	2,5	
2012	12 394,7	+1,2	431,3	-2,1	2,4	
2013	12 530,7	+1,1	428,4	-0,7	2,4	
2014	12 658,9	+1,0	445,9	+4,1	2,5	
2015	12 792,8	+1,1	467,0	+4,7	2,6	
2016	12 942,7	+1,2	479,9	+2,8	2,6	
2017	13 106,0	+1,3	493,2	+2,8	2,5	
2018	13 278,6	+1,3	506,9	+2,8	2,6	

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4392
1981	-7,4270	-7,4291
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4073
1984	-7,3961	-7,3949
1985	-7,3814	-7,3817
1986	-7,3718	-7,3677
1987	-7,3662	-7,3527
1988	-7,3450	-7,3364
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2839
1992	-7,2459	-7,2678
1993	-7,2510	-7,2536
1994	-7,2351	-7,2409
1995	-7,2238	-7,2298
1996	-7,2171	-7,2198
1997	-7,2052	-7,2104
1998	-7,2001	-7,2012
1999	-7,1966	-7,1919
2000	-7,1770	-7,1821
2001	-7,1639	-7,1724
2002	-7,1615	-7,1633
2003	-7,1628	-7,1550
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1396
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1253
2008	-7,1081	-7,1195
2009	-7,1473	-7,1149
2010	-7,1258	-7,1099
2011	-7,1064	-7,1049
2012	-7,1051	-7,0997
2013	-7,1058	-7,0941
2014	-7,0947	-7,0879
2015	-7,0829	-7,0812
2016	-7,0750	-7,0742
2017	-7,0673	-7,0668
2018	-7,0599	-7,0591

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	24,2	.	27,7	.	83,9	.
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,0	1 232,2	+0,2
2010	105,0	+1,0	106,2	+2,0	1 268,6	+3,0
2011	106,3	+1,2	108,4	+2,1	1 324,0	+4,4
2012	107,9	+1,5	110,2	+1,6	1 375,9	+3,9
2013	110,3	+2,2	112,0	+1,6	1 414,2	+2,8
2014	112,1	+1,7	113,4	+1,3	1 462,7	+3,4
2015	114,0	+1,7	115,4	+1,8	1 516,1	+3,7
2016	115,9	+1,7	117,6	+1,8	1 560,9	+3,0
2017	117,9	+1,7	119,7	+1,8	1 607,3	+3,0
2018	119,9	+1,7	121,9	+1,8	1 654,8	+3,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote ⁴
	Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.			gesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigengestunde	
			in %	in Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %
1991	38,7	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6
2013	41,8	+0,6	53,7	2,3	5,2	+0,4	-0,1	+0,3	17,2
2008/03	39,4	+0,7	52,5	3,9	9,1	+1,7	1,4	+1,6	17,9
2013/08	41,0	+0,7	53,3	2,7	6,3	+0,6	-0,1	+0,4	17,7

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2013	+2,7	+2,2	+1,4	+1,7	+1,6	+1,5	+1,9
2008/03	+2,9	+0,9	-0,8	+1,2	+1,4	+1,9	-0,5
2013/08	+2,0	+1,4	+0,1	+1,4	+1,5	+1,4	+2,0

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0
2013	+0,4	-0,3	167,8	204,7	50,7	44,5	6,1	7,5
2008/03	+9,2	+8,7	127,8	123,1	42,7	37,2	5,5	5,3
2013/08	+3,1	+3,3	145,7	167,3	48,6	42,9	5,7	6,5

¹In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	70,8	70,8	.	.
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1
2013	+3,6	+5,1	+2,8	66,6	67,7	+2,2	+0,3
2008/03	+3,3	+7,2	+1,5	66,2	67,7	+1,1	-0,5
2013/08	+2,4	+1,5	+2,9	66,4	67,8	+2,1	+0,8

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährige Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,3	+1,8	-0,1	+0,2	+1,4	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+0,8	+1,9	+3,0
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,8	-1,0	-1,4	+0,2	+1,0
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-1,1	+2,2	+0,2	-0,3	+1,7	+3,0
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,4	-2,4	-1,9	+0,6	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-1,3	+5,3	+5,2	+4,1	+3,8	+4,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+3,1	+1,9	-0,2	+2,1	+2,6	+2,7
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	+1,6	+0,6	+2,4	+2,3	+2,3
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-0,8	+1,2	+1,4
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,2	+3,1
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-1,1	+0,8	+1,4
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,2	+1,1	+2,1
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-5,4	-4,8	+0,9
Europaum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,2	+1,7
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,6	+0,9	+1,7	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,4	+1,1	-0,4	+0,4	+1,5	+1,9
Kroatien	-	-	-	-	-	-2,3	-0,2	-1,9	-1,0	-0,6	+0,7
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,3	+3,3	+3,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+2,0	+1,6	+3,2	+3,4
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,3	+0,6	+3,5	+2,5	+2,6
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+0,9	+1,5	+2,8	+3,0
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-0,9	+2,0	+2,4
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+1,1	+2,3	+2,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	+1,7	+1,1	+0,3	+1,7	+2,7	+2,5
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+2,0	+1,6	-0,4	+0,1	+1,6	+2,0
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,5	+1,4	+1,5	+1,5	+1,3
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+2,5	+1,8	+2,8	+1,9	+2,8	+3,2

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013.

Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+1,1	+1,4
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,9	+1,3
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+1,5	+3,0
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,1
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-0,8	+0,3
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,7	+1,2
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+1,2	+2,5
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+1,4	+2,4
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,7	+0,9
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,6	+1,7
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	+0,4	+1,1
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	+0,4	+1,6
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,7	+1,2
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,1	+0,8
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,3	+0,8	+1,2
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-0,8	+1,2
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+1,0	+1,6
Kroatien	-	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,8	+1,2
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+1,1	+1,9
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+2,5	+3,3
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,5	+1,5
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,8	+1,8
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+1,0	+2,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,9	+2,0
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+1,0	+1,5
Japan	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,6
USA	-0,4	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,7	+1,9

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,3	5,1	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,4	8,5	8,2
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,7	12,3	10,0	8,6	8,1	7,5
Finnland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,4	7,8	7,7	8,2	8,5	8,4
Frankreich	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	9,3	9,2	9,8	10,3	10,4	10,2
Griechenland	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	12,6	17,7	24,3	27,3	26,0	24,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,1	11,4	10,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,8	12,5
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,5	16,2	15,0	11,9	10,7	9,6
Luxemburg	-	-	2,6	4,8	5,3	4,6	4,8	5,1	5,8	5,7	5,5
Malta	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	6,9	6,5	6,4	6,5	6,5	6,5
Niederlande	-	4,9	5,0	6,7	7,3	4,5	4,4	5,3	6,7	7,4	7,3
Österreich	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,4	4,2	4,3	4,9	4,8	4,7
Portugal	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	12,0	12,9	15,9	16,5	15,4	14,8
Slowakei	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	14,5	13,7	14,0	14,2	13,6	12,9
Slowenien	-	-	13,3	18,9	16,4	7,3	8,2	8,9	10,1	10,1	9,8
Spanien	-	-	6,9	6,7	6,5	19,9	21,4	25,0	26,4	25,5	24,0
Zypern	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,3	7,9	11,9	15,9	19,2	18,4
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	10,1	10,1	11,3	12,0	11,8	11,4
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	13,0	12,8	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,0	7,0	6,7	6,6
Kroatien	-	-	-	-	-	11,8	13,5	7,5	7,0	6,8	6,6
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	17,8	15,4	15,9	17,2	18,0	18,0
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	9,7	9,7	13,4	11,8	10,6	9,7
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	10,9	10,2	9,0	8,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	10,1	10,3	9,9	9,5
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,3	7,2	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	8,0	8,0	7,6	7,2
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,5	6,6	6,3
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,6	9,6	10,4	10,8	10,5	10,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,8	3,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,4	6,4	5,9

Quellen: Für die Jahre 2000 und 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013.

Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+3,4	+2,1	+2,3	+3,1	+6,5	+6,4	+6,6	+6,1	2,6	0,7	1,9	1,5
darunter												
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+1,3	+2,3	+5,1	+6,8	+5,8	+5,3	3,6	1,6	2,1	1,6
Ukraine	+0,2	+0,1	-	-	+0,6	-0,3	-	-	-8,1	-9,2	-	-
Asien	+6,7	+6,5	+6,7	+6,8	+4,6	+4,5	+4,5	+4,3	0,8	1,1	1,2	1,4
darunter												
China	+7,7	+7,7	+7,5	+7,3	+2,7	+2,6	+3,0	+3,0	2,3	2,1	2,2	2,4
Indien	+4,7	+4,4	+5,4	+6,4	+10,2	+9,5	+8,0	+7,5	-4,7	-2,0	-2,4	-2,5
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,4	+5,8	+4,0	+6,4	+6,3	+5,5	-2,8	-3,3	-3,0	-2,7
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,2	+5,0	+1,7	+2,1	+3,3	+3,9	6,1	3,8	4,1	4,0
Thailand	+6,5	+2,9	+2,5	+3,8	+3,0	+2,2	+2,3	+2,1	-0,4	-0,7	0,2	0,3
Lateinamerika	+3,1	+2,7	+2,5	+3,0	+5,9	+6,8	-	-	-1,9	-2,7	-2,7	-2,8
darunter												
Argentinien	+1,9	+4,3	+0,5	+1,0	+10,0	+10,6	-	-	-0,1	-0,9	-0,5	-0,5
Brasilien	+1,0	+2,3	+1,8	+2,7	+5,4	+6,2	+5,9	+5,5	-2,4	-3,6	-3,6	-3,7
Chile	+5,5	+4,2	+3,6	+4,1	+3,0	+1,8	+3,5	+2,9	-3,4	-3,4	-3,3	-2,8
Mexiko	+3,9	+1,1	+3,0	+3,5	+4,1	+3,8	+4,0	+3,5	-1,2	-1,8	-1,9	-2,0
Sonstige												
Türkei	+2,2	+4,3	+2,3	+3,1	+8,9	+7,5	+7,8	+6,5	-6,2	-7,9	-6,3	-6,0
Südafrika	+2,5	+1,9	+2,3	+2,7	+5,7	+5,8	+6,0	+5,6	-5,2	-5,8	-5,4	-5,3

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.07.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
Dow Jones	17 055	16 577	2,89	13 329	17 068
Euro Stoxx 50	3 186	3 109	2,47	2 512	3 315
Dax	9 783	9 552	2,42	7 460	10 029
CAC 40	4 350	4 296	1,26	3 596	4 595
Nikkei	15 297	16 291	-6,10	10 487	16 291
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
	14.07.2014	2013	US-Bond	2013/2014	2013/2014
10 Jahre					
USA	2,57	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	1,23	1,95	-1,34	1,18	2,01
Japan	0,55	0,74	-2,02	0,45	0,94
Vereinigtes Königreich	2,68	3,07	0,11	1,64	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.07.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
US-Dollar/Euro	1,36	1,38	-1,19	1,28	1,40
Yen/US-Dollar	101,53	105,30	-3,58	87,03	105,30
Yen/Euro	138,29	144,72	-4,44	113,93	145,02
Pfund/Euro	0,80	0,83	-4,45	0,79	0,88

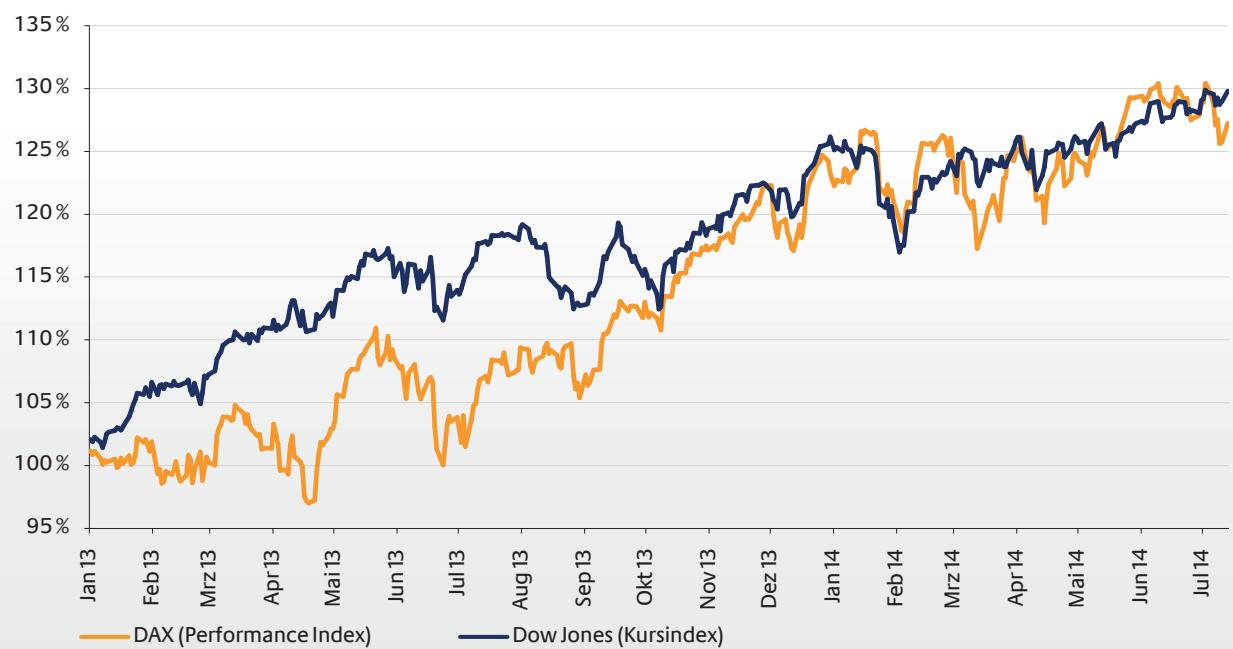
 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Abbildung 1: Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2013 = 100 %

(2. Januar 2013 bis 14. Juli 2014)



Quellen: Reuters; Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Europa/EU-28**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0	+2,1	+1,6	+1,1	+1,4	5,5	5,3	5,1	5,1
OECD	+0,9	+0,5	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+1,1	+1,8	5,5	5,3	5,0	4,9
IWF	+0,9	+0,5	+1,7	+1,6	+2,1	+1,6	+1,4	+1,4	5,5	5,3	5,2	5,2
USA												
EU-KOM	+2,8	+1,9	+2,8	+3,2	+2,1	+1,5	+1,7	+1,9	8,1	7,4	6,4	5,9
OECD	+2,8	+1,7	+2,9	+3,4	+2,1	+1,5	+1,5	+1,7	8,1	7,4	6,5	6,0
IWF	+2,8	+1,9	+2,8	+3,0	+2,1	+1,5	+1,4	+1,6	8,1	7,4	6,4	6,2
Japan												
EU-KOM	+1,4	+1,5	+1,5	+1,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,6	4,3	4,0	3,8	3,8
OECD	+1,9	+1,8	+1,5	+1,0	-0,0	+0,4	+2,6	+2,0	4,3	4,0	3,8	3,7
IWF	+1,4	+1,5	+1,4	+1,0	-0,0	+0,4	+2,8	+1,7	4,3	4,0	3,9	3,9
Frankreich												
EU-KOM	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,1	9,8	10,3	10,4	10,2
OECD	+0,0	+0,2	+1,0	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+1,1	9,4	9,9	9,9	9,8
IWF	+0,0	+0,3	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,2	10,2	10,8	11,0	10,7
Italien												
EU-KOM	-2,4	-1,9	+0,6	+1,2	+3,3	+1,3	+0,7	+1,2	10,7	12,2	12,8	12,5
OECD	-2,6	-1,9	+0,6	+1,4	+3,3	+1,3	+0,5	+0,9	10,7	12,2	12,8	12,5
IWF	-2,4	-1,9	+0,6	+1,1	+3,3	+1,3	+0,7	+1,0	10,7	12,2	12,4	11,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,3	+1,7	+2,7	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+2,0	7,9	7,5	6,6	6,3
OECD	+0,1	+1,4	+2,4	+2,5	+2,8	+2,6	+2,0	+2,1	7,9	7,6	6,9	6,5
IWF	+0,3	+1,8	+2,9	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+1,9	8,0	7,6	6,9	6,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,7	+1,7	+2,3	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	+1,8	7,3	7,1	6,9	6,6
IWF	+1,7	+2,0	+2,3	+2,4	+1,5	+1,0	+1,5	+1,9	7,3	7,1	7,0	6,9
Europa/EU-28												
EU-KOM	-0,4	+0,1	+1,6	+2,0	+2,6	+1,5	+1,0	+1,5	10,4	10,8	10,5	10,1
IWF	-0,3	+0,2	+1,6	+1,8	+2,6	+1,5	+1,1	+1,4	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

EZB: Eurosystem/EZB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2014 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 bis 2015 Mittelwertberechnung).

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-0,1	+0,2	+1,4	+1,6	+2,6	+1,2	+0,9	+1,3	7,6	8,4	8,5	8,2
OECD	-0,3	+0,1	+1,1	+1,5	+2,6	+1,2	+0,8	+1,0	7,6	8,4	8,4	8,2
IWF	-0,1	+0,2	+1,2	+1,2	+2,6	+1,2	+1,0	+1,1	7,7	8,4	9,1	8,9
Estland												
EU-KOM	+3,9	+0,8	+1,9	+3,0	+4,2	+3,2	+1,5	+3,0	10,0	8,6	8,1	7,5
OECD	+3,9	+1,0	+2,4	+4,0	+4,2	+3,2	+0,7	+1,7	10,1	8,6	8,9	8,5
IWF	+3,9	+0,8	+2,4	+3,2	+4,2	+3,5	+3,2	+2,8	10,0	8,6	8,5	8,4
Finnland												
EU-KOM	-1,0	-1,4	+0,2	+1,0	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4	7,7	8,2	8,5	8,4
OECD	-0,8	-1,0	+1,3	+1,9	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4	7,7	8,2	8,4	8,4
IWF	-1,0	-1,4	+0,4	+1,1	+3,2	+2,2	+1,7	+1,5	7,7	8,1	8,1	7,9
Griechenland												
EU-KOM	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9	+1,0	-0,9	-0,8	+0,3	24,3	27,3	26,0	24,0
OECD	-6,4	-3,5	-0,4	+1,8	+1,0	-0,9	-1,1	-1,0	24,2	27,3	27,1	26,7
IWF	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9	+1,5	-0,9	-0,4	+0,3	24,2	27,3	26,3	24,4
Irland												
EU-KOM	+0,2	-0,3	+1,7	+3,0	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1	14,7	13,1	11,4	10,2
OECD	+0,1	+0,1	+1,9	+2,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,7	14,7	13,0	11,4	10,4
IWF	+0,2	-0,3	+1,7	+2,5	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1	14,7	13,0	11,2	10,5
Lettland												
EU-KOM	+5,2	+4,1	+3,8	+4,1	+2,3	+0,0	+1,2	+2,5	15,0	11,9	10,7	9,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,2	+4,1	+3,8	+4,4	+2,3	+0,0	+1,5	+2,5	15,0	11,9	10,7	10,1
Luxemburg												
EU-KOM	-0,2	+2,1	+2,6	+2,7	+2,9	+1,7	+1,4	+2,4	5,1	5,8	5,7	5,5
OECD	-0,2	+1,8	+2,3	+2,3	+2,9	+1,7	+1,0	+2,2	6,1	6,9	7,1	7,1
IWF	-0,2	+2,0	+2,1	+1,9	+2,9	+1,7	+1,6	+1,8	6,1	6,8	7,1	6,9
Malta												
EU-KOM	+0,6	+2,4	+2,3	+2,3	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9	6,4	6,5	6,5	6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+2,4	+1,8	+1,8	+3,2	+1,0	+1,2	+2,6	6,4	6,5	6,3	6,2
Niederlande												
EU-KOM	-1,2	-0,8	+1,2	+1,4	+2,8	+2,6	+0,7	+0,9	5,3	6,7	7,4	7,3
OECD	-1,2	-1,1	-0,1	+0,9	+2,8	+2,6	+0,5	+0,8	5,2	6,6	7,6	7,6
IWF	-1,2	-0,8	+0,8	+1,6	+2,8	+2,6	+0,8	+1,0	5,3	6,9	7,3	7,1
Österreich												
EU-KOM	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,1	+1,6	+1,7	4,3	4,9	4,8	4,7
OECD	+0,6	+0,4	+1,7	+2,2	+2,6	+2,1	+1,4	+1,6	4,4	5,0	5,0	4,6
IWF	+0,9	+0,4	+1,7	+1,7	+2,6	+2,1	+1,8	+1,7	4,4	4,9	5,0	4,9

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen
von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)					Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote		
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,4	+1,1	15,9	16,5	15,4	14,8
OECD	-3,2	-1,7	+0,4	+1,1	+2,8	+0,4	-0,3	+0,4	15,6	16,3	15,1	14,8
IWF	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,7	+1,2	15,7	16,3	15,7	15,1
Slowakei												
EU-KOM	+1,8	+0,9	+2,2	+3,1	+3,7	+1,5	+0,4	+1,6	14,0	14,2	13,6	12,9
OECD	+1,8	+0,8	+1,9	+2,9	+3,7	+1,5	+0,4	+1,0	13,9	14,2	13,9	13,2
IWF	+1,8	+0,9	+2,3	+3,0	+3,7	+1,5	+0,7	+1,6	14,0	14,2	13,9	13,6
Slowenien												
EU-KOM	-2,5	-1,1	+0,8	+1,4	+2,8	+1,9	+0,7	+1,2	8,9	10,1	10,1	9,8
OECD	-2,5	-2,3	-0,9	+0,6	+2,8	+1,9	+0,7	+0,9	8,8	10,1	10,2	10,2
IWF	-2,5	-1,1	+0,3	+0,9	+2,6	+1,6	+1,2	+1,6	8,9	10,1	10,4	10,0
Spanien												
EU-KOM	-1,6	-1,2	+1,1	+2,1	+2,4	+1,5	+0,1	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,0
OECD	-1,6	-1,3	+0,5	+1,0	+2,4	+1,5	+0,1	+0,5	25,0	26,4	25,4	24,4
IWF	-1,6	-1,2	+0,9	+1,0	+2,4	+1,5	+0,3	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,9
Zypern												
EU-KOM	-2,4	-5,4	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	15,9	19,2	18,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-6,0	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	16,0	19,2	18,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	+0,6	+0,9	+1,7	+2,0	+2,4	+0,4	-0,8	+1,2	12,3	13,0	12,8	12,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,6	+0,9	+1,6	+2,5	+2,4	+0,4	-0,4	+0,9	12,4	13,0	12,5	11,9
Dänemark												
EU-KOM	-0,4	+0,4	+1,5	+1,9	+2,4	+0,5	+1,0	+1,6	7,5	7,0	6,8	6,6
OECD	-0,4	+0,3	+1,6	+1,9	+2,4	+0,8	+0,7	+1,3	7,5	7,0	6,8	6,7
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	+1,7	+2,4	+0,8	+1,5	+1,8	7,5	7,0	6,8	6,7
Kroatien												
EU-KOM	-1,9	-1,0	-0,6	+0,7	+3,4	+2,3	+0,8	+1,2	15,9	17,2	18,0	18,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,0	-0,6	+0,4	+3,4	+2,2	+0,5	+1,1	16,1	16,5	16,8	17,1
Litauen												
EU-KOM	+3,7	+3,3	+3,3	+3,7	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,6	9,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,7	+3,3	+3,3	+3,5	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,8	10,5
Polen												
EU-KOM	+2,0	+1,6	+3,2	+3,4	+3,7	+0,8	+1,1	+1,9	10,1	10,3	9,9	9,5
OECD	+2,1	+1,4	+2,7	+3,3	+3,6	+1,0	+1,1	+1,9	10,1	10,3	9,8	9,5
IWF	+1,9	+1,6	+3,1	+3,3	+3,7	+0,9	+1,5	+2,4	10,1	10,3	10,2	10,0
Rumänien												
EU-KOM	+0,6	+3,5	+2,5	+2,6	+3,4	+3,2	+2,5	+3,3	7,0	7,3	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,7	+3,5	+2,2	+2,5	+3,3	+4,0	+2,2	+3,1	7,0	7,3	7,2	7,0
Schweden												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+2,8	+3,0	+0,9	+0,4	+0,5	+1,5	8,0	8,0	7,6	7,2
OECD	+1,3	+0,7	+2,3	+3,0	+0,9	-0,0	+0,1	+1,4	8,0	8,0	7,9	7,4
IWF	+0,9	+1,5	+2,8	+2,6	+0,9	-0,0	+0,4	+1,6	8,0	8,0	8,0	7,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-0,9	+2,0	+2,4	+3,5	+1,4	+0,8	+1,8	7,0	7,0	6,7	6,6
OECD	-1,0	-1,5	+1,1	+2,3	+3,3	+1,4	+0,1	+2,0	7,0	6,9	6,9	6,8
IWF	-1,0	-0,9	+1,9	+2,0	+3,3	+1,4	+1,0	+1,9	7,0	7,0	6,7	6,3
Ungarn												
EU-KOM	-1,7	+1,1	+2,3	+2,1	+5,7	+1,7	+1,0	+2,8	10,9	10,2	9,0	8,9
OECD	-1,7	+1,2	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,5	+2,8	11,0	10,2	8,7	8,9
IWF	-1,7	+1,1	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,9	+3,0	10,9	10,2	9,4	9,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,4	76,0	73,6	7,0	7,4	7,3	7,0
OECD	0,1	0,0	-0,2	0,2	81,0	78,3	76,3	72,3	7,5	7,6	7,9	7,4
IWF	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,1	74,6	70,8	7,4	7,5	7,3	7,1
USA												
EU-KOM	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7	0,0	104,5	105,9	105,4	-2,7	-2,3	-2,2	-2,4
OECD	-9,3	-6,4	-5,8	-4,6	102,1	104,3	106,2	106,5	-2,7	-2,3	-2,5	-2,9
IWF	-9,7	-7,3	-6,4	-5,6	102,4	104,5	105,7	105,7	-2,7	-2,3	-2,2	-2,6
Japan												
EU-KOM	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2	237,3	244,0	243,7	244,1	1,0	0,7	0,7	1,2
OECD	-8,7	-9,3	-8,4	-6,7	216,5	224,6	229,6	232,5	1,1	0,7	0,2	0,7
IWF	-8,7	-8,4	-7,2	-6,4	237,3	243,2	243,5	245,1	1,0	0,7	1,2	1,3
Frankreich												
EU-KOM	-4,9	-4,3	-3,9	-3,4	90,6	93,5	95,6	96,6	-2,1	-1,9	-1,8	-2,0
OECD	-4,9	-4,3	-3,8	-3,1	90,6	93,4	95,9	96,9	-2,2	-1,6	-1,6	-1,4
IWF	-4,8	-4,2	-3,7	-3,0	90,2	93,9	95,8	96,1	-2,2	-1,6	-1,7	-1,0
Italien												
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2	127,0	132,6	135,2	133,9	-0,4	0,9	1,5	1,5
OECD	-2,9	-2,8	-2,7	-2,1	127,0	132,6	134,3	134,5	-0,5	0,6	1,2	1,3
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-1,8	127,0	132,5	134,5	133,1	-0,4	0,8	1,1	1,1
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1	89,1	90,6	91,8	92,7	-3,8	-4,4	-3,8	-3,3
OECD	-6,3	-5,9	-5,3	-4,1	89,1	90,6	91,5	93,1	-3,8	-4,4	-3,7	-3,1
IWF	-8,0	-5,8	-5,3	-4,1	88,6	90,1	91,5	92,7	-3,7	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-3,4	-3,0	-2,1	-1,2	96,1	93,6	94,2	93,6	-3,4	-3,2	-3,2	-2,9
IWF	-3,4	-3,0	-2,5	-2,0	88,1	89,1	87,4	86,6	-3,4	-3,2	-2,6	-2,5
Euroraum												
EU-KOM	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3	92,7	95,0	96,0	95,4	1,8	2,6	2,9	2,9
OECD	-3,7	-3,0	-2,5	-1,8	92,9	95,1	96,0	95,2	2,1	2,8	3,1	3,2
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	92,8	95,2	95,6	94,5	2,0	2,9	2,9	3,1
EU-28												
EU-KOM	-3,9	-3,3	-2,6	-2,5	86,8	88,9	89,5	89,2	0,9	1,6	1,8	1,8
IWF	-4,2	-3,3	-2,9	-2,3	86,6	88,7	89,0	88,4	1,0	1,9	1,9	2,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrspрогноз (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-4,1	-2,6	-2,6	-2,8	101,1	101,5	101,7	101,5	-0,2	-0,3	0,3	-0,3
OECD	-4,1	-2,7	-2,1	-1,2	101,1	101,6	101,7	100,3	-1,9	-1,7	-0,8	-0,2
IWF	-4,1	-2,8	-2,4	-2,1	99,8	99,8	99,8	99,6	-2,0	-1,7	-1,3	-1,0
Estland												
EU-KOM	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6	9,8	10,0	9,8	9,6	-2,8	-1,8	-2,7	-2,8
OECD	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	9,8	10,0	9,9	9,7	-1,8	-0,5	-2,8	-3,2
IWF	-0,2	-0,4	-0,4	0,2	9,8	11,3	10,9	10,3	-1,8	-1,0	-1,3	-1,5
Finnland												
EU-KOM	-1,8	-2,1	-2,3	-1,3	53,6	57,0	59,9	61,2	-1,4	-0,8	-0,4	-0,2
OECD	-2,2	-2,5	-2,2	-0,9	53,7	57,0	59,9	60,7	-1,7	-0,8	-1,1	-0,5
IWF	-2,2	-2,6	-2,6	-1,9	53,6	57,0	60,2	62,1	-1,7	-0,8	-0,3	0,2
Griechenland												
EU-KOM	-8,9	-12,7	-1,6	-1,0	157,2	175,1	177,2	172,4	-4,6	-2,4	-2,3	-2,2
OECD	-8,9	-12,7	-2,5	-1,4	157,2	175,1	177,7	177,2	-2,4	0,7	0,2	0,8
IWF	-6,3	-2,6	-2,7	-1,9	157,2	173,8	174,7	171,3	-2,4	0,7	0,9	0,3
Irland												
EU-KOM	-8,2	-7,2	-4,8	-4,2	117,4	123,7	121,0	120,4	4,4	6,6	7,4	8,9
OECD	-8,1	-7,0	-4,7	-3,1	117,4	123,7	121,9	121,1	4,4	6,6	6,6	7,6
IWF	-8,2	-7,4	-5,1	-3,0	117,4	122,8	123,7	122,7	4,4	6,6	6,4	6,5
Lettland												
EU-KOM	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1	40,8	38,1	39,5	33,4	-2,5	-0,8	-1,3	-2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,1	-1,3	-1,1	1,3	36,4	32,1	32,7	29,3	-2,5	-0,8	-1,6	-1,9
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	0,1	-0,2	-1,4	21,7	23,1	23,4	25,5	5,8	5,2	6,4	5,0
OECD	0,0	0,1	0,3	-0,9	21,7	23,1	24,4	26,3	5,8	5,2	7,0	6,5
IWF	-0,6	0,0	0,1	-2,4	21,7	22,9	24,1	27,0	6,6	6,7	6,7	5,5
Malta												
EU-KOM	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5	70,8	73,0	72,5	71,1	1,1	0,6	0,3	1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-2,9	-3,1	-3,3	70,8	71,7	72,5	72,6	2,1	0,9	1,4	1,4
Niederlande												
EU-KOM	-4,1	-2,5	-2,8	-1,8	71,3	73,5	73,8	73,4	7,7	7,8	8,2	8,6
OECD	-4,0	-2,4	-2,7	-2,0	71,2	73,4	74,7	74,9	9,5	10,4	8,9	9,8
IWF	-4,0	-3,1	-3,0	-2,0	71,3	74,9	75,0	74,4	9,4	10,4	10,1	10,1
Österreich												
EU-KOM	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5	74,4	74,5	80,3	79,2	1,8	2,7	3,4	3,8
OECD	-2,6	-1,5	-2,8	-1,3	74,5	74,6	81,2	80,7	2,4	2,7	2,9	3,0
IWF	-2,5	-1,8	-3,0	-1,5	74,1	74,2	79,1	78,2	1,8	3,0	3,5	3,5

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen
von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-6,4	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	129,0	126,7	124,8	-2,2	0,4	1,0	1,4
OECD	-6,5	-5,0	-4,0	-2,4	124,1	129,0	130,8	131,8	-2,0	0,5	0,8	1,1
IWF	-6,5	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	128,8	126,7	124,8	-2,0	0,5	0,8	1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8	52,7	55,4	56,3	57,8	1,6	2,5	2,4	2,4
OECD	-4,5	-2,8	-2,7	-2,6	52,7	55,4	55,2	56,2	2,2	2,1	1,6	2,2
IWF	-4,5	-3,0	-3,8	-3,8	52,4	54,9	58,6	59,8	2,2	2,4	2,7	2,9
Slowenien												
EU-KOM	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1	54,0	71,7	80,4	81,3	3,1	5,3	6,0	6,2
OECD	-4,0	-14,7	-4,1	-2,6	54,4	71,7	77,2	80,9	3,3	6,5	6,3	7,4
IWF	-3,2	-14,2	-5,5	-4,1	54,3	73,0	74,9	77,9	3,3	6,5	6,1	5,8
Spanien												
EU-KOM	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1	86,0	93,9	100,2	103,8	-1,2	0,8	1,4	1,5
OECD	-10,6	-7,1	-5,5	-4,5	86,0	93,9	98,3	101,4	-1,1	0,7	1,6	2,0
IWF	-10,6	-7,2	-5,9	-4,9	85,9	93,9	98,8	102,0	-1,1	0,7	0,8	1,4
Zypern												
EU-KOM	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1	86,6	111,7	122,2	126,4	-7,0	-1,4	0,0	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,4	-4,7	-5,2	-5,2	85,5	112,0	121,5	125,8	-6,8	-1,5	0,1	0,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Stand: Mai 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentlicher Haushaltssaldo					Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8	18,4	18,9	23,1	22,7	-0,9	1,9	1,0	0,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,5	-1,9	-1,9	-1,7	17,5	17,6	21,7	21,1	-0,9	2,1	-0,4	-2,1
Dänemark												
EU-KOM	-3,8	-0,8	-1,2	-2,7	45,4	44,5	43,5	44,9	6,0	7,3	6,9	6,8
OECD	-3,9	-0,9	-1,5	-3,0	45,4	44,5	45,8	48,6	6,0	7,3	7,2	7,3
IWF	-3,9	-0,4	-1,4	-2,7	45,6	45,2	45,6	46,9	6,0	6,6	6,3	6,3
Kroatien												
EU-KOM	-5,0	-4,9	-3,8	-3,1	55,9	67,1	69,0	69,2	-0,4	0,5	1,5	1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-5,5	-4,6	-3,4	54,0	59,8	64,8	67,4	0,0	1,2	1,5	1,1
Litauen												
EU-KOM	-3,2	-2,2	-2,1	-1,6	40,5	39,4	41,8	41,4	-1,1	1,3	-0,8	-1,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-2,1	-1,9	-1,8	41,0	39,3	39,5	39,1	-0,2	0,8	-0,2	-0,6
Polen												
EU-KOM	-3,9	-4,3	5,7	-2,9	55,6	57,0	49,2	50,0	-3,4	-1,6	-1,7	-2,3
OECD	-3,9	-4,3	5,6	-2,9	55,6	57,1	50,2	51,7	-3,7	-1,3	-1,0	-1,1
IWF	-3,9	-4,5	-3,5	-3,0	55,6	57,5	49,5	50,1	-3,5	-1,8	-2,5	-3,0
Rumänien												
EU-KOM	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9	38,0	38,4	39,9	40,1	-4,4	-1,1	-1,2	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,4	38,2	39,3	39,7	39,0	-4,4	-1,1	-1,7	-2,2
Schweden												
EU-KOM	-0,6	-1,1	-1,8	-0,8	38,3	40,6	41,6	40,4	6,5	6,6	6,1	6,0
OECD	-0,7	-1,3	-1,5	-0,8	38,3	40,5	42,0	41,7	6,0	6,2	6,0	6,2
IWF	-0,7	-1,0	-1,3	-0,5	38,3	41,4	41,5	40,0	6,1	5,9	6,1	6,2
Tschechien												
EU-KOM	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4	46,2	46,0	44,4	45,8	-2,6	-1,2	-0,4	-0,2
OECD	-4,2	-1,5	-2,1	-2,6	46,1	46,0	47,8	49,8	-1,3	-1,5	-0,6	-0,3
IWF	-4,4	-2,9	-2,8	-2,5	45,7	47,9	49,2	49,9	-2,4	-1,0	-0,5	-0,5
Ungarn												
EU-KOM	-2,1	-2,2	-2,9	-2,8	79,8	79,2	80,3	79,5	1,1	3,1	3,0	2,7
OECD	-2,2	-2,3	-2,9	-2,9	79,7	78,8	79,7	79,5	0,8	3,0	3,6	3,9
IWF	-2,0	-2,4	-2,9	-2,9	79,8	79,2	79,1	79,2	1,0	3,1	2,7	2,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Stand: Mai 2014.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzministerium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil „Statistiken und Dokumentationen“. Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Juli 2014

Gestaltung, Lektorat und Satz

heimbüchel pr
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de
www.ministere-federal-des-finances.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.stabiler-euro.de
www.bundesaushalt-info.de
www.finanzforscher.de
www.bundesfinanzministerium.de/APP
www.youtube.com/finanzministeriumtv
www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.